

Sachbeiträge

(10)

Michael Feige

Vietnamesische Studenten
und Arbeiter in der DDR und
ihre Beobachtung durch das MfS

Landesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicher-
heitsdienstes der ehemaligen DDR Sachsen-Anhalt

Diese Broschüre entstand mit freundlicher und engagierter Unterstützung der Mitarbeiter der Außenstelle Halle der Behörde des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR und des Landesarchivs Merseburg.

Impressum

Michael Feige: Vietnamesische Studenten und Arbeiter in der DDR und ihre Beobachtung durch das MfS

(Reihe „Sachbeiträge“, Teil 10)

Herausgeber: Die Landesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR in Sachsen-Anhalt
(Telefon: 0391 - 5 67 50 51)

Magdeburg, Dezember 1999

Layout: Stefan Nowotzin

Druck: JVA Naumburg - Arbeitsverwaltung

INHALT

Vorwort	2
Einführung	3
1. Die Arbeitsgruppe Ausländer des MfS	4
2. Freundschaftsverträge zwischen der DDR und Vietnam	11
3. Die vietnamesischen Praktikanten, Studenten und Vertragsarbeiter	21
3.1. Die ersten Kontakte zwischen Bürgern aus Vietnam und der DDR	21
3.2. Die Vertragsarbeiter	39
3.3. Die alltäglichen Arbeiten des MfS	71
3.4. Die deutsch-vietnamesischen Ehen	108
4. Schlußbetrachtung	122
Abkürzungsverzeichnis	123

Redaktioneller Hinweis: Abschriften sind in kursiver Schrift dargestellt. Schwärzungen wurden so, wie sie vom Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes vorgenommen wurden, übernommen.

Vorwort

Mein Mann bat mich, ein Vorwort für seine Arbeit zu schreiben. 1987 kam ich mit vielen anderen Vertragsarbeitern in die DDR (Deutsche Demokratische Republik). Am 8. Oktober gegen zwei Uhr am Morgen landete ein Flugzeug voller kleiner Mädchen auf dem Flugplatz Berlin Schönefeld.

Obwohl ich jetzt schon mehr als 10 Jahre in Deutschland lebe, weiß ich noch, wie kalt es für uns war. Sofort nach unserer Ankunft teilte man uns in verschiedene Busse auf, die uns zu den zukünftigen Betrieben fuhren. Jedes Mädchen bekam eine große Decke, in die es sich einwickelte und sofort einschlief.

Heute erscheint mir das alles unglaublich. Ich war ja erst 18 Jahre alt und hatte gerade meine Schule mit einem Abitur abgeschlossen. Damals stand es für mich fest, daß ich nach fünf Jahren Arbeit wieder nach Hause zurückkehren und Architektur studieren würde. Doch alles kam ganz anders. Anfang 1989, bei einer Neujahrsfeier, traf ich meinen zukünftigen Mann. Darum bin ich entgegen meinen Vorstellungen in Deutschland geblieben. Hier habe ich studiert, aber kein Architekturstudium, sondern ein Designstudium an der Hochschule für Kunst und Design Halle. (Da ich immer noch vietnamesische Staatsbürgerin bin, habe ich nur wenig Hoffnung, in Deutschland einen normalen Beruf zu bekommen.) Es ist seltsam und aufregend für mich, in Deutschland zu leben. Ein Land, in dem ich 3 Jahre gearbeitet habe und das für mich eine zweite Heimat geworden ist.

Nguyen Ngoc Lan Feige

Einführung

In der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) waren viele Arbeiter aus den unterschiedlichsten Ländern tätig. Sie kamen vorwiegend aus Polen, Ungarn, Mosambik, Algerien, Kuba und aus Vietnam. Dazu kamen Arbeiter aus allen anderen sozialistischen Staaten, aus China und Jugoslawien. Doch nicht nur Arbeitskräfte kamen aus dem Ausland in die DDR. Viele Nationalitäten mit unterschiedlichen Sprachen und unterschiedlichen Kulturen hielten sich auf dem Gebiet der DDR auf. Sie studierten hier, kamen als Touristen oder baten um Asyl (z. B. Emigranten aus Chile).

1987 studierte ich an der heutigen Hochschule für Kunst und Design Halle. In dieser Zeit wohnte ich in einem Wohnheim, das dieser Hochschule gehörte. Ich teilte das Zimmer mit einem vietnamesischen Studenten. Durch ihn lernte ich das alltägliche Leben der Vietnamesen in Deutschland kennen. Ein Leben, das den meisten DDR-Bürgern unbekannt blieb. Vietnamesen galten zwar als freundliche, fleißige und stille Zeitgenossen, doch wurden sie auch gerne mit Schmuggel, Schwarzmarkt und anderen illegalen Gewerben in Verbindung gebracht. Sie belieferten die DDR-Bürger mit Produkten wie modischer Kleidung, Computertechnik und westlicher Heimelektronik, die in der DDR Mangelware waren.

Diese durch die DDR als kriminelle Handlung eingestufte Tätigkeit störte die empfindliche Wirtschaftsstruktur des Landes. So beschäftigte sich das MfS neben seiner geheimdienstlichen Arbeit mit kriminalpolizeilichen Ermittlungen.

Mit der vorliegenden Arbeit möchte ich einen Einblick in das Leben der vietnamesischen Arbeiter und Studenten in der DDR geben. Dabei konnte ich nicht alle Aspekte berücksichtigen. Viele mir persönlich bekannte Details habe ich trotz umfangreicher Recherche nicht belegen können.

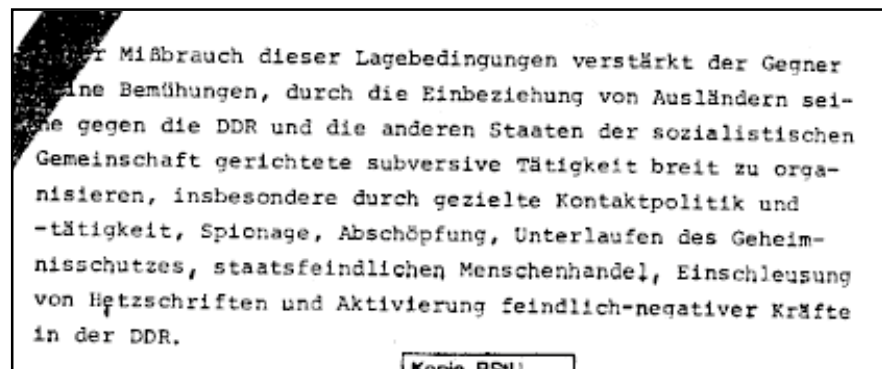
Ich hoffe, mit dieser Arbeit zum Verständnis unserer ehemaligen vietnamesischen Partner beizutragen. Sie waren unsere Partner, Freunde und Arbeitskollegen, die mit uns einige Jahrzehnte deutscher Geschichte geteilt haben und die ebenso ihren Beitrag zur politischen Wende in der DDR geleistet haben.

1. Die Arbeitsgruppe Ausländer des MfS

Das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) teilte ausländische Bürger, die sich in der DDR aufhielten, in zwei Gruppen ein: in Bürger aus dem nicht-sozialistischen Ausland einschließlich Westberlin, und in Bürger aus dem sozialistischen Ausland. Natürlich brachte man ersteren größeres Mißtrauen entgegen, als den Bürgern der befreundeten Staaten¹. In einem Befehl aus dem Jahre 1976, der direkt von Generaloberst Mielke an die verschiedensten Abteilungen des MfS ausgegeben wurde, hieß es:

Im Ergebnis der durch die abgestimmte sozialistische Außenpolitik erzielten Entspannungserfolge nimmt der Aufenthalt von Ausländern aus nicht-sozialistischen Staaten und Westberlin in der DDR ständig an Umfang und Bedeutung zu. Die DDR fördert und realisiert in jeder Weise ihre erklärte Gastfreundschaft und Solidarität mit allen friedliebenden Menschen ... Uneingeschränkter Schutz und großzügige Behandlung genießt jeder Ausländer, der die geltenden Rechtsnormen achtet.²

Auszug aus dem Befehl zur Bildung einer nichtstrukturierten Arbeitsgruppe Ausländer von 1976



Dokument 1: BStU MfS BdL/Dok. 5566, Bl. 1, 2 Auszüge (auch S. 5)

¹ Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken (UdSSR), Volksrepublik Bulgarien (VRB), Ungarische Volksrepublik (UVR), Volksrepublik Polen (VRP), Sozialistische Republik Rumänien (SRR), Tschechoslowakische Republik (CSSR), Mongolische Volksrepublik (MVR), Republik Kuba, Sozialistische Republik Vietnam (SRV)

² BStU MfS BdL/Dok. 5566, Bl. 1

Ein immer stärkeres Eindringen westlicher Kultur in die sowjetisch geprägte sozialistische Welt machte der DDR-Führung große Sorgen. Abhilfe sollte die mit dem Mauerbau eingeleitete Isolationspolitik der DDR schaffen. Die Bevölkerung konnte so leichter unter Kontrolle gehalten werden. Diese Maßnahme verschaffte der DDR einige Jahre inneren Frieden. Die ausländischen Besucher brachten erneut Unruhe ins Land. Ihre Liebe zur westlichen Kultur gefährdete die von den Funktionären wohlgehaltene Scheinwelt. So ist es nicht verwunderlich, daß die ausländischen Besucher das Mißtrauen des MfS erregten.

Zunehmend beteiligt sind Ausländer, häufig in Verbindung mit DDR-Bürgern, auch an solchen Straftaten bzw. Vorkommnissen, die für die politisch-operative Arbeit bedeutsam sind, wie unerlaubter Waffenbesitz, Gewaltakte, Korruptionshandlungen, Rauschgiftdelikte, Zoll- und Devisenverstöße, Schmuggel von Kunstgütern sowie an Handlungen zur Verbreitung sozialismuskommunistischer Gedanken und dekadenter Lebensweise.

Mit den Geheimdiensten der „befreundeten“ Länder hatte das Ministerium für Staatssicherheit Vereinbarungen zur Zusammenarbeit abgeschlossen. Diese Vereinbarungen sicherten die länderübergreifende Kontrolle von Bürgern aus den befreundeten Ländern ab. Obwohl das MfS den Ländern des nicht-sozialistischen Auslands naturgemäß größeres Mißtrauen entgegen brachte, betraf die allgemeine revolutionäre Wachsamkeit alle ausländischen Bürger. In dem eingangs erwähnten Befehl gab der Minister persönlich folgende Weisung heraus:

Im Ministerium für Staatssicherheit ist die nichtstrukturelle Arbeitsgruppe Ausländer (AG Ausländer) zu bilden. Die Arbeitsgruppe wird meinem 1. Stellvertreter, Genossen Generalleutnant Beater, unterstellt, der dabei eng mit meinem Stellvertreter, Genossen Generalmajor Mittag, zusammenarbeitet... Von den Leitern der Hauptabteilung I, II, VI, VII, VIII, IX, XVIII, XIX, XX, PS, der ZAIG, der Abteilung X und XXII, der ZKG, der Rechtsstelle sowie der Verwaltung Berlin ist je ein sachkundiger verantwortlicher Mitarbeiter für die Zusammenarbeit mit der Arbeitsgruppe Ausländer zu benennen, bei Notwendigkeit sind die Hauptverwaltung A sowie die Abteilung XII einzubeziehen ...³

Die AG Ausländer hatte die vorrangige Aufgabe, Informationen über alle nationalen Besonderheiten der in der DDR lebenden Ausländer zu sammeln. Die Konzentration mehrerer Abteilungen zu einer zentral geführten Arbeitsgruppe war bei den zu erfüllenden Aufgaben sinnvoll.

³ BStU MfS BdL/Dok. 5566, Bl. 2

Vorbeugende Verhinderung und Bekämpfung aller Aktivitäten des Gegners zur Einbeziehung von Ausländern in die gegen die DDR und die befreundeten sozialistischen Staaten gerichtete subversive Tätigkeit, insbesondere von Personen aus den NATO-Staaten und Westberlin ...⁴

Dieser Punkt betraf mehr oder weniger alle in der DDR lebenden Ausländer. Besonders aber die Ausländer, die aus den neuen unabhängigen Staaten kamen, setzte man den Bürgern aus dem westlichen Ausland gleich.

Solche Ausländer hatten oft Verwandte, die in den ehemaligen Mutterländern lebten. In vielen Fällen versuchten sie, die durch den Lauf der Weltpolitik unterbrochenen verwandtschaftlichen Verbindungen in der DDR neu zu knüpfen. Beispielsweise versuchten viele Vietnamesen, die in der Bundesrepublik Deutschland oder Frankreich lebenden Verwandte zu kontaktieren.

Gewährleistung des wirksamen Schutzes der Ausländer vor feindlichen Angriffen, insbesondere der sich in der DDR aufhaltenden Repräsentanten, der in der DDR akkreditierten bevorrechteten Personen und deren Angehörige, der Ausländer aus den befreundeten sozialistischen Staaten ... (Unter Schutz verstanden hier die Mitarbeiter des MfS auch die anfänglich erwähnte stellvertretende Kontrolle von Ausländern aus den befreundeten Ländern.) ... sowie der politischen Emigration und anderer progressiven Personen aus Staaten mit reaktionären Regimes ... (Hier waren beispielsweise die chilenischen Emigranten gemeint.) ... Nutzung der sich in der DDR aufhaltenden Ausländer für die Erhöhung der Effektivität der politisch-operativen Durchdringung von Ausländerkonzentrationen, zur operativen Bearbeitung und zur Gewährleistung des Schutzes von Ausländern sowie zur Qualifizierung der Arbeit im und nach dem Operationsgebiet durch die operativen Dienstseinheiten der Abwehr und der Aufklärung (im In- und Ausland) ...⁴

Die Durchdringung von Ausländerkonzentrationen stellte naturgemäß für das MfS eine wichtige Aufgabe dar. Man kann nur ahnen, welch schwieriges Unterfangen diese Aufgabe für die Mitarbeiter des MfS darstellen mußte.

... Diese grundsätzlichen Ziele der politisch-operativen Sicherung der Ausländer sind ständig in ihrem komplexen Zusammenhang zu realisieren. Durchgängig ist zu gewährleisten, daß mit der Durchführung aller die Ausländer in der DDR betreffenden politisch-operativen Maßnahmen die Innen- und Außenpolitik von Partei und Regierung unterstützt wird und Belastungen der Beziehungen der DDR zu anderen Staaten vorausschauend vermieden werden ...⁴

4 BStU MfS BdL/Dok. 6694, Bl. 13

Auszüge aus einem Befehl von 1981, erteilt von Armeegeneral Erich Mielke
In diesem Befehl Nr. 3/81 präzisiert er die Aufgaben für die einzelnen Hauptabteilungen.

2. Jede operative Dienstseinheit ist für die politisch-operative Sicherung der sich in ihrem Zuständigkeitsbereich ständig oder zeitweilig aufhaltenden Ausländer verantwortlich.

Die Verantwortung operativer Hauptabteilungen/selbst. Abteilungen sowie der entsprechenden Abteilungen in den Bezirksverwaltungen/Verwaltung für die Federführung der politisch-operativen Arbeit der Dienstseinheiten des MfS zur politisch-operativen Sicherung bestimmter Ausländerkategorien und von Ausländern in bestimmten gesellschaftlichen Bereichen sowie zur politisch-operativen Sicherung des Transitverkehrs durch die DDR ergibt sich aus der linienmäßigen Zuständigkeit bzw. ist in den jeweiligen spezifischen dienstlichen Bestimmungen zur politisch-operativen Sicherung von Ausländern festgelegt.

Das betrifft insbesondere:

Hauptabteilung II

- Politisch-operative Sicherung von Vertretungen anderer Staaten und internationaler nicht-staatlicher Organisationen und bevorrechteten Personen in der DDR;
- politisch-operative Sicherung von in der DDR akkreditierten Korrespondenten ausländischer Publikationsorgane;
- politisch-operative Sicherung der chilenischen politischen Emigranten in der DDR.

Hauptabteilung VI

- Kontrolle und Abfertigung der Ausländer im grenzüberschreitenden Verkehr;
- Speicherung und Bereitstellung der Reisedaten;
- Realisierung von Fahndungsmaßnahmen im grenzüberschreitenden Verkehr;

Dokument 2: BStU MfS/BdL Dok. 6694, Bl. 14-16

000015	5	VVS MfS 0008-10/B1
--------	---	--------------------

- politisch-operative Sicherung von Ausländern in touristischen Einrichtungen, wie Interhotels und internationalen Campingplätzen;
- Wahrnehmung der politisch-operativen Interessen des MfS bei der Generaldirektion des Reisebüros der DDR im Zusammenhang mit der Einreise von Ausländern;
- Gewährleistung des operativen Zusammenwirkens mit der Zellverwaltung der DDR bei der politisch-operativen Sicherung der Ausländer;
- politisch-operative Sicherung von privaten und touristischen Einreisen von Persönlichkeiten des politischen und gesellschaftlichen Lebens der BRD und Westberlins.

Hauptabteilung VII

- Gewährleistung des operativen Zusammenwirkens mit den Organen des MDI im Zusammenhang mit Ausländern;
- politisch-operative Sicherung der Ausländer während des Aufnahmeverfahrens;
- politisch-operative Sicherung der Ausländer, die in Strafvollzugseinrichtungen eine Freiheitsstrafe verbüßen.

Hauptabteilung VIII

- Politisch-operative Sicherung des Transitverkehrs zwischen der BRD und Westberlin und des übrigen Transit auf den dafür festgelegten Transitwegen (Straße);
- politisch-operative Abwehrarbeit gegen die westlichen Militärverbindungsmissionen und Militärinspektionen.

000016	5	
--------	---	--

Hauptabteilung IX

- Untersuchung von operativ bedeutsamen Straftaten, die von Ausländern oder gegen Ausländer begangen werden;
- Wahrnehmung der politisch-operativen Interessen gegenüber den Untersuchungsorganen der DVP und der Zellverwaltung der DDR bei der Untersuchung von Straftaten von Ausländern oder gegen Ausländer.

Hauptabteilung XVIII

- Politisch-operative Sicherung ausländischer Firmen, Arbeitskräfte und Studierender sowie dienstlicher Einreisen.

Hauptabteilung XIX

- Politisch-operative Sicherung des Transitverkehrs auf den Transitstrecken der Deutschen Reichsbahn und den Transitbinnenwasserstraßen;
- politisch-operative Sicherung ausländischer Arbeitskräfte und Studierender sowie dienstlicher Einreisen.

Hauptabteilung XX

- Politisch-operative Sicherung ausländischer Berufstätiger und Studierender sowie dienstlicher Einreisen.

Die Hauptabteilung II ist darüber hinaus verantwortlich für die Wahrnehmung zentraler Koordinierungsaufgaben, die Gewährleistung der zentralen Übersicht und Auskunftsfähigkeit und die Schaffung und Vervollkommenheit weiterer Grundlagen für die Qualifizierung der ausländerspezifischen politisch-operativen Arbeit im MfS. Die sich daraus ergebenden Hauptaufgaben werden im Abschnitt 5. festgelegt. In den Bezirksverwaltungen/Verwaltung sind für die Wahrnehmung dieser Aufgaben die Abteilungen II verantwortlich.

3. Die Leiter der operativen Dienstseinheiten haben zu sichern, daß sie sich aus diesem Befehl und den anderen dienstlichen Bestimmungen zur politisch-operativen Sicherung von Ausländern im Verantwortungsbereich ergebenden Aufgaben komplex gelöst und planmäßig in die politisch-operative Gesamtaufgabenstellung eingeordnet werden.

Eine wichtige Hauptabteilung war die HA X.⁵ Sie war dem Minister für Staatssicherheit, Armeegeneral Erich Mielke direkt unterstellt. Der Leiter, Generalmajor Willi Damm, sollte die Beziehungen zu den Sicherheitsorganen der anderen sozialistischen Länder aufrechterhalten und die Zusammenarbeit koordinieren. Generalmajor Damm war die wichtigste Kontaktperson des vietnamesischen Partners.

Die Arbeitsgruppe Ausländer konzentrierte sich auf folgende konkrete Aufgaben:

... Anzahl, Aufenthaltsgründe, Aufenthaltsdauer, Herkunftsland, politische und rechtliche Stellung, Dislozierung im Verantwortungsbereich (z. B. Konzentrationen im Arbeits-, Wohn- und Freizeitbereich), Beziehungen zu Ausländern in Verantwortungsbereichen anderer Dienstseinheiten;

Bedeutsamkeit des Aufenthaltes und der Tätigkeit für die DDR und das Herkunftsland, früherer Aufenthalt in anderen nichtsozialistischen und sozialistischen Staaten;

Beziehungen zu politisch-operativen Schwerpunktbereichen und anderen besonders gefährdeten Räumen und Objekten, Möglichkeiten der Erlangung geheimzuhaltender Informationen;

Verbindungen zu feindlich-negativ eingestellten Bürgern der DDR sowie zu Bürgern mit besonderem Sicherheitsbedürfnis (z. B. Geheimnissträger);

soziale Stellung, Klassenzugehörigkeit, politische Bindungen und Anschauungen sowie politische Aktivitäten im Herkunftsland und in der DDR (z. B. in zugelassenen und nichtzugelassenen Ländergruppen), besonders bei politischen Ereignissen und in Konflikt- und Krisensituationen;

Einflußmöglichkeiten und Charakter der Beziehungen zu anderen Ausländern (besonders Beziehungen von Ausländern aus nichtsozialistischen Staaten zu Ausländern aus sozialistischen Staaten und umgekehrt) sowie zu Bürgern der DDR;

Verbindung und Reisetätigkeit zu Auslandsvertretungen in der DDR bzw. zu bevorrechtigten Personen oder Korrespondenten und in die Herkunftsländer sowie in Drittstaaten und nach Westberlin ...⁶

⁵ Die Organisationsstruktur des Ministeriums für Staatssicherheit 1989, Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik, Abteilung Bildung und Forschung, Berlin 1995

⁶ BStU MfS/BdL Dok. 6694, Bl. 17, 18

2. Freundschaftsverträge zwischen der DDR und Vietnam

Am 10. Oktober 1966 kam eine Vereinbarung zur Zusammenarbeit zwischen der DDR und der DRV¹ zustande. Für den Aufbau des Landes benötigte Vietnam dringend gut ausgebildete Fachkräfte. In dieser Zeit gab es für die vietnamesische Führung zwei Möglichkeiten. Entweder bat sie den chinesischen Nachbarn oder die von der sowjetischen Ideologie geprägte sozialistische Staatengemeinschaft um Hilfe. Traditionell sah China jedoch Vietnam als eine abtrünnige Provinz (Südchina) an. Eine Hilfe von chinesischer Seite her konnte die vietnamesische Autonomie gefährden. 1979 sollte sich das Mißtrauen Vietnams gegenüber China bestätigen. Chinesische Truppen überfielen Vietnam und verwickelten das Land in einen 17 Tage dauernden Krieg. Obwohl die Kampfhandlungen mit großer Härte geführt wurden, konnte China keinerlei militärische Erfolge für sich verbuchen.

Der andere mögliche Partner, die UdSSR, war ebenfalls kein verlässlicher Partner für Vietnam. Schon seit der Zarenzeit betrachtete erst Rußland und dann die UdSSR Asien als sein Interessengebiet. So waren die freundschaftlichen Beziehungen zwischen Rußland und China nur von kurzer Dauer. Aus taktischen Überlegungen heraus entschied sich Vietnam offiziell für den Sozialismus nach sowjetischem Vorbild. In der Innenpolitik dominierte jedoch ein Kommunismus nach chinesischer Art. So unternahm die Sowjetunion gewaltige Anstrengungen, die vietnamesischen Funktionäre von ihrem politischen Kurs zu überzeugen. Dazu war sie auch auf die Hilfe der anderen sozialistischen Länder angewiesen. Auch die DDR sah sich in dieser Verantwortung. Diese erste Vereinbarung zwischen der DDR und der DRV war der erste Schritt zu einer immer fester werdenden politischen Freundschaft beider Länder.

In diesem Vertrag ... gewährte die DDR der Regierung der Demokratischen Republik Vietnam Hilfe und Unterstützung bei der beruflichen Qualifizierung (Aus- und Weiterbildung) von 2500 Bürgern der Demokratischen Republik Vietnam ...

(2) Die Praktikanten der Demokratischen Republik Vietnam setzen sich zusammen aus Arbeitern, Technikern und Ingenieuren.

(3) Die berufliche Qualifizierung erfolgt in Betrieben und Einrichtungen der Deutschen Demokratischen Republik für die Dauer von 2 (zwei) bis 3 (drei) Jahren ...²

¹ DRV - Demokratische Republik Vietnam, sie wurde nach der Vereinigung mit Südvietnam am 2.7.1976 in Sozialistische Republik Vietnam (SRV) umbenannt

² BStU MfS ZAIG-1146, Bl. 2

Die Verträge wurden in der Folgezeit ergänzt und konkretisiert:

... In Vorbereitung auf die berufliche Qualifizierung absolvieren die Praktikanten der Demokratischen Republik Vietnam zusätzlich einen halbjährigen Lehrgang der deutschen Sprache.

(4) Die berufliche Qualifizierung kann in besonderen Fällen nach Vereinbarung zwischen den zuständigen Organen beider Seiten verlängert oder verkürzt werden ...³

Der Artikel 7 beschäftigte sich mit der Unterbringung der Praktikanten:

Die zuständigen Organe der Deutschen Demokratischen Republik stellten den Praktikanten der Demokratischen Republik Vietnam für den Zeitraum der beruflichen Qualifizierung entsprechend den jeweiligen örtlichen Bedingungen Unterkunft, in der Regel internatsmäßig, zu gleichen Bedingungen wie für Bürger der Deutschen Demokratischen Republik einschließlich kommunaler Dienstleistungen gegen Bezahlung nach gesetzlichen Bestimmungen der Deutschen Demokratischen Republik zur Verfügung.⁴

Die internatsmäßige Unterbringung von Praktikanten war von vietnamesischer und DDR-Seite erwünscht. Durch diese Maßnahme waren die vietnamesischen Praktikanten einer ständigen Kontrolle unterworfen. Diese Politik der ständigen Kontrolle und Bevormundung wurde bis zur Wende beibehalten.

Der Artikel 8 beinhaltet die finanzielle Absicherung der Praktikanten.

(1) Die zuständigen Organe der Deutschen Demokratischen Republik gewähren den Praktikanten der Demokratischen Republik Vietnam während des Zeitraumes der beruflichen Qualifizierung einschließlich der Sprachausbildung für die Bestreitung der Kosten für Unterkunft, Verpflegung, Bekleidung, Fachbücher und andere Kosten des Lebensunterhaltes finanzielle Zuwendung in Höhe von monatlich

250,-- MDN⁵ für Praktikanten ohne berufliche Vorbildung

300,-- MDN für Praktikanten, die als Arbeiter mit beruflicher Vorbildung tätig waren

330,-- MDN für Praktikanten, die eine abgeschlossene Technikerausbildung haben

375,-- MDN für Praktikanten mit abgeschlossener Ingenieurausbildung⁴

Den Praktikanten stand laut der Vereinbarung ein jährlicher Erholungsurlaub von 18 Tagen zu. Die vietnamesischen und die DDR Fest- und Feiertage wurden den Praktikanten zugebilligt.

3 BStU MfS ZAIG-1146, Bl. 2

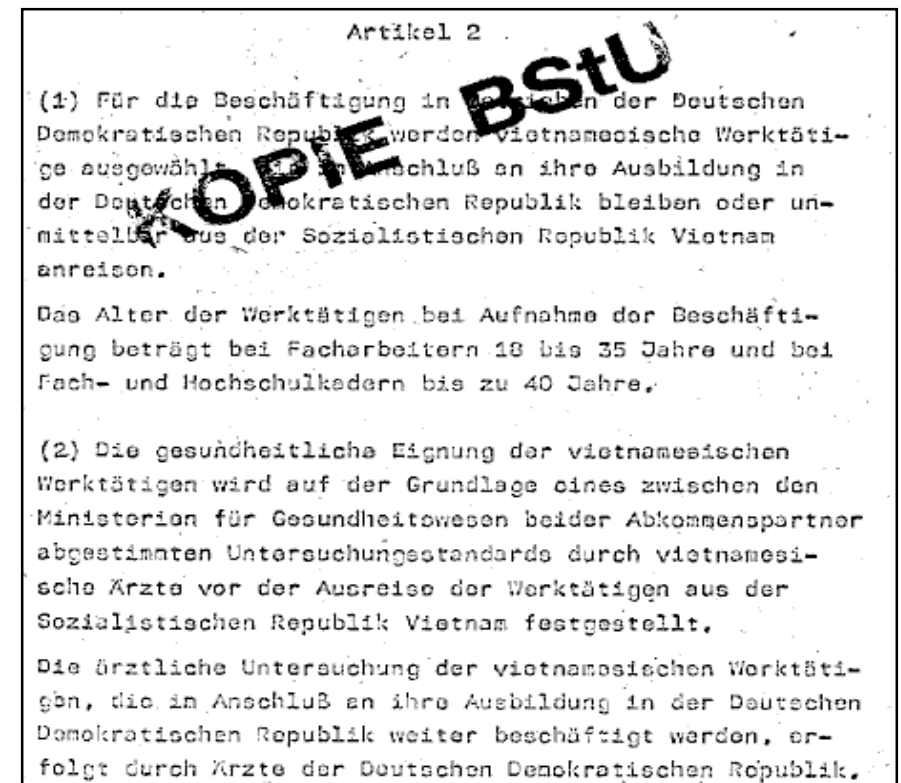
4 ebd., Bl. 5

5 MDN - Mark der Deutschen Notenbank

Die den Praktikanten zugeteilte Freizeit und Urlaubszeit durften sie nicht nach ihren Vorstellungen und Wünschen verbringen. Im Vordergrund standen organisierte Feiertage, Sportfeste, Bildungsreisen usw. Individuelle Reisen durch die DDR oder in die benachbarten sozialistischen Länder (z. B. CSSR, VR Polen) waren nicht erwünscht. Ein ständiges Gemeinschaftsleben garantierte eine ständige Kontrolle der vietnamesischen Praktikanten untereinander.

Reisen von Praktikanten der Demokratischen Republik Vietnam in dritte Länder bedürfen der Zustimmung der Botschaft der Demokratischen Republik Vietnam in der Deutschen Demokratischen Republik.⁶

Aus dem Abkommen zwischen der DDR und der SRV vom 1. Januar 1987



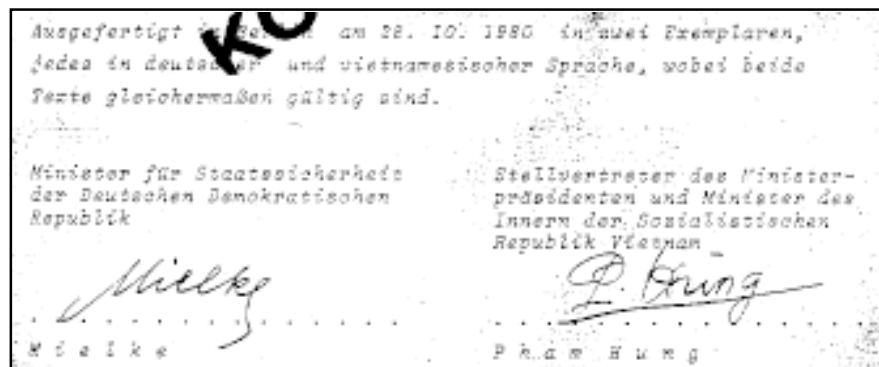
Dokument 3: BStU MfS Abt. X SA 342, Bl. 77

6 BStU MfS ZAIG-1146, Bl. 7

Auch zwischen dem MfS und dem vietnamesischen Geheimdienst kam es zu freundschaftlichen Vereinbarungen. Das MfS war stets bemüht, ein guter und zuverlässiger Partner zu sein. In einer Vereinbarung vom 28.10.1980, die zwischen dem Stellvertreter des Ministerpräsidenten und Minister des Inneren der Sozialistischen Republik Vietnam Pham Hung und dem Minister für Staatssicherheit der Deutschen Demokratischen Republik Mielke abgeschlossen wurde, hieß es:

Das Ministerium für Staatssicherheit der Deutschen Demokratischen Republik (MfS der DDR) und das Ministerium des Inneren der Sozialistischen Republik Vietnam (Mdi der SRV) stellen fest, daß sich ihre langjährige Zusammenarbeit ... kontinuierlich entwickelt und gefestigt hat und einen wichtigen Faktor bei der Lösung der Aufgaben zur Gewährleistung der staatlichen Sicherheit der DDR und der SRV, zum Schutze der Staaten der sozialistischen Gemeinschaft gegen die Angriffe des Imperialismus, seiner Geheimdienste und subversiven Zentralen, gegen die aggressiven und subversiven Pläne, Absichten und Aktivitäten der hegemonistischen Führung der VR China sowie zur Erhaltung und Festigung des Friedens bildet.⁷

Vereinbarung über die Zusammenarbeit zwischen dem MfS und dem Mdi der SRV vom 28.10.1980



Dokument 4: BStU MfS/BdL Dok. 8724, Bl. 9, 5, 6 (auch S. 15, 16)

Der Grundstein zu dieser Vereinbarung wurde schon drei Jahre früher gelegt. Am 4. Dezember 1977 wurde der Vertrag über Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen der DDR und SRV geschlossen. Dieser Vertrag hatte für die vietnamesischen, aber auch für mit ihnen befreundete DDR-Bürger weit-

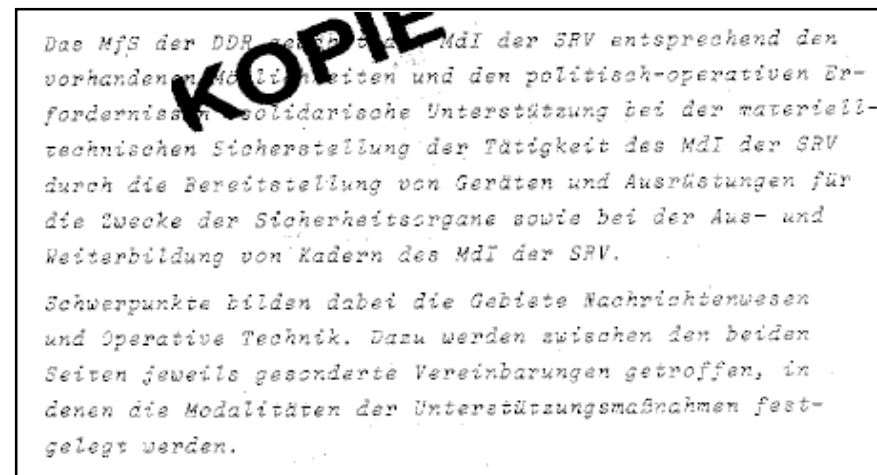
⁷ BStU MfS BdL/Dok. 8724, Bl. 1

reichende Konsequenzen. Denn neben der üblichen Übereinkunft, daß man sich gegenseitig bei der Bekämpfung der feindlichen Tätigkeit des Gegners helfen wolle, kam es auch zu der Vereinbarung über die Zusammenarbeit zwischen dem MfS der DDR und dem Mdi der SRV, die den Austausch von

... Hinweise(n) und Informationen über feindliche Aktivitäten gegen Bürger und Einrichtungen beider Staaten, erlangte Angaben zu Bürgern und Einrichtungen beider Staaten, erlangte Angaben zu Bürgern des einen Staates, die sich zeitweilig oder ständig auf dem Territorium des anderen Staates aufhalten, die für die Tätigkeit der Sicherheitsorgane von operativem Interesse sind, sowie andere operativ relevante Hinweise, Angaben und Informationen ...⁸ regeln sollte.

Diese Vereinbarung legitimierte die Bespitzlung vietnamesischer und deutscher (DDR-)Bürger, wenn es im Interesse beider Staaten lag. Beispielsweise betraf diese Vereinbarung heiratswillige DDR-Bürger. Automatisch legte man über jeden eine Akte an, wenn Heiratsabsichten zu VietnamesInnen bestanden. Diese Personen wurden überwacht, bespitzelt und alle Angaben wurden an die vietnamesischen Behörden übergeben. Ebenfalls wurde vereinbart *... bei der operativen Absicherung des internationalen Reise- und Touristenverkehrs und der Verhinderung ungesetzlicher Grenzübertritte durch Bürger beider Staaten ...⁹ zusammenzuarbeiten.*

Der MfS leistete auch solidarische Hilfe für das Mdi der SRV.



⁸ ebd., Bl. 3

⁹ ebd., Bl. 4

Das MfS der DDR unterstützt das MdI der SRV entsprechend seinen Möglichkeiten beim Abschluß und der Realisierung von Lieferverträgen über die staatlichen Außenhandelsorgane für die Zwecke der Sicherheitsorgane sowie bei der Vermittlung der Teilnahme von Angehörigen des MdI der SRV an Qualifizierungsmaßnahmen, die durch Betriebe und Einrichtungen der DDR durchgeführt werden. Grundlage dazu bilden die entsprechenden zwischenstaatlichen Vereinbarungen ...¹⁰

Das MfS der DDR und das MdI der SRV stationieren im Rahmen der Botschaft der DDR in der SRV sowie in der Botschaft der SRV in der DDR zur abwehrmäßigen Sicherung ihrer auf dem Territorium des anderen Staates befindlichen Staatsbürger sowie zur Unterhaltung einer ständigen direkten Verbindung zwischen beiden Seiten Vertreter des jeweiligen Ministeriums. Diese Vertreter genießen diplomatischen Status.

Beide Seiten unterstützen diese Mitarbeiter bei der Erfüllung der ihnen übertragenen Aufgaben.

Diese beiden Punkte ermöglichten die Präsenz des vietnamesischen Geheimdienstes auf dem Boden der DDR. Auch diese Vereinbarungen wurden später erweitert und den neueren Bedingungen angepaßt.

Im Laufe der Zeit kam es zu unerwarteten Schwierigkeiten mit den vietnamesischen Vertragsarbeitern. Sie begannen sich nach weiteren Verdienstmöglichkeiten umzusehen. So sah sich das MfS plötzlich mit kriminalistischen Arbeiten überhäuft. An der Spitze stand dabei der illegale Computerhandel, dazu kamen Zoll- und Devisenvergehen und versuchte Republikflucht.

Dieser Entwicklung versuchte man mit neuen Maßnahmen entgegenzuwirken. Beispielsweise vereinbarten 1980 das MfS und das MdI-Vietnam eine enge Zusammenarbeit.

¹⁰ ebd., Bl. 6

Vereinbarung zwischen dem MfS und dem MdI der SRV von 1980

Bei der Realisierung der Ziel- und Aufgabenstellung zur politisch-operativen Sicherung vietnamesischer Werktätiger gewährleisten die Beauftragten des MdI der SRV

- die Schaffung einer qualifizierten inoffiziellen Basis unter den vietnamesischen Werktätigen;
- die vorbeugende Verhinderung bzw. wirksame Bekämpfung aller Absichten und Maßnahmen des Gegners zum Mißbrauch vietnamesischer Werktätiger für subversive Angriffe;
- das rechtzeitige Erkennen und die vorbeugende Verhinderung aller von vietnamesischen Werktätigen ausgehenden feindlichen und anderen negativen Handlungen;
- die ständige und genaue Einschätzung der Lage unter den vietnamesischen Werktätigen;
- das rechtzeitige Erkennen von Ursachen und begünstigenden Bedingungen für feindlich-negative Handlungen, Vorkommnisse und Erscheinungen sowie die Einflußnahme auf deren Beseitigung.

Bei der Lösung dieser Aufgaben erhält der Beauftragte des MdI der SRV Unterstützung durch das MfS.

Für die politisch-operative Nutzung der sich aus dem Einsatz vietnamesischer Werktätiger ergebenden Möglichkeiten der Organisation der politisch-operativen Arbeit nach dem Operationsgebiet ist der Leiter der Operativgruppe des MdI der SRV in der DDR verantwortlich.

Artikel 7

Der Leiter der Operativgruppe des MdI der SRV in der DDR ist im Zusammenwirken mit der Botschaft der SRV in der DDR verpflichtet, dem Botschafter der SRV über die Lage unter den vietnamesischen Werktätigen zu berichten und notwendige Maßnahmen vorzuschlagen, um die sicherheitspolitischen Erfordernisse durchzusetzen.

Artikel 8

In den festgelegten Bezirken haben die Beauftragten des MdI der SRV die Möglichkeit, mit den Verbindungsoffizieren des MfS der DDR unmittelbare, erforderliche Fragen zur Sicherungsproblematik zu besprechen.

Artikel 9

Weitergehende Maßnahmen wie Beobachtung, inoffizielle Postkontrolle, operativ-technische Kontrolle, Fahndungen und Festnahmen sind zwischen dem Leiter der Operativgruppe des MdI der SRV in der DDR und dem Leiter der Abteilung für Internationale Verbindungen des MfS der DDR abzustimmen.

Artikel 10

Der Austausch von Informationen über vietnamesische Werktätige gegen die von den Untersuchungsorganen des MfS, des MdI und der Zollverwaltung der DDR strafprozessuale Maßnahmen eingeleitet wurden bzw. werden sollen, erfolgt zwischen dem Leiter der Abteilung für Internationale Verbindungen des MfS der DDR und dem Leiter der Operativgruppe des MdI der SRV in der DDR.

Die Übermittlung solcher Informationen an den Leiter der Operativgruppe des MdI der SRV in der DDR erfolgt unabhängig von der Informierung der Botschaft der SRV in der DDR durch die zuständigen Organe der DDR auf der Grundlage des Konsularvertrages zwischen der DDR und der SRV sowie anderer zwischenstaatlicher Vereinbarungen.

Artikel 11

Das MfS der DDR gewährt dem MdI der SRV Unterstützung bei Rückführungen vietnamesischer Werktätiger in die SRV, die im Rahmen strafprozessualer Maßnahmen oder aus anderen Gründen vorgenommen werden.

Der hierbei erforderliche Informationsaustausch und die Abstimmung konkreter Maßnahmen zur Vorbereitung und Realisierung von Rückführungen wird zwischen dem Leiter der Operativgruppe des MdI der SRV in der DDR und dem Leiter der Abteilung für Internationale Verbindungen des MfS der DDR vorgenommen.

Artikel 12

Das MfS der DDR und das MfS der SRV werden im Rahmen der vereinbarten Maßnahmen und Aufgaben der Zusammenarbeit und der Realisierung der gegenseitigen Verpflichtungen bei Erfordernis gemeinsame Beratungen und Konsultationen auf verschiedenen Ebenen durchführen.

KOPIE BStU

3. Die vietnamesischen Praktikanten, Studenten und Vertragsarbeiter

3.1. Die ersten Kontakte zwischen Bürgern aus Vietnam und der DDR

Anfänglich hatten die vietnamesischen Praktikanten und Studenten einen guten Ruf in der DDR-Bevölkerung. Sie galten als fleißige, höfliche und lerneifrige Gäste. Der zähe Widerstand Vietnams gegen die übermächtige USA erregte überall Sympathie für die Vietnamesen. Die Ausbilder, Lehrer und viele Mitarbeiter suchten gerne den Kontakt zu den Vietnamesen. Die Betreuer äußerten sich überwiegend positiv über die vietnamesischen Praktikanten. Am 11.1.1967 berichtete der Sekretär für Agitation und Propaganda des VEB Chemische Werke Buna, Herr Straube, an die SED-Bezirksleitung Halle unter anderem:

... Ein beeindruckendes Politikum bei der Ausbildung der vietnamesischen Praktikanten ist ihre hohe Lernmoral. Sie bringen immer wieder zum Ausdruck, daß sie den Auftrag ihrer Regierung, die deutsche Sprache zu erlernen, als einen Kampfauftrag auffassen. Die Bedeutung dieses Kampfauftrages wurde auch beim Besuch des Genossen Botschafter der DRV am 17.12.1966 unterstrichen, als dieser in der Aussprache mit allen Praktikanten hervorhob, daß jede „sehr gute“ Note im Unterrichtsergebnis als Abschluß eines USA-Bombers zu werten ist ...

Die Freunde sind dem gesellschaftlichen Leben in unserer Republik gegenüber sehr aufgeschlossen und bemühen sich, durch entsprechende Kontakte unsere Lebensgewohnheiten kennenzulernen. Sie nutzen jede Möglichkeit, ein sehr enges Verhältnis zu den Lehrern und Erziehern herzustellen ...¹

Doch es gibt auch negatives zu berichten:

... Etwas anders ist das Bild unter den Dolmetschern. In verschiedenen Situationen äußerten diese, daß die Hilfe der Chinesen, die sie als gute Freunde bezeichnen, gleichzusetzen ist mit der Hilfe der UdSSR. Ein Dolmetscher brachte zum Ausdruck, daß die vietnamesische Taktik darin bestünde, durch ihre Kriegsführung immer mehr Amerikaner zu binden, um in den USA eine Situation zu schaffen, in der sich die Amerikaner selbst gegen ihre Regierung wenden würden. Ein andermal brachte ein Dolmetscher zum Ausdruck, daß das Verhältnis zwischen China und der UdSSR sich deshalb so verschlechtert habe, weil China im Korea-Krieg Waffen und Munition hergestellt habe, die dann die UdSSR als eigene aktive Hilfe ausgegeben habe.

¹ Landesarchiv Merseburg / Bestand: SED Bezirksleitung Halle, IV/ A-2/6, Nr. 152, Bl. 132

Die Leitung der SED-Grundorganisation Betriebsschule Leuna berichtete am 4.1.1967 an die SED-Bezirksleitung Halle sorgenvoll folgendes:

... Einige Freunde besitzen Oktavhefte in einem Plastikeinband, die ihnen bei ihrer Durchfahrt durch China geschenkt wurden und die auf der Vorderseite mit dem Bild Mao Tse-Tungs versehen sind. Auch gibt es einige Freunde, bei denen das Abzeichen Mao Tse-Tungs vorhanden ist, das aber von ihnen nicht öffentlich getragen wird.

Aus dem Posteingang ist zu ersehen, daß 5 Freunde Post aus Peking erhalten. Aus Gesprächen mit Dolmetschern war zu erfahren, daß diese Post von vietnamesischen Praktikanten, die in China eine Ausbildung erhalten, stammt ...

... Unklar, zum Teil undurchsichtig, ist das Verhältnis zur Politik der Führer der Kommunistischen Partei Chinas. Mehrere Anzeichen deuten darauf hin, daß die Mehrzahl der Praktikanten eine prochinesische Haltung einnimmt. Das äußert sich z. B. in folgenden Aussprachen von Dolmetschern oder Praktikanten:

„Mao Tse-Tung ist der Freund ganz Asiens.“ - „China nimmt große Opfer auf sich, um dem vietnamesischen Volk zu helfen.“ - „Die Schwierigkeiten beim Transport sowjetischer Waffen durch China sind auf unkorrektes Verhalten der sowjetischen Behörden zurückzuführen.“

U. a. wurde auch von einem Dolmetscher eine Bemerkung des 1. Kreissekretärs, Genossen Görlich, über die feindselige Haltung der Führer der KP Chinas gegenüber der Sowjetunion nicht übersetzt.

Die Leitung erwartet, daß diesbezüglich Schwierigkeiten eintreten werden, wenn die Praktikanten in der Lage sind, ihre Gedanken selbständig in die deutsche Sprache umsetzen.²

Die Verwirrung der DDR-Funktionäre muß ziemlich groß gewesen sein. War doch die UdSSR für sie ein unantastbares Vorbild. Im Gegensatz zum Fall der später eingesetzten Vertragsarbeiter standen solidarische Hilfeleistungen für Vietnam im Vordergrund. Sicherlich betrachteten die Betreuer solche Äußerungen von vietnamesischer Seite als undankbar gegenüber dem zur damaligen Zeit großen Solidaritätseinsatz von seiten der mit der UdSSR verbündeten Länder. Den Funktionären der DDR mußte die unentschiedene Politik Vietnams unverständlich bleiben. Doch die geschickte vietnamesische Politik sicherte die territoriale Unabhängigkeit des Landes. Weder China noch die Sowjetunion konnten wirklich Fuß in Vietnam fassen. Diese unentschiedene vietnamesische Außenpolitik konnten 1969 einige vietnamesische Bürger für sich ausnutzen. 1983 stellte das MfS plötzlich erstaunt fest, daß in

der DDR deutsche Bürger vietnamesischer Herkunft als Betreuer der vietnamesischen Arbeiter tätig waren. Diese vietnamesischen DDR-Bürger belasteten die freundschaftlichen Beziehungen der DDR und Vietnams. Ein längst vergessener Fall beschäftigte das MfS erneut. Dessen Mitarbeiter begannen mit der Überprüfung der Vietnamesen und ihrer deutschen Freunde und Angehörigen. Beim Durchlesen der folgenden Akten ist es auffällig, wie sehr sich die Mitarbeiter des MfS bemühten, die Partner des vietnamesischen Mdl zufriedenzustellen. Das MfS war sogar bereit, die DDR-Bürger vietnamesischer Herkunft aus den Berufsleben zu drängen. Dabei war es den Mitarbeitern des MfS gleichgültig, daß das Amt für Arbeit und Löhne die Arbeitsmoral der DDR-Bürger vietnamesischer Herkunft als „hervorragend“ einschätzte.

Aus den Akten der Abteilung X

3. Zu dem ehemaligen vietnamesischen Bürger [REDACTED] konnte ermittelt werden:

[REDACTED] geb. [REDACTED]
 [REDACTED] in Hanoi
 whft. [REDACTED]
 in der DDR seit 1960
 Staatsbürger der DDR seit 1978
 tätig seit 1. 9. 1981 als Betreuer für eine Gruppe von etwa 40 vietnam. Bürgern [REDACTED]

Auf Antrag des Amtes für Arbeit und Löhne beim Rat des Bezirkes Leipzig wurde [REDACTED] 1981 als Mitarbeiter der Stadtbibliothek für die Aufgabe als Betreuer freigestellt. Er steht in einem ordentlichen Arbeitsrechtsverhältnis und leistet eine hervorragende Arbeit.
 Seit dem 30. 7. 1973 ist [REDACTED] verheiratet mit [REDACTED]

geb. [REDACTED]
 Beruf Lehrerin, z.Zt. Promotion [REDACTED]
 Mitglied der SED [REDACTED]
 1 Kind [REDACTED] geb. [REDACTED]

Das Auftreten, Verhalten und die Arbeitsleistungen beider DDR-Bürger begründen nach Ansicht des Amtes für Arbeit und Löhne gegenwärtig eine notwendige Kündigung oder Veränderung des Arbeitsrechtsverhältnisses. Es ist abgestimmt.


KOPIE

- eine allmähliche Herauslösung der DDR-Bürger aus der Betreuerfunktion vorzunehmen

- und zukünftig keine Personen einzusetzen, die ihre Staatsbürgerschaft wechseln bzw. durch Verhaltensweisen und Handlungen die zwischenstaatlichen Beziehungen belasten könnten.

BSU 000004
Berlin, den 19.7.1983
<u>Gen. Generalmajor Dann</u>
<p>Zwei der in Leipzig eingesetzten vietnamesischen Bürger konnten ermittelt werden. Sie waren jedoch bereits seit mehrere Jahren die DDR-Staatsbürger.</p> <p>Da der Staatssekretär für Arbeit und Löhne in einer ersten Meinung äußerte sein Unverständnis für die Notwendigkeit der Herauslösung dieser Personen aus der Betreuungszustand zum Ausdruck gebracht hat, wird Gen. Krollbach vom Gen. Generalleutnant Mittig über die Angelegenheit in die erforderlichen Schritte in Kenntnis gesetzt.</p>

Dokument 7: BStU MfS Abt. X SA 339, Bl. 4

Abteilung X Leiter	Berlin, den 3.5.1983 X/ 3457 /83 Ba/Do
<u>PERSÖNLICH</u>	
Stellvertreter des Ministers Genossen Generalleutnant MITTIG	
<p>Die Sicherheitsorgane der ER Vietnam informierten darüber, daß die vietnamesischen Bürger</p> <p>_____ tätig in Krankenhaus Leipzig</p> <p>_____ tätig im VEB Lebensmittelverarbeitungswerk Leipzig</p> <p>_____ tätig in St. George-Krankenhaus Leipzig</p>	
<p>von den Leitungen ihrer Arbeitsstellen als Betreuer von Kollektiven vietnamesischer Werktätiger eingesetzt wurden.</p> <p>Die Genannten sind ehemalige vietnamesische Studenten, die 1964 mit einer Gruppe weiterer Studenten die DDR nach Vietnam ablehnten und sich der Kontrolle durch die Botschaft entzogen. Es handelte sich um Studenten mit einer positiven Einstellung zur Sowjetunion und DDR.</p> <p>Auf der Grundlage der Grundsatzentscheidung wurde diesem Personenkreis zum damaligen Zeitpunkt die Aufenthaltsgenehmigung der DDR erteilt.</p> <p>Diese Entscheidung der zuständigen Organe der DDR wurde von vietnamesischer Seite ab 1972 toleriert.</p> <p>Der jetzige Einsatz dieser Bürger der ER Vietnam als Betreuer von Kollektiven junger vietnamesischer Werktätiger wird von vietnamesischer Seite als Belastung der zwischenstaatlichen Beziehungen betrachtet.</p> <p>Die vietnamesische Seite ist weiterhin bereit, die Grundsatzentscheidung der zuständigen Organe der DDR zu tolerieren, bittet jedoch von einem weiteren Einsatz als Betreuer von Kollektiven vietnamesischer Werktätiger Abstand zu nehmen.</p> <p>Es wird gebeten, die entsprechenden Maßnahmen einzuleiten und die Abt. X vom Ergebnis informieren zu lassen.</p>	
 Dann Generalmajor	

Dokument 8: BStU MfS Abt. X SA 339, Bl. 6

Bezirksverwaltung für
Staatsicherheit Dresden
A I G

Dresden, den 11. Nov. 1966
App/Ri - AIG / 1584 / 66

BSU
000017

Ministerium für Staatsicherheit
Z A I G

Berlin

Einschätzung der vietnamesischen Studenten an der
Technischen Universität Dresden
Telefonische Anforderung des Gen. Oberstltn. Irrler

1. Wieviel vietnamesische Studenten gibt es ?

An der TU Dresden studieren 4 vietnamesische
Studenten.

2. Wieviel davon wollen nicht in ihre Heimat zurück- kehren?

Wie in [redacted] bekannt wurde, beabsichtigen von diesen
Studenten, nicht in ihre Heimat zurückzukehren.
Es handelt sich dabei um folgende Studenten:

[redacted] (Südvietnam)
[redacted] (Südvietnam)

3. Welches sind dafür die Hauptgründe?

Wie in Gesprächen mit vietnamesischen Studenten ermittelt
konnten, sonderten sich die Genannten 1964 von den übrigen
vietnamesischen Studenten ab. Sämtliche vietnamesischen
Studenten sollten damals den Urlaub in ihrer Heimat ver-
bringen. Diese 5 waren damit nicht einverstanden, da
sie annahmen, daß die Regierung der DRV sie nach dem
koreanischen und albanischen Beispiel nicht mehr in die
DDR zurückkehren ließe.

Sie befürchteten außerdem eine Verfolgung aus politischen
Gründen, da sie mit dem politischen Kurs der DRV nicht
einverstanden sind. Von ihnen wurde erklärt, daß sie die
chinesische Linie, die ihrer Meinung nach die DRV ver-
folgt, nicht anerkennen. Sie würden die Politik der KPdSU
und der DDR vertreten.

- 2 -

Wie inoffiziell berichtet wurde, vertraten die Genannten
diesen Standpunkt auch in den Seminaren des gesellschafts-
wissenschaftlichen Unterrichts.
Einige von diesen Studenten wandten sich an die Be-
zirksleitung der SED, an die Parteileitung der TU sowie
schriftlich an das Staatssekretariat für Hoch- und
Fachschulwesen mit der Bitte, in der DDR das Studium
fortsetzen zu können.
Um gütlich sicher zu gehen, ließen sich einige sogar
wegen Ruhrverdacht in Krankenstationen einweisen.

Der südvietnamesische Student [redacted] erklärte,
daß er auf jedes Alibi (Krankheit u.dgl.) verzichtet,
und er brachte überall seine Meinung offen zum Ausdruck.
Er ist der Wortführer dieser 6 Vietnamesen.
Vor einigen Wochen soll er sich schriftlich an den Vor-
sitzenden des Staatsrates, Gen. Walter Ulbricht, gewandt
haben und will demnächst selbst beim Staatsrat vor-
sprechen, um dort den Standpunkt der 6 vietnamesischen
Studenten zu vertreten.

[redacted] wurde auf Drängen der Botschaft bereits
exmatriculiert, kehrt aber nicht in die Heimat zurück,
obwohl er dazu bereits mehrere Aufforderungen von der
Botschaft erhielt.

Die Gründe für das Verhalten dieser 6 Vietnamesen sind:

In ihrer Heimat hatten sie keinerlei Möglichkeit,
entsprechendes Studiums eingesetzt zu werden, sondern
mußten im Gegenteil mit Verfolgung und Straflagern
rechnen.

Die Vertreter der vietnamesischen Landsmannschaft
hätten sie bei der Botschaft als Verräter eingeschätzt
und sie würden auch als solche behandelt.

Der Student [redacted] vertritt die gleiche
politische Meinung, führt jedoch der Landsmannschaft
und der Botschaft gegenüber an, daß er in der DDR
eine deutsche Frau und ein zweijähriges Kind habe.
Die Eheschließung wurde ihm bisher verweigert. Das
Verhältnis verschwieg er 2 Jahre. Er wandte sich erst
nach Beendigung seines Studiums an seine Botschaft.
Von hier erhielt er jedoch die Aufforderung, in die
DRV zurückzukehren und seine Probleme zu lösen. Danach
könne er in die DDR zurückkehren.
Diesen Versprechen glaubt er jedoch nicht, da gegen-
teilige Beispiele bekannt sind.

Die Studenten, die 1964 während ihres Urlaubs in die
Heimat zurückkehrten und bei denen man eine abweichende
politische Haltung vermutete, durften nicht mehr in die
DDR zurück und sind jetzt Schikanen ausgesetzt und würden
zu Strafarbeiten herangezogen.

- 3 -

Mit den genannten 6 Studenten würde noch härter verfahren, da deren politische Haltung erwiesen ist. Anders gesinnte vietnamesische Studenten drohten ihnen, daß man in der Heimat mit ihnen "mit dem Messer diskutieren würde".

Von den 6 Vietnamesen werden gegenwärtig Diskussionen in der Richtung geführt, daß sie Asyl in der DDR erhalten würden, da man ihnen nichts Gegenteiliges mitteilte. Vor zwei Jahren wäre ihre Lage noch nicht so kritisch gewesen.

Sie besuchen gegenwärtig keinerlei Veranstaltungen ihrer Landsmannschaft, da in diesen nur gegen die DDR gehetzt würde und Maßnahmen wie z.B. die Kulturrevolution in China als positiv hingestellt werden. Unsere Partei würde in den Schulungen des Revisionismus bezichtigt und der VI. Parteitag als Gipfelpunkt des modernen Revisionismus hingestellt. Die gleiche Linie würde man in den Artikeln ihrer Heimatzeitung vertreten.

Diese 6 Vietnamesen verurteilen seit Jahren immer aufs schärfste die USA-Aggressionen und nehmen an den verschiedenen Kundgebungen und Solidaritätsaktionen der Ländergruppe teil.

4. Wie ist die politische Haltung zur DRV?

Die genannten 6 Studenten sind mit der Politik ihres Landes nicht einverstanden, da dort die chinesische Linie vertreten würde.

5. Wie ist der Einfluß dieser Studenten auf ihre eigenen Kommilitonen?

Der Einfluß dieser 6 Vietnamesen auf die anderen Studenten ist schwer einzuschätzen, da von den Vietnamesen kaum politische Äußerungen gegenüber außenstehenden Personen gemacht werden. Es wird eingeschätzt, daß sich in der vietnamesischen Landsmannschaft alles im geheimen abspielt.

Bekannt wurde, daß die genannten 6 Vietnamesen unter der Kontrolle der übrigen vietnamesischen Studenten stehen. Sie werden von ihnen regelrecht beobachtet und es gibt Beispiele, wo sie versuchen, die für die 6 Studenten im Wohnheim ankommende Post zu erhalten.

6. Wie ist der Einfluß dieser Studenten auf die deutsche Bevölkerung?

Der politisch-ideologische Einfluß der vietnamesischen Studenten auf unsere Bevölkerung beschränkt sich im wesentlichen auf die Einflußnahme bei Solidaritätsaktionen udgl.

Einschätzung der Auswertungs- und Informationsgruppe der Bezirksverwaltung Leipzig vom 11.11.1966

E i n s c h ä t z u n g

der Lage unter den vietnamesischen Studenten in Leipzig

I. Allgemeine Übersicht

In Leipzig sind z. Z. 12 weibliche und 63 männliche Vietnamesen polizeilich gemeldet. Es handelt sich um Studenten und zum geringen Teil um Aspiranten, die an den verschiedenen Hochschulen in Leipzig studieren.

44 Vietnamesen durchlaufen eine Ausbildung in der deutschen Sprache am Herder-Institut der Karl-Marx-Universität Leipzig. Vietnamesen sind an verschiedenen Fakultäten der Karl-Marx-Universität immatrikuliert, darunter 4 in germanistischer, 2 in chemischer und 1 Vietnamesen in veterinärmedizinischer Fachrichtung. Die übrigen 24 Vietnamesen befinden sich z. Z. in der Aspirantur oder studieren an anderen Hoch- und Fachschulen in der Stadt Leipzig. Die konkrete Tätigkeit dieser Studenten wird noch ermittelt und nachberichtet. Bei der Abteilung Ausländerwesen der BVP sowie bei anderen staatlichen Stellen in Leipzig befindet sich keine genaue Übersicht, in welchen Lehranstalten diese Studenten tätig sind. Eine genaue Auskunft darüber könnte das Staatssekretariat für Hochschulwesen geben.

Am 29. 10. 66 trafen weitere 167 Vietnamesen aus Moskau kommend in Leipzig ein. 122 dieser Studenten kommen aus der DRV und 45 aus Südvietnam. Im Herder-Institut Leipzig begannen sie das Studium der deutschen Sprache. Sie sind in einem Gebäude des Herder-Institutes Leipzig, Friederikenstraße untergebracht.

2A16 33/67-40.1.1

Bezirksverwaltung für
Staatsicherheit Leipzig
A I 3

Leipzig, den 6. 1. 1967
Sache/Nr. 33

BSIU
000034

MfS
9.
12. JAN. 1967
Tel. Nr. 333
Weiter an: JGU

Ministerium für Staatsicherheit
Generale Inszenierungs- und
Informationsgruppe

Berlin

Ergänzung zur "Einschätzung der Lage unter vietnamesischen
Studenten"
Unser Schreiben vom 11. 11. 1966 - Reg.Nr. 1512/66 (9056)

Von der Abteilung XX wurden uns nachstehende Ermittlungsergebnisse
übergeben:

1. Internationale Quartiergeber

geb. [REDACTED]
Wohnort: 7021 Leipzig
Tätigkeit: [REDACTED]
[REDACTED] Karl-Marx-Universität Leipzig

Der Genannte war Angehöriger der [REDACTED], aus der er in ihren als
in politischer Hinsicht wird er als einflussreicher und der Partei
treu erachtet. Er wird eingeschätzt, ist jedoch nicht in
der Lage, eine bestimmten politischen Situation inner die
auch nicht in politischen Schlüssen zu ziehen.
An seiner Arbeitsstelle ist er auf Grund von schlechter
Leistungsfähigkeit und bürokratischer Arbeit nicht beliebt.

Die [REDACTED] heiratete vor mehreren Jahren
einen vietnamesen, mit dem sie in der DDR wohnt.
Die beiden vietnamesischen Studenten, die bei [REDACTED] verkehren,
von denen der [REDACTED] namentlich bekannt ist, sollen
die Kinder [REDACTED] sein.
Frau [REDACTED] wünscht diesen Studenten die Nähe und mocht
an den Wochenenden vielfach für sie.

Familie [REDACTED]
Wohnort: 705 Leipzig, [REDACTED]

Die Verbindung der vietnamesischen Studenten zur Familie
[REDACTED] kam durch die Tochter
[REDACTED] - geb. [REDACTED]
Wohnort: 1965: [REDACTED]
Krs. Sachatz
Tätigkeit: Oberstufenlehrerin an der polytechn.
Oberschule in [REDACTED] Krs. Sachatz

Zustande.

- 2 -

BSIU
000035

Die Genannte lernte die vietnamesischen Studenten während ihres
Studiums von 1961 - 1965 an der Karl-Marx-Universität Leipzig
kennen.
Seit 1963 gehört sie der SED an. Ihr Auftreten und Verhalten
wird in jedem Fall als Klassenbewusst eingeschätzt.
Ende 1965 oder Anfang 1966 haben zwei vietnamesische Studenten
an einen Pionernachmittag ihrer Klasse teilgenommen. Dieser
Besuch war offiziell von der Schulleitung genehmigt.

Die engste Verbindung hatte die [REDACTED] zu dem vietnamesischen
Studenten [REDACTED] der im September 1965 nach west-
deutschland geflüchtet sein soll.

Zur Zeit bestehen jedoch auch noch Verbindungen zu Vietnamesen
der abgespalteten Gruppe, die jedoch namentlich nicht bekannt
sind.

Vor ca. 3 Wochen meldete sie sich beim Rektorat für Ausländer-
studium zu einer Aussprache über die Situation der abgespalteten
Gruppe vietnamesischer Studenten an, die jedoch nicht durchge-
führt wurde.

In moralischer Hinsicht ist nichts Negatives bekannt. Sie soll
einen festen Freund in der Hauptstadt der DDR haben.

2. Weitere bekannte Personen

geb. [REDACTED]
Wohnort: [REDACTED]
Beschäftigung: [REDACTED] - [REDACTED] "Walter Ulbricht"

Die Genannte unterhält Verbindung zu dem Vietnamesen der abge-
spalteten Gruppe [REDACTED]. Sie besuchte ihn schon mehrere
Male in der DDR.
Ihre politische Einstellung zur DDR ist positiv. Sie gehört der
FDJ-Leitung im Betrieb an. Weiterhin ist sie Mitglied des FDGB
und der SED.
In moralischer Hinsicht ist nichts Nachteiliges bekannt. Sie
soll einen festen Freund haben.
Über Verbindungen zu Ausländern, nach Westdeutschland, West-
berlin und den kapitalistischen Ausland ist nichts bekannt.

geb. an [REDACTED]
Wohnort: [REDACTED]
Tätigkeit: it. H.M. Schülerin - Angaben in Wohngebiet
aufolge soll sie beim Hauptpostamt Leipzig
sein.

Die Genannte ist in politischer Hinsicht bisher nicht in Er-
scheinung getreten. Ihre einzige gesellschaftliche Mitarbeit
erstreckt sich auf ihre Teilnahme an einer ehrenamtlichen Tätig-
keit beim DDK.

- 3 -

- 3 -

BSU
000036

In moralischer Hinsicht ist nichts Negatives bekannt, sie hat ein Verhältnis zu einem jungen Mann, welcher jedoch namentlich nicht bekannt ist. Er macht einen guten Eindruck.

Verbindungen zu vietnamesischen Studenten oder anders-seitige Verbindungen sind im Wohngebiet nicht bekannt.

Wegen [REDACTED] idRt z.Zt. ein Verfahren wegen Ausschluss aus der Partei (KPD), weil er mit der Bemerkung, nicht mehr gesellschaftlich arbeiten zu wollen, sein Dokument auf den Tisch gelegt hat.

Auch bei Diskussionen im Wohngebiet und in der Belegschaft des Kraftwerkes Kalkwitz, wo er als Maschinenschlosser tätig ist, tritt er in keiner Form als Genosse in Erscheinung.

[REDACTED] geb. am [REDACTED] in [REDACTED]
wh. gew. 7023 Leipzig, [REDACTED]

Die Genannte wohnt seit September 1966 in Bude, wo sie in Bude-Werk die Bibliothek verwaltet. Gesellschaftlich ist sie im Wohngebiet nicht in Erscheinung getreten. Sie hat einen [REDACTED] Freund. Bis August 1966 war sie mit einem Studenten aus [REDACTED] verlobt.

Den Vietnamesen [REDACTED] soll sie Anfang März 1966 in Berlin kennengelernt haben. Dieser war auch Ende März 1966 mit in Leipzig in [REDACTED] Wohnung. Seitdem ist er nicht wieder gesehen worden.

Es besteht äußerliche Verbindung nach Westdeutschland. Es soll sich [REDACTED] in eine [REDACTED] der [REDACTED] handeln.

[REDACTED] geb. am [REDACTED]
wh. 7021 Leipzig, [REDACTED]
Studentin

Die Genannte unterhält Verbindung zu den Vietnamesen [REDACTED]

In politischer oder gesellschaftlicher Hinsicht ist sie noch nicht in Erscheinung getreten.

Im Haus besitzt sie keinen guten Lehnstuhl. Sie ist überheblich und führt einen [REDACTED] Lebenswandel.

Sie hat sehr viele Verbindungen zu Ausländern, die sie hauptsächlich während der Massen Kennenlernt. Mit diesen steht sie größtenteils in brieflicher Verbindung.

Wegen ihrer vielen [REDACTED] haben ihre Eltern schon angedroht, sie hinauszuwerfen.

Verbindungen zu vietnamesischen Studenten sind im Wohngebiet nicht bekannt.

- 4 -

Die bisher vorliegenden Ermittlungen geben noch keine Hinweise auf irgendwelche Feindschaft.

Maßnahmen der Abt. XX

- Die [REDACTED] wird weiter überprüft, ob sie sich evtl. zur Verlobung eignet.
- Einweisung von Postkontrolle [REDACTED] Abt. X
- Über die Familie [REDACTED] in Leipzig und die Tochter [REDACTED] wird ebenfalls die Postkontrolle über die Abt. X eingeleitet.

Abteilung X

Berlin, am 2. Juli 1964

Da/Khr

BSU
000038

STRENG GEHEIM

Aktennotiz

Auf Wunsch des 1. Sekretärs der vietnamesischen Botschaft in Berlin - Pham BANG - wurde am 2. Juli 1964 von 10.00 bis 11.00 Uhr in der vietnamesischen Botschaft eine Unterredung geführt. Von Seiten des MfS nahmen die Genossen Oberstleutnant DAMM und Hauptmann MÜLLER teil.

- Der 1. Sekretär übermittelte im Auftrag des Ministers für Staatssicherheit der Demokratischen Republik Vietnam den Dank für die vom MfS geleistete Unterstützung bei der Lieferung von [REDACTED] der operativen Technik. Gleichzeitig übergab er zwei kleine Geschenke. (2 Flaschen Likör, 1 Päckchen Kaffee, 1 handgearbeitete [REDACTED]) Genosse DAMM brachte zum Ausdruck, daß das MfS die Hilfe für die Demokratische Republik Vietnam auf der Grundlage des proletarischen Internationalismus leiste.

- Der 1. Sekretär teilte mit, daß im letzten Halbjahr - insbesondere Ende Juni - eine große Zahl vietnamesischer Studenten, die in der DDR studieren, geflüchtet seien. Es handle sich dabei um

[REDACTED]
Leipzig
Leipzig
Leipzig

- 2 -

8510
000039

Greifswald
Leipzig
Leipzig
Leipzig
Leipzig
Leipzig
Leipzig
Leipzig
Leipzig

Er bat, diese Angelegenheit zu überprüfen, da ihm unverständlich sei, daß eine so große Zahl von Personen verschwinden könne, ohne daß von der Bevölkerung oder der Polizei Wahrnehmungen gemacht wurden.

Genosse DAMI brachte zum Ausdruck, daß ihm diese Vor-
fälle nicht bekannt sind.

Auf die Worten und dem Verhalten des 1. Sekretärs war zu entnehmen, daß er vermutet, daß sich die genannten Personen noch auf dem Gebiet der DDR befinden. Dem 1. Sekretär wurden keine Zusagen gegeben.

Die gesamte Unterhaltung verlief in einer sehr höflichen und korrekten Atmosphäre.

Leiter der Abteilung X
Damm
Oberstleutnant

Im Nachhinein ist es nur schwer nachvollziehbar, ob die Vietnamesen in ihrer Heimat einer wirklichen Bedrohung ausgesetzt waren. Die vietnamesischen Studenten hatten jedoch mehr Glück als später asylsuchende kambodschanische Bürger. Diese wurden von den DDR-Behörden ausnahmslos in ihre Heimat und somit in den sicheren Tod geschickt.

Der chinesisch-sowjetische Konflikt wirkte sich positiv auf die Asylgesuche der vietnamesischen Bürger aus. 1969 erhielt der Minister für innere Angelegenheiten der DDR einen Brief. In diesem Brief schilderte einer der vietnamesischen Asylananten seine Situation.

Leipzig, den 27.1.1969

Hochverehrter Herr Minister!

Gestatten Sie mir bitte, Ihnen meine schwere Lage zu erklären und meine aufrichtigen Wünsche zu äußern.

Mein Name ist ... Als ich 10 Jahre alt war, kam die August Revolution in meiner Heimat unter Leitung der Partei der Werktätigen Vietnams zum Sieg. Die Franzosen aber achteten nicht die Souveränität unseres Landes. Sie führten den schmutzigen Krieg gegen das Volk mit der Absicht, ihre Kolonialherrschaft in Vietnam weiter erhalten zu können. Dagegen rief unsere Partei und Regierung das ganze Volk zum Widerstandskampf auf. Mit ganzem Herzen zum Vaterland, zum Sozialismus ging ich als 16jähriger Junge zur Front und kämpfte zusammen mit Genossen und Freunden, bis das Volk über die Franzosen siegte. Nach dem Sieg nahm ich am Aufbau des Sozialismus in meiner Heimat teil. Mit Bewußtsein arbeitete ich immer fleißig und erfüllte als Kandidat der Partei, als Funktionär der Jugendorganisation und Gewerkschaft alle Aufgaben, die mir von der Partei gegeben wurden. Durch diese guten Leistungen wurde ich 1958 von der Partei und Regierung in die DDR delegiert, um Germanistik an der KMU Leipzig zu studieren.

Vor Beginn meines Studiums nahm ich mir vor, so gut wie möglich zu studieren, um danach den Sozialismus in Vietnam weiter zu dienen. Aber leider geschah es nicht so, wie ich mir gewünscht hatte. Die politische Meinungsverschiedenheit in der kommunistischen Weltbewegung kam zum Anfang des Jahres 1963 nicht nur innerhalb unserer Partei, sondern auch in allen Massenorganisationen zum Ausdruck als eine Frage zur alltäglichen Auseinandersetzung und dadurch zur Bestätigung des Standpunktes der Partei Vietnams. Unsere Partei hat die Linie der KP unter der Führung Mao Tse-Tungs für richtig, sogar am richtigsten, am revolutionärsten gehalten. Sie hat die KPdSU, die SED und fast alle kommunistischen Parteien in Europa als sogenannte „moderne revisionistische Clique“ bezeichnet und verurteilt. Eines der wichtigsten Ziele der politischen Sommerschulung, die von unserer Partei 1963 in Köthen für alle vietnamesischen Studierenden in der

DDR organisiert wurde, war die Verurteilung und Entlarvung der sogenannten „modernen revisionistischen Parteien“, und gleichzeitig wurden die Maßnahmen zur Bekämpfung der „modernen revisionistischen“ Einflüsse festgelegt. Wir durften überhaupt nicht in Kontakt vor allem mit Deutschen und auch mit Ausländern stehen. Die Beziehungen zu diesen waren nur möglich nach schriftlicher Information der Botschaft und der Hochschulgruppe über den Lebenslauf der genannten Personen und nach der Erlaubnis der Botschaft. Alle Kulturveranstaltungen, sogar Kino zu besuchen, war uns streng verboten. Die deutschen Zeitungen und Zeitschriften waren nach Empfehlung der Partei nicht zu lesen. Darüber hinaus durfte keiner von uns an der Vorlesung und den Seminar über Marxismus-Leninismus teilnehmen, während wir täglich die von Peking in vietnamesisch oder in deutsch herausgegebenen Broschüren, die von dem Leiter der Hochschulgruppe verteilt wurden, studieren mußten. Die Broschüren konnten wir jedoch einem Deutschen oder einem Ausländer weitergeben, wenn wir Vertrauen zu ihm haben, aber erst wenn der Hochschulgruppenleiter damit einverstanden ist.

Diese politische Haltung unserer Partei und Regierung war und ist mir sehr unverständlich. Meine tiefen Gedanken führten mich zurück zur Vergangenheit, zu der Zeit nach der Augustrevolution bis zum Jahre 1960. In meinen ganzen Schuljahren wurden mir immer die Begriffe Liebe und Haß erklärt. Die Liebe zum Vaterland Vietnam bedeutet die Liebe zum Sozialismus, die Liebe vor allem zur Sowjetunion und zu anderen sozialistischen Ländern. Der Haß ist gegen den Imperialismus gerichtet. In den politischen Kursen und Versammlungen habe ich immer von der SU, von der KPdSU mit Hochachtung durch unsere Partei und Regierung gehört. Die SU war für uns die Hauptkraft des Sozialismus, des Friedens und der Weltfriedensbewegung. In der Tat habe ich viele Industriebetriebe gesehen, die durch die selbstlose Hilfe der SU, der DDR und der anderen sozialistischen Länder entstanden sind. Sogar mein Studium in der DDR war nicht nur unserer Partei und Regierung, sondern auch der SU und der DDR zu verdanken, weil es mit dem umfangreichen Hilfeplan der KPdSU beim genannten Aufbau des Sozialismus in meiner Heimat zusammenhängt. Durch diese Tatsache konnte ich mir nicht vorstellen, warum dieser Haß und Verachtung gegen die KPdSU in unserer Partei vorbereitet wurden. Meine grundlegenden Erkenntnisse, die sich aus dem Studium der deutschen Literatur und Kunst, der Kampfgeschichte der deutschen Arbeiterbewegung, des Marxismus-Leninismus und meinen Erlebnissen mit den Ereignissen beim Aufbau des Sozialismus und beim Kampf gegen den westdeutschen Imperialismus in der DDR ergeben, halfen mir viel zur Verbreiterung meiner Weltanschauung und meiner Gedanken. Auf dieser Grundlage konnte ich mich durch den Standpunkt unserer Partei und

Regierung entscheiden. Ich war einer von denen, die nicht die damaligen Wünsche unserer Partei und Regierung erfüllt haben. In jeder Versammlung der vietnamesischen Hochschulgruppe in Leipzig und bei jeder Diskussion, sogar vor dem Vertreter der Botschaft, haben wir immer offen und konsequent die Linie der KPdSU für richtig gehalten. Der Besuch der politischen Vorlesungen und des Seminars über Marxismus-Leninismus wurde von uns weiter bis zum Ende fortgesetzt. Wir haben uns noch enger in Verbindung mit deutschen Genossen gesetzt. Durch diese Haltung wurden wir in der Versammlung nicht nur scharf kritisiert, sondern auch als Hochverräter, als schlechte Elemente des Sozialismus, als Anhänger der sogenannten „modernen revisionistischen Clique“ verurteilt. Und seit damals wurde ich von der Partei entlassen.

Im Sommer 1964 haben unsere Partei und Regierung plötzlich beschlossen, daß alle vietnamesischen Studierenden in der DDR zur Teilnahme einer besonderen politischen Schulung nach Hause fahren mußten. Wir als Hochverräter oder Anhänger des sogenannten „europäischen modernen Revisionismus“ verurteilt, waren uns klar darüber, daß unsere Rückkehr unter diesen Umständen gefährlich für uns und unmöglich war. Deswegen konnten wir diesem Befehl von unserer Partei und Regierung nicht folgen. Das geschah alles vor dem Beginn des amerikanischen Aggressionshandlungen gegen die DRV. In den schweren Stunden nach unserem Entschluß haben wir uns durch die Hilfe der deutschen Genossen an die Parteileitung der KMU Leipzig und an die Bezirksparteileitung Leipzig gewandt. Dank dieser großen Hilfe konnte ich in der DDR weiter bleiben und mein Studium fortsetzen. Im Juni 1967 habe ich das Studium als Diplomgermanist mit „gut“ beendet. Ich halte die Rückkehr in meine Heimat für unmöglich. Als sogenannter Hochverräter kann ich wirklich nie nach Hause fahren. Es bedeutet nicht, daß ich Angst vor dem Krieg gegen die Amerikaner habe. Ich war und bin bereit, mein Leben für das Vaterland und den Sozialismus zu opfern, aber nicht sinnlos für die maoistische Ideologie. Durch die Zeitungen unserer Partei und Regierung kann ich bis heute keine grundsätzliche Veränderung in ihrer politischen Haltung zu der Meinungsverschiedenheit der kommunistischen Weltbewegung finden.

Mao Tse-Tung, seine Ideologie und die sogenannte proletarische Kulturrevolution in China werden von unserer Partei und Regierung immer noch verherrlicht, während man die Hauptrolle der KPdSU beim Kampf für Sozialismus und Frieden und im Kampf gegen den Imperialismus fest außer acht gelassen hat. Obwohl die Hilfe der SU die wichtigste Rolle im Kampf gegen die Amerikaner in Vietnam spielt, wird sie aber von unserer Partei nur allge-

mein und diplomatisch erwähnt. In der Zukunft ist mir nicht klar, wie sich die Haltung und den Standpunkt unserer Partei weiter entwickeln. Wir haben versucht, mit einigen vietnamesischen Studenten in Kontakt zu stehen.

Als die Hochschulgruppe und die Botschaft davon erfuhren, wurden diese in der Versammlung kritisiert und danach nach Hause geschickt. Es ist den vietnamesischen Studenten streng verboten, die Bekanntschaft mit uns zu machen.

Seit Beendigung meines Studiums sind fast zwei Jahre vergangen. Zuerst habe ich als Transporter, dann als Hilfsarbeiter in einer Druckerei gearbeitet. Z. Z. arbeite ich als Hilfskraft in der Buchhaltung des VEB Wasserversorgung und Abwasserbehandlung Leipzig. Am Anfang habe ich viel versucht, eine mir gemäße Arbeitsstelle zu bekommen. Aber es ist mir leider nicht gelungen. Überall hat man von mir die Erlaubnis der vietnamesischen Botschaft verlangt, weil ich immer noch die Aufenthaltserlaubnis der DDR als vietnamesischer Student besitze. In Wirklichkeit habe ich nichts mit der Botschaft zu tun. Überall, wo ich wohne wo ich arbeite, kann man mich nicht verstehen, warum ich noch hier nach dem Studium bleibe. Zu meiner zeitweiligen Sicherung muß ich ein Leben halb legal, halb illegal führen. Ich folge damit auch Empfehlungen deutscher Genossen.

Jedesmal wenn die Aufenthaltserlaubnis abläuft, habe ich wieder die große Sorge, ob die Verlängerung weiter möglich ist. Von meiner Lage aus bin ich unabhängig von der vietnamesischen Botschaft und offiziell gehöre ich auch der DDR nicht an. Es ist deshalb schwer für mich, einen richtigen Platz in der Gesellschaft, einen richtigen Sinn und eine Zukunft im Leben zu finden.

Bis jetzt lernte und arbeitete ich für den Aufbau des Sozialismus. Durch meine Arbeit in der DDR kann ich einen Beitrag zum Aufbau des Sozialismus in der DDR leisten und damit gleichzeitig zu Stärkung des Sozialismus in der ganzen Welt. So kann ich auch im übertragenen Sinne meiner Heimat dienen.

Sehr verehrter Herr Minister!

Ich hoffe, daß Sie durch diese Ausführungen meine Lage verstehen. Ich bitte Sie, mir bei der Verbesserung meiner Situation zu helfen. Da meine Rückkehr unter den geschilderten Umständen unmöglich ist, richte ich die Bitte an Sie, mir die Annahme der Staatsbürgerschaft der DDR zu ermöglichen oder mir eine andere Möglichkeit zu geben, um weiter in der DDR zu leben und zu arbeiten ...³

3 BStU MfS Abt. X SA 339, Bl. 9-15

3.2. Die Vertragsarbeiter

Im Herbst 1989 brach das politische Machtgefüge der SED-Führung in der DDR zusammen. Der Zusammenbruch erfolgte unglaublich schnell und dynamisch. Mit der Losung „Wir sind das Volk“ verlangte die Bevölkerung ihre Entlassung aus ständiger Bevormundung durch die SED-Funktionäre. Der wirtschaftliche Niedergang der DDR setzte lange vorher ein. Jedoch gerade ein wirtschaftliches Versagen konnten und durften die SED-Parteifunktionäre gegenüber der eigenen Bevölkerung nicht zugeben. War doch die DDR zu einem ökonomischen Wettkampf zwischen Kapitalismus und Sozialismus angetreten. Aus einer Rede von Walter Ulbricht, vorgetragen auf einer Staats- und rechtswissenschaftlichen Konferenz der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) in Babelsberg am 2./3. April 1958:

... Das Bestehen von zwei Staaten mit verschiedenartiger sozialökonomischer Struktur bedeutet keineswegs, daß zwischen der gesellschaftlichen Entwicklung in beiden Staaten eine Mauer bestünde. Beide Staaten wirken aufeinander ein. Die Aufgabe besteht darin, die volksdemokratische Ordnung und den sozialistischen Aufbau in der Deutschen Demokratischen Republik zu solchen Erfolgen zu führen, die der Arbeiterklasse und der Mehrheit der Werktätigen in Westdeutschland die Vorteile und den fortschrittlichen Charakter unserer Gesellschaftsordnung überzeugend beweisen. Die Überlegenheit der Deutschen Demokratischen Republik hat sich schon darin gezeigt, daß ihre Friedenspolitik, die sie gemeinsam mit der Sowjetunion, der Volksrepublik China und den anderen Staaten des sozialistischen Lagers durchgeführt, die Mehrheit der Bevölkerung in Westdeutschland erfaßt hat. In dem Maße, wie sich die antagonistischen und ökonomischen Widersprüche im westdeutschen Staat entwickeln, wird auf allen Gebieten die Rolle der Deutschen Demokratischen Republik, der Wahrerin und Beschützerin der friedlichen nationalen und sozialen Interessen des deutschen Volkes, auch der westdeutschen Werktätigen offen sichtbar.⁴

Kurze Zeit später stand eine Mauer zwischen den beiden deutschen Staaten (und im geteilten Berlin). Eine Mauer, die das eigene ökonomische Ausbluten und den ideologischen Einfluß des deutschen Nachbarn verhindern sollte. Unter großen Mühen und auf Kosten persönlicher Freiheit konnte die DDR anfänglich einige wirtschaftliche Erfolge verbuchen. Alles änderte sich schlagartig, als die westliche Welt die wirtschaftliche Bedeutung der Mikroelektronik für sich entdeckte. Während die westliche Wirtschaft mit immer weniger Arbeitskräften auskam, konnte die DDR nicht genug Arbeitskräfte bekommen. Anfänglich setzte sie verstärkt Strafgefangene in der Produktion ein. Dieses Arbeitskräftepotential war jedoch nicht ausreichend. So nahm die DDR große Gruppen ausländischer Bürger als Arbeitskräfte unter Vertrag.

4 Walter Ulbricht, Die Entwicklung des volksdemokr. Staates 1945-58, Berlin 1961, S. 620

Auszüge aus einem Bericht an die SED-Bezirksleitung Halle im Jahr 1977

Halle, den 9.12.1977

I n f o r m a t i o nzum Einsatz Strafgefangener im Jahr 1978

Nach Aussprache mit dem Genossen Oberst Becker und vorliegender Informationen aus den Betrieben treten mit dem vorgesehenen verringerten Einsatz von Strafgefangenen z.T. erhebliche Probleme im Planverlauf 1978 auf.

Im Jahresdurchschnitt 1977 befanden sich 3.880 Strafgefangene im Einsatz, während für 1978 2.700 vorgesehen sind und das sind 1.680 weniger.

Besondere Schwerpunkte treten auf	1977	1978	./.
im Mansfeldkombinat			
(Strafgefangene im Einsatz)	650	350	300
Schuhkombinat Weißenfels	600	380	220
BKK Bitterfeld	270	100	170
BKK Profen und Geibeltal	270	100	170
Gasgerätewerk Dessau 1978 ohne Zahlenangabe der SV Abt. Dessau			
Textilreinigung Halle	120	80	40

Damit treten nach Aussagen der Betriebe im Mansfeldkombinat Ausfälle in der Kupfergewinnung, ein Ausfall einer Ofenbesetzung in der August-Bebel-Hütte u.a. auf.

Im BKK Bitterfeld ist eine Warenproduktion von 6 Mio M gefährdet und durch Ausfall einer Schicht in der Brikettfabrik fehlen 350 kt Briketts.

Gleichzeitig geht jährlich 8 - 10 Mio m³ Abraum verlustig.

Für alle Kohlekombinate verschlechtern sich die Bedingungen der Gleiserhaltung, was Auswirkungen auf die Betriebesicherheit nach sich zieht.

- 2 -

Darüber hinaus treten in solchen Betrieben, wie

BHW Thale	6 Mio M
Kombinat MAB Halle	6,8 Mio M
Junkalor Dessau	2,6 Mio M
Elmo Dessau	18,0 Mio M
Gummiwerk Ballenstedt	6,9 Mio M

Ausfall an Warenproduktion auf.

In Gasgerätewerk kann die geforderte Planaufgabe an Gasherden nicht gebracht werden, sondern nur, wie in der Komplexberatung vorgesehen, 72,1 TStück.

Das Schuhkombinat Weißenfels wird durch den verminderten Einsatz von SG den Ausfall von 300 TPaar Schuhsohlen, die einer Warenproduktion von ca. 5,3 Mio M entsprechen, zu verzeichnen haben.

Die Reduzierung der AK aus dem Strafvollzug im Metallwaren Raumburg von 300 auf 250 bewirkt den Ausfall von ca. 10 Mio M Warenproduktion.

In der Textilreinigung Halle wird die Reduzierung der Arbeitskräfte von 120 auf 80 den Ausfall von ca. 700 t Miefertigwäsche für das Gesundheitswesen und andere Bedarfsträger zur Folge haben.

Aus einem Bericht an die SED-Bezirksleitung Halle

Dieses Schreiben von 1978 illustriert sehr gut die damalige Arbeitskräfte-situation in dieser Region.

Abteilung Industrie Halle, den 8. 2. 1978

I n f o r m a t i o n

Über territorial bezogene staatliche Aufgaben für die ausgewählten Betriebe und Kombinate des Bezirkes

Die staatliche Auflage des Arbeitskräfteplanes für 15 ausgewählte Kombinate und Betriebe des Bezirkes wurde (bezogen auf den Jahresdurchschnitt 1977 ohne Lehrlinge) nur mit 97,3 % realisiert.

Plan 1977	110 405 Personen
Ist 1977	107 371 Personen

Durchschnittlich fehlten damit 3 034 Personen.

1977 konnte in 9 Betrieben ein absoluter Zuwachs von 546 Personen erreicht werden.

Durch die Betriebe Waggonbau Dessau, FKM Köthen, Pumpenwerke Halle, Junkalor Dessau und Magnesit Aken wurde der Arbeitskräfteplan erfüllt bzw. überschritten.

Schwerpunkte bei der Unterschreitung des AK-Planes sind

Leuna	1 235 Personen
Buna	825 "
CKB	559 "
Filmfabrik Wolfen	293 "
ZAB Dessau	76 "
Ketten- u. Nagelwerk	51 "

Die Untererfüllung wurde im wesentlichen durch folgende Faktoren hervorgerufen:

- Das AK-Defizit von 6 900 Personen im Bezirk Halle konzentriert sich mit ca. 5 500 Personen auf die RÄume Merseburg, Halle, Bitterfeld und Dessau.

Dokument 14: Landesarchiv Merseburg / Bestand: SED Bezirksleitung Halle, IV/D-2/6, Nr. 376, Bl. 79, 82

- 4 -

In den Betrieben Gasgerätemwerk Dessau, Junkalor Dessau, Magnesit Aken und Pumpenwerke Halle verschlechterte sich der Schichtkoeffizient.

Untersuchungen zu dieser Problematik haben ergeben, daß Schichtarbeiter aus den Chemiekombinaten in einschichtig arbeitende Betriebe (NAB) überwechseln.

Das trifft insbesondere für Betriebe der Stadt Halle (durchschnittlicher Schichtkoeffizient 1,18) zu.

Zu Schwerpunkten des Planes 1978

Mit der staatlichen Auflage 1978 über die Inanspruchnahme des gesellschaftlichen Arbeitsvermögens muß bei den ausgewählten Kombinat und Betrieben bezogen auf die Erfüllung 1977 ein Anstieg um ca. 4 200 Personen erreicht werden.

Berechnungen haben ergeben, daß 1978 voraussichtlich 2 700 Personen gegenüber den staatlichen Auflagen nicht zur Verfügung stehen, obwohl den Berechnungen bereits die Auflagen zur Gewinnung von Arbeitskräften aus den Kreisen und Bezirken in Höhe von 2 825 Personen zugrunde gelegt werden.

- Neueinstellungen von Schulabgängern für eine Berufsausbildung

Für die Einstellung 1977 waren 4 255 Schulabgänger, davon 4 035 aus dem Bezirk Halle und 220 aus anderen Bezirken vorgesehen.

Der Plan wurde mit 4 246, davon 4 098 aus dem Bezirk Halle erfüllt.

Diese Fortschritte sind vor allem auf eine zielstrebige Berufsorientierung zurückzuführen. Nach wie vor wird jedoch durch eine Reihe von Kreisen die Beauftragung bei der Gewinnung von Schulabgängern für ausgewählte Betriebe nicht mit der erforderlichen Disziplin durchgesetzt.

Anfangs schien sich der Einsatz vietnamesischer Vertragsarbeiter positiv auf die Wirtschaft der DDR auszuwirken. In den eingesetzten Betrieben arbeiteten sie überwiegend geschickt, fleißig und ausdauernd. Untergebracht waren sie wie alle anderen Vertragsarbeiter in dafür vorgesehenen Wohnheimen. Diese Wohnheime befanden sich gewöhnlich in Neubaugebieten. Meistens funktionierte man normale Wohnblöcke in Wohnheime um. Die Eingänge wurden durch Wachpersonal überwacht. Verschiedene Betreuer sollten die Ordnung und Sauberkeit im Wohnheim aufrechterhalten. Beispielsweise führten sie täglich Zimmerkontrollen durch. Den Kontakt zu den Vietnamesen hielten sie über vietnamesische Gruppenleiter und Dolmetscher aufrecht. Das Thema Ordnung und Sauberkeit führte immer wieder zu Problemen mit der deutschen Seite. Bei meinen Recherchen habe ich handschriftliche Erklärungen von 1988 und 1989 gefunden. Sie stammen aus einer Zeit, da sich die Beziehungen zwischen den vietnamesischen Vertragsarbeitern und den offiziellen Stellen denkbar verschlechtert hatten. Ich möchte gerne zwei Punkte daraus zitieren.

... Als Mitglied des Wohnheim muß verpflichten, die Ordnung und Sauberkeit im Wohnheim einzuhalten. Regelmäßige Sauberkeit im Zimmer und im gesellschftl. macht kein Krach und bleiben die gute Freundschaft. (Die Vietnamesen liebten Feiern. Es wurde viel gekocht, dazu hörte man gerne Musik. Meistens so laut, das sich manch deutscher Nachbar belästigt fühlte.)

... Einhaltung der Ordnung über Brandschutzord. Wohnheim... Mach keine Eigene Arbeit, die die Sauberkeit verstößt ... (Mit diesem Punkt versuchten die Wohnheimbetreuer illegale „Heimarbeit“ zu unterbinden. Nach mündlichen Berichten verstieß z. B. das Lagern größerer Mengen von Stoff gegen die Brandschutzbestimmungen. Eigentlich wollte man damit die nicht so gern gesehene Jeansproduktion unterbinden.)⁵

Ein anderes Ärgernis waren die unkontrollierten Besuche der Vietnamesen untereinander. Diese Besuche waren von deutscher Seite nicht erwünscht. Die vietnamesischen Besucher hielten sich oft mehrere Tage bei ihren Freunden, Bekannten manchmal auch Verwandten auf. Das war jedoch ein klarer Verstoß gegen die Wohnheimordnung. Jeder Besucher mußte sich beim Wachpersonal anmelden. Die Besuchszeit begann 17 und endete 22 Uhr. Da jedoch das deutsche Wachpersonal die Vietnamesen nur schwer auseinanderhalten konnte („Alle 'Vitschis' sehen doch gleich aus ...“) war gerade dieser Punkt der Wohnheimordnung nicht durchsetzbar. Aus diesem Grunde war es vielen Vietnamesen möglich, sich jahrelang illegal in der DDR aufzuhalten.

⁵ Landesarchiv Merseburg / Bestand: Rat des Bezirkes Halle, 4. Ablieferung, Nr. 6393, keine Blattangabe möglich

Bericht an den Rat des Bezirkes Halle

Hier wird ein typischer Wohnheimplatz für die vietnamesischen Vertragsarbeiter beschrieben.

Für die berufliche Qualifizierung sind die entsprechenden Voraussetzungen für die Theorie und praktische Qualifizierung vorhanden.

5. Unterbringung

Die Unterbringung der vietnamesischen Werktätigen erfolgt in einer betriebseigenen Gemeinschaftsunterkunft unmittelbar neben dem Betriebsgelände.

Anschrift

Wohnheim für ausländische Werktätige
Kreppentalstraße
Naumburg
4 8 0 0

Das Wohnheim wird durch die vietnamesischen Werktätigen erstmals bezogen. Es ist ein fernbeheizter Neublock Typ "Berlin" (3-geschossig) mit 29 Dreibettzimmern, 8 Zweibettzimmern sowie Unterkunfteräumen für den vietnamesischen Gruppenleiter und den vietnamesischen Sprachmittler. Klubräume sowie Wasch- und Duschräume sind ausreichend vorhanden. Die Unterkunfteräume sind entsprechend den RGV-Normen ausgestattet.

Für die Zubereitung von Speisen durch die vietnamesischen Werktätigen stehen ausreichende KÜcheneinrichtungen zur Verfügung.

Die Gemeinschaftsunterkunft ist so abgegrenzt, daß Ordnung und Sicherheit sowie eine durchgehende Einlaßkontrolle gewährleistet ist. Der monatliche Mietpreis beträgt für jeden vietnamesischen Werktätigen 30,00 Mark.

Dokument 15: Landesarchiv Merseburg / Bestand: Rat des Bezirkes Halle, 4. Ablieferung, Nr. 6393, Bl. 495

Bericht an den Rat des Bezirkes Halle vom 21.11.1988

Gen. Köpfig → Gen. Koll. - Landesarchiv Merseburg

VEB Wäscheunion
Zerk 5 Zeitz

Zeitz, den 21. Nov. 1988

5354188/1

Ke

Protokoll über die Beratung am 18. 11. 1988 -
Probleme beim Einsatz der vietnamesischen Werktätigen

Teilnehmer:

Gen. Köpfig	Werkleiter
Gen. Köhn	Kaderleiter/WFO-Sekretär
Gen. Linke	Rat des Bezirkes Halle
Gen. Kegel	" " "
Gen. Großkopf	Rat des Kreises Zeitz
Gen. Paunack	Ltr. Betreuung vietnam. Werktätige
Gen. Heynold	stellv. Ltr. Betreuung
Gen. Minzel	Beauftragter des Werkleiters
Herr Thien	Bezirksbeauftragter der Botschaft der DRV
Hieu Van Thai	Gruppenleiter vietnam. Werktätige
Sao Phu Loc	Sprachmittler

Gen. Linke eröffnete die Beratung und begrüßte die Teilnehmer.

Gen. Köpfig wies in seinen Ausführungen darauf hin, daß es weiterhin Probleme in Fragen der Ordnung, Sauberkeit und Disziplin gibt. Dies äußert sich in

- schlechter Leitungstätigkeit des verantwortlichen Gruppenleiters
- unsauberer Zustand der Zimmer und des Küchenbereiches
- Toiletten
- hoher Alkoholkonsum
- Diebstahl von Produktionserzeugnissen

Gen. Paunack ging auf die Probleme des zu hohen Besucherstroms ein. Dies äußert sich darin, daß die Zimmer der vietnamesischen Werktätigen durch zu hohen Besucherstrom überbelegt sind und somit die Ordnung und Sicherheit nicht gegeben ist.

Weiterhin drückt sich bei den Besuchern eine hohe Aggressivität gegenüber dem Wachpersonal aus, z. B. illegales Eindringen in das Betriebsgelände, Unfälligkeit gegenüber dem Wachpersonal, Äußerung "deutsche Schweine".

Weiterhin gibt es große Probleme in der Zusammenarbeit zwischen dem Gruppenleiter und dem Sprachmittler.

Die vietnamesischen Werktätigen können und wollen sich nicht an das sozialistische Zusammenleben gewöhnen

- Entfernen von Mitteilungen an Wandzeitungen
- Nichtbefolgung von Weisungen
- Probleme bei Ausfuhr von Waren nach Vietnam
- zu hoher Krankenstand, da die vietn. Werktätigen sich nicht entsprechend dem Wetter kleiden
- falsches Übersetzen
- Frauen halten sich nicht an Festlegungen, z. B. Einnehmen der Pille (3 Schwangerschaftsunterbrechungen)

Diese Vergehen werden begünstigt durch das uneinheitliche Handeln der vietnamesischen Leitung.

Der Gruppenleiter der vietnamesischen Werktätigen bringt zum Ausdruck, daß Koll. I in Vorbereitung der Sonderschicht den vietnamesischen Werktätigen folgendes gesagt haben soll: Die vietnamesischen Werktätigen sollen keine Sonderschicht machen, dann keine Planerfüllung, dann wird der Werkleiter abgelöst, dann haben wir es besser.

Herr Thien, Beauftragter der Botschaft

- Wir sollten einsehen, daß der Reifeprozess der vietnamesischen Werktätigen über einen längeren Zeitraum geht.
- Die Probleme bei Wäscheunion Zeitz sind in der gesamten Republik verstreut, insbesondere bei Fragen der Ordnung und Sicherheit.
- Zu Problemen der Leitungstätigkeit sagt er, daß von vietnamesischer Seite das Problem Gruppenleiter Sprachmittler in den nächsten Tagen geklärt wird.

Gen. Großkopf legte dar, daß im Zusammenhang mit der Vorbereitung der Sonderschicht von einem Vietnamessen, entweder Sprachmittler oder Gruppenleiter, demoralisierend auf die vietnamesischen Werktätigen eingewirkt worden ist. Dieser Zustand ist von uns nicht zu akzeptieren. Für Werktätige, die in der Form politisch wirksam werden, ist kein Platz in unseren Betrieben. Die vietnamesische Seite wurde aufgefordert, in Zusammenarbeit mit dem Kollektiv der vietnamesischen Werktätigen zu klären, wer von beiden die Wahrheit spricht, da jeder den anderen beschuldigt.

Der Schuldige ist der Verantwortliche der vietnamesischen Stelle aus dem Betrieb zu entfernen. Koll. I erklärte sich bereit, im Anschluß an die Beratung dieses Problems mit Koll. I zu klären.

Gen. Kegel schloß sich dem Vortrags des Gen. Großkopf an.

Gen. Köhn stellte das Problem der Äußerung des Koll. I zur Vorbereitung der Sonderschicht nochmals zur Diskussion.

Gen. Linke legte fest, dieses Problem seitens Vietnams zu klären. Es wurde festgelegt, eine Beratung im Kollektiv der Werktätigen Vietnams durchzuführen.

Im Anschluß an die vietnamesische Beratung informierte der Koll. Thien den Werkleiter und Kaderleiter über die erfolgte Aussprache und teilte mit, daß dies in den nächsten Tagen durch die vietnamesische Botschaft geklärt wird.

Für die Wichtigkeit des Protokolls:

(Handwritten signature)

Hier werden ganz unverblümt die Probleme dieser Zeit angesprochen. Die vietnamesischen Vertragsarbeiter waren einer ständigen Bevormundung seitens der deutschen Betreuer ausgesetzt. Darauf begannen sie aggressiv zu reagieren. Sie entsprachen damit nicht mehr der für die DDR-Bürger typischen Klischeevorstellung der Vietnamesen.

Das Leben der Vietnamesen sollte sich nach dem Willen der verantwortlichen Funktionäre möglichst zwischen den Einsatzbetrieben und den zugewiesenen Wohnheimen abspielen. Übermäßiger Kontakt zu deutschen Arbeitskollegen war nicht erwünscht. Diesen Zustand konnte man nur wenige Jahre aufrechterhalten. Die DDR benötigte immer größere Kontingente vietnamesischer Vertragsarbeiter. Die Anzahl der vietnamesischen Arbeiter stieg bis 1989 auf schätzungsweise 60.000. Die Zahl vietnamesischer Bürger auf dem Boden der DDR war aber vermutlich größer. Die Gesamtzahl ausländischer Arbeiter schätzte man auf rund 150.000.⁶

Die anfänglich geplanten Kontrollstrukturen beider Länder lösten sich Schritt für Schritt auf. Die Vietnamesen empfingen Besucher aus allen Teilen der Republik. Sogar aus dem westlichen Ausland kamen Verwandte und Bekannte zu Besuch. Persönliche Bekanntschaften zu deutschen Kollegen entstanden. Man lud sich gegenseitig zu Feiern ein, Liebesbeziehungen entstanden, Heiratsabsichten wurden geäußert ...

Jeder ungewöhnliche Kontakt zu den Vertragsarbeitern erregte das Mißtrauen des MfS. Bei meinen Recherchen fand ich folgende Akte. Sie ist ein gutes Beispiel für den üblichen Informationsfluß vom Wohnheim bis zur Abteilung X in Berlin.

⁶ Landesarchiv Merseburg / Bestand: Rat des Bezirkes Halle, 4. Ablieferung, Nr. 6390, keine Blattangabe möglich

BV für Staatssicherheit
Karl-Marx-Stadt
Kreisdienststelle Freiberg
Leiter

Freiberg, 30. 1. 1989
181-a 382

BSU
000155

MfS
- 25 -
07 FEB 1989
Tg. Nr. 278
Wohnort: 6-10

Ministerium für Staatssicherheit
Abteilung X
Berlin

Zusammenarbeit mit den Sicherheitsorganen der SR Vietnam -
Ihr Schreiben vom 6. 1. 1989 - Tgb.-Nr. X/226/89 - vo

Die Person

geboren am, in: [REDACTED]
wohnhaft: [REDACTED]
Paß-Nr.: [REDACTED] französischer Staatsbürger

hielt sich im Zeitraum vom 17. 12. 1988 bis 1. 1. 1989 zeitweise bei der Zielgruppe [REDACTED]

geburtsort: [REDACTED]
wohnhaft: [REDACTED] HW: [REDACTED]

auf.

Der [REDACTED] meldete sich am 17. 12. 1988 polizeilich im VPKA [REDACTED] an und hielt sich besuchsweise am 18. 12. 1988 von 2.00 Uhr bis 18.00 Uhr sowie am 19. 12. 1988 von 14.45 Uhr bis 15.15 Uhr bei der [REDACTED] auf. Da es sich bei dem Haus [REDACTED] um ein Wohnheim für vietnamesische Staatsbürger handelt, erfolgte durch den Leiter dieses Heimes aufgrund der Staatsbürgerschaft des [REDACTED] keine Genehmigung zur Übernachtung. Es ist jedoch möglich, daß sich der [REDACTED] über einen längeren Zeitraum bei der [REDACTED] aufhielt, da zu diesem Wohnheim weitere Zutrittsmöglichkeiten (Balkons u. a.) bestehen. Der Nachweis eines längeren Aufenthaltes des [REDACTED] bei der [REDACTED] konnte bei der durchgeführten Überprüfung nicht erbracht werden.

Schliwa
Oberstleutnant

Dokument 17: BSU MfS Abt. X SA 135, Bl. 155

Am 18. 12. und 19. 12. 1983 hielt sich der Bürger der Republik Frankreich

geb. [redacted]
w. [redacted]
Paß-Nr.: [redacted]
tätig: Buikagone Paris als Mechaniker

besuchsweise bei der Bürgerin der GDR

geb. [redacted] in [redacted] Wohnheim
w. [redacted]
tätig: Schichtarbeiterin in [redacted] als Arbeiterin

KOPIE BStU

auf. [redacted]
Nach hatte er sich am 17. 12. 1983 ordnungsgemäß bei der VP in [redacted] angemeldet. Eine Genehmigung zur Übernachtung im obengenannten Wohnheim erhielt er durch den Heimleiter nicht.

Um Kenntnisnahme wird gebeten.

Dokument 18: BStU MfS Abt. X SA 135, Bl. 156

Selbstmord eines Vertragsarbeiters:

In dem folgenden Beispiel von 1984 sollte ein junger Mann nach Vietnam abgeschoben werden. Dem jungen Mann wurde seine Glücksspielleidenschaft zum Verhängnis. Aus Verzweiflung und Scham nahm er sich das Leben. Vorangegangen waren Gespräche mit seinen Arbeitskollegen im Beisein von Botschaftsangehörigen. Sie verurteilten (nicht ganz freiwillig) die Handlungsweise des jungen Mannes. Er übte Selbstkritik und bat die Botschaft um Nachsicht. Die folgenden Gespräche sind für Außenstehende inhaltlich schwer zu verstehen. Die Betroffenen befanden sich zu diesem Zeitpunkt in einer schwierigen Lage. Alle waren sie fern von ihrer Heimat und lebten herausgelöst von ihren schützenden Familienverbänden. Die Botschaft war unter Zeitdruck. Sie mußte zu einer Entscheidung kommen und sie mußte der deutschen Seite ihre Handlungsfähigkeit beweisen. Der für die vietnamesische Seite peinliche Vorfall wurde bereinigt. Der junge Mann sollte zurückgeschickt werden, was eine schreckliche Schande für seine Familie bedeuten mußte. Aus heutiger Sicht erscheint dieser Vorfall absurd. Nicht nur, daß das Glücksspiel eine lange Tradition in Vietnam hat, es gehört auch heute wieder zum Alltag vieler Vietnamesen.

Information an die Generaleutnants Mittig und Neiber wegen des Selbstmordes eines vietnamesischen Bürgers in Erfurt vom 7.8.1984

220/04
3/4270/84

Information Nr.: 1070/84

Selbsttötung eines Bürgers der Sozialistischen Republik Vietnam in Erfurt

Aa 7. 8. 1984, gegen 11.50 Uhr, beging der Bürger der Sozialistischen Republik Vietnam

geb. am [redacted] (19)
wohn. gew. [redacted] Erfurt,
(Wohnheim)
tätig gew. als: Zerspaner in VEB Kombinat Unfortatechnik
Erfurt, Abt. Mechanische Fertigung
Abt. XII nicht fest

Selbsttötung, indem er sich aus dem Fenster seiner Wohnunterkunft in der siebenten Etage stürzte. Er verstarb am Ereignisort.

In der Wohnunterkunft des H. wurde ein Abschiedsbrief aufgefunden, indem als Grund seiner Handlung depressive Zukunftsprognosen angegeben wurden.

Mit dem H. wurde in der Vergangenheit ein Gespräch durch einen Vertreter der Botschaft der SR Vietnam geführt. Es ging um die vorzeitige Rückführung des H. nach Vietnam wegen disziplinarischer Verstöße.

KOPIE BStU

Mafnahmen:
- Mitarbeiter der DV Erfurt, Abt. IX/SK und der BDVP Erfurt, Abt. d. Dez. II/WUK, befanden sich im Einsatz.
- Die weitere Bearbeitung erfolgt durch die BDVP Erfurt, Dez. II/WUK, Ausländer.

Zentraler Operativstab
Eingang der Information
Zugangsnummer: Stutthoff, Olt.
Datum/Uhrzeit: 7.8.1984, 19.30 Uhr
Melde- Dienststelle: BV Erfurt

Verteiler
Genosse Minister
Generalsekretär Wolf
Generalleutnant Mittig
Generalleutnant Neiber
Generalleutnant Gahr

1. II, III, VI, VII, VIII, IX, X, XVII, XVIII, XIX, XX, XXII
Agd., Bd., PFG
Kußch. R. PS, Rechtsstelle,
VRD, ZAGG, ZARG, ZEG
BV

Dokument 19: BStU MfS Abt. X SA 339, Bl. 42

Telegramm der Bezirksverwaltung Erfurt des MfS

selbstmord, indem er aus dem fenster des wohnheimes sprang.
 [REDACTED] arbeitete seit 1982 im kombinat umformtechnik, zuletzt
 als droher im bereich mechanische fertigung. er befand sich noch
 in der ausbildung als zerspaner, sein arbeitsvertrag waere im
 herbst 1985 ausgelaufen.
 durch die botschaft der srj wurde [REDACTED] schreiben in vietna-
 mesischen sprache vom 11.07.84 [REDACTED] 250784 die rueckfuehrung des
 [REDACTED] veranlaszt, kute [REDACTED] vom vietnamesischen gruppenleiter
 kennstnis vom inhalte des schreibens erhalten.
 am 21.07.84 [REDACTED] 250784 wurde die rueckfuehrung von 4 rpt 4
 vietnamesischen buergern, darunter der [REDACTED] in der gruppenversamml.
 - [REDACTED] vietnamesischen beschaeftigten bekanntgegeben, am
 25.07.84 rpt 250784 wurde durch die botschaft telefonisch die rueck-
 fuehrung gegenueber kute bestaetigt.
 unbestaetigte hinweise besagen, das die rueckfuehrung erfolgen
 sollte, da [REDACTED] einer gruppe von gluecksspielern angehoren
 sollte.
 er hinterliess einen brief in vietnamesischer sprache, in welchem
 er zu ausdruck brachte, dass er auch die rueckfuehrung in eine
 ausweglose lage geraten wuerde. der brief wurde vom gruppenleiter
 der vietnamesischen buerger uebersetzt.
 durch einsatz der abt. roem. 9 der bv erfurt sowie der abt. k der
 bdvp erfurt wurde der selbstmord bestaetigt.
 unsererseits liegen keine weiteren operativen hinweise zur
 person des [REDACTED] vor. vor dem selbstmord waren auch keine
 anzeichen von bepressionen bei ihm bekannt, durch das kute erfolg-
 ten entsprechende informationen an das fachministerium.
 bvfa erfurt, abteilung roem. 18

Dokument 20: BStU MfS Abt. X SA 339, Bl. 43

Anweisung der vietnamesischen Botschaft zur Rückkehr des Vertragsarbeiters

Abteilung X Übersetzung aus dem Vietnamesischen

Botschaft der SRV Sozialistische Republik Vietnam
 in der DDR Unabhängigkeit - Freiheit - Glück
 Nr.: 307/DSQ-QD Berlin, den 11. 7. 1984

- Auf der Grundlage des Abkommens vom 11. 4. 1980 zwischen
 den Regierungen der SRV und der DDR über die zeitlich be-
 fristete Arbeit vietnamesischer Werktätiger und deren
 technische und fachliche Qualifizierung in Betrieben der
 DDR;
 - nach Einschätzung des Fehlverhaltens des Arbeiters
 [REDACTED] als: mehrfache Teilnahme am Organisieren von
 Glücksspielen, Nichterfüllen der Arbeitsnormen, keine Auf-
 geschlossenheit gegenüber den politischen Einwirken des
 Kollektivs;
 - auf Vorschlag der Abteilung Arbeit der Botschaft

weist der Anweisungsentliche und Bevollmächtigte Botschafter an:

1. der Arbeiter [REDACTED], geb. [REDACTED], aus der Brigade
 Umformtechnik Erfurt wird vor Ablauf der mit dem Betrieb
 getroffenen Vereinbarung in sein Land zurückgeschickt.
2. Für die Durchführung dieses Beschlusses sind die Abteilung
 Arbeit der Botschaft, die Brigade Umformtechnik Erfurt und
 der Arbeiter [REDACTED] verantwortlich.

Verteiler
 - wie Punkt 2
 - HA Internat. Zusammenarbeit auf d. Gebiet der Arbeit
 - Umlauf

Dokument 21: BStU MfS Abt. X SA 339, Bl. 44

Disziplinarverfahren vom 6.6.1984 im Betrieb wegen Spieleidenschaft

Zusammenfassung des Rat: Vorsitzenden:

- Es begann mit unserem Tet-Fest. Anfangs 3 - 5 Mark, dann allmähliche Steigerung. Spiele insgesamt fünfmal, das letzte Mal am 01. 6. 84 zusammen mit [REDACTED] - Zi. 104, [REDACTED] - Zi. 43, [REDACTED] - Zi. 32 und [REDACTED] von der Gruppe Gasofen.
- Spiele vor allem am Abend des 01. 6. 84, einem Freitag.

Zusatz von [REDACTED]

- Dem Disziplinartrat ist offen und ehrlich alles genau zu berichten.
- Welche Beziehungen zu [REDACTED] von der Gruppe Gasofen?
- Betroffener soll bei aller seiner Ehrlichkeit die Einzelheiten von Abend des 01. 6. bis zum Morgen des 02. 6. schildern.

Äußerung des [REDACTED]: Ich habe das schon ausführlich dargelegt. Am Abend des 01. 6. habe ich das Zimmer 104 besucht, wo sich [REDACTED] aus Zi. 93, [REDACTED] und [REDACTED] aus Zi. 104 und [REDACTED] aus Zi. 25 befanden. Ich habe nicht gespielt.

Einwurf: Wir wissen aber ganz genau, daß du gespielt hast.

Chau: An jenem Abend habe ich dort [REDACTED] und [REDACTED] gesehen, die nach [REDACTED] aus der 104 fragten. Sie waren nicht mehr da, als ich mich in mein Zimmer (75) begab.

Der Rat: Wir möchten nochmals daran erinnern, daß einige deiner Freunde nicht offen zu uns waren. Im Zimmer 104 hieß es, daß heute nachmittag jemand von der Botschaft käme, und eine Gruppenversammlung stattfinden würde. Da hattest du wohl nichts zu befürchten?

Dokument 22: BStU MfS Abt. X SA 339, Bl. 45, 47

BStU
000047

die vorfristige Rückführung des Arbeiters [REDACTED]. Er verletzte die Gesetze unseres Landes, indem er systematisch und organisiert Glücksspiele betrieb und andere Personen an den Spieltisch brachte. Obwohl die Gruppe mehrmals erzieherisch auf ihn einwirkte, änderte er sich nicht, nahm die Disziplin nicht ernst und geringgeschätzte die Organisation. Die Abstimmung erfolgte einstimmig (6 von 6 Stimmen).

Meinung des Betroffenen: In der vergangenen Zeit habe ich gegen das Gesetz gehandelt und um Geld gespielt. Aber angesichts dessen, daß ich noch jung bin und im Denken noch nicht so ernsthaft, empfinde ich die Disziplinarmaßnahme, mich nach Hause zu schicken, als zu hart. Ich möchte vorschlagen, daß nach nochmaliger Prüfung mein Aufenthalt hier für weitere 6 Monate, in denen ich mich wirklich bessern werde, genehmigt wird. Ich bitte die Gruppe und die höheren Stellen um Nachsicht.

Meinung: Wir sind einverstanden, diesen Fall an die übergeordneten Stellen weiterzuleiten. Aber es schadet uns auch, wenn wir daran denken, wie die Familie des [REDACTED] die Sache aufnehmen wird. Da die Gruppe schon mehrmals erzieherisch gewirkt hat, glauben wir nicht, daß [REDACTED] sich ändern wird, wenn er hierbleiben darf. Haben wir doch eine Zeitlang mit [REDACTED] gearbeitet und ihm einen Weg gewiesen, während er fortfuhr, die Gruppe mutwillig und unehrlich zu behandeln.

Zusätzlich in das Protokoll aufgenommene Meinungen:

1. Die Information über seinen Umgang in Gaststätten beruht auf Gerüchten.
2. Der Genannte wurde absolut nicht in Gaststätten gesehen.
3. Genaue Angaben zur Produktionsleistung:

Jan. 84 - 31 %
Feb. " - 14,6 %
Mär. " - 40 %
Apr. " - 23,5 %

Der Meister beklagte sich des Öfteren über die Arbeitsdisziplin

06. 6. 1984

Betroffener
Unterschrift

Protokollant
Unterschrift

Vertreter des Jugendverbandes
Unterschrift

Vertreter d. Prod.-abteilungen
PZ, PK, PM Unterschrift

Vorsitzender des Disziplinarrates
Unterschrift

Gewerkschaftssekretär
Unterschrift

Schriftliche Stellungnahme vom 6.6.1984

000048

Sozialistische Republik Vietnam
Unabhängigkeit - Freiheit - Glück

S t e l l u n g n a h m e

An die Mitarbeiter der Botschaft und alle Funktionäre der Gruppe Umformtechnik.

Name: [REDACTED]
z. Z. wohnhaft: 5061 Erfurt, [REDACTED]
Beruf: Dreher
betrifft: Disziplinverstoß durch Glücksspiel um Geld

Nachfolgend möchte ich die Entwicklung meines Vergehens schildern: Zum Neujahrstag nach unserem Tet-Fest saßen wir im Zimmer und tranken etwas. Da kam [REDACTED] und Überredete uns, zum Spielen nach oben zu kommen. Manchmal spielten wir bis zum Morgen, jede Runde zu 30 Punkten. Der Verlierer zahlte 1,- M. Dann wurden die Karten nach jedem Mittagessen hervorgeholt, und ich fand allmählich Gefallen daran. Einmal kam ich in das Zi. 32, so gerade gespielt wurde, und setzte mich dazu. Einmal gewann ich 20,- M, dann wieder verlor ich 30,- M. Beim Spiel war ich immer fröhlich und hegte gegen niemanden einen Groll.

Später kam [REDACTED] von der Gruppe Gas [REDACTED] und [REDACTED] aus Zi. 84. Ich habe [REDACTED] öfter in seinem Zimmer besucht und fand das mit der Zeit immer interessanter. Wir beide kannten uns. Er kam zu mir herunter, wo er mit mir und allen Bewohnern unseres Zimmers lustige Stunden verbrachte. Er ist nicht nur mit mir, sondern auch mit den anderen Bewohnern des Zimmers bekannt.

Manchmal überredete er mich mit ihm in das Zimmer 104 zum Glücksspiel zu gehen, und ich folgte ihm. Es kam vor, daß ich mich hinsetzte und spielte. Wenn er aber Geld verlor, dann nahm ich nicht einen Pfennig.

Letzten Freitag, als ich nach Hause kam, fand ich einen Zettel von ihm, mit dem er mich aufforderte, ihn zu besuchen. Um 24.00 Uhr ging ich hoch zu [REDACTED] Zi. 104. Dort traf ich viele Personen: [REDACTED] und alle Bewohner von Zi. 104. Ich blieb bis 00.30 Uhr, als das Fernsehprogramm beendet war. Ich hatte Alkohol getrunken und war deshalb angeschlagen. Ich hatte nicht die Absicht zu spielen, sondern wollte nur [REDACTED] etwas zur Versammlung am Morgen fragen. Dann sah ich einige Jungen beim Spiel, und [REDACTED] gab mir Geld. Ich verspielte mit einem Schlag 30,- M und hatte genug davon. Ich lief runter in die 25, wo meine Freunde saßen. Wir sprachen die Fahrt durch, dann gingen [REDACTED] und [REDACTED] mit in mein Zimmer, wo wir etwas zu essen kochten. Ich ging anschließend schlafen, weil ich am nächsten Morgen wegfahren wollte.

Ich erkenne, daß ich einen wirklich großen Fehler begangen habe. Aber ich bin noch jung und überlege noch nicht so gewissenhaft, daher erkennte ich meine Schwächen noch nicht. Jetzt empfinde ich Reue und bedauere das Geschehene unendlich. Ich danke, daß ein gerade 19-jähriger, der eben aus der Schule gekommen und fern der Familie in ein selbständiges Leben getreten ist, bereits einen großen Fehler begangen hat. Das habe ich klar erkannt. Ich gebe offen zu, daß ich anfangs dachte, das Spielen um Geld sei nur ein Zeitvertreib - der mir selbst allerdings nichts nützt.

Dokument 23: BStU MfS Abt. X SA 339, Bl. 48-49

000049

Als diese traurige Geschichte auf mich zu kam, bedauerte ich es und fühlte mich elend. Ich schäme mich vor meinen Freunden, habe die Verdienste meiner Eltern mißachtet und mit den Traditionen der Familie gebrochen. Meine Verwandten sind Menschen der Revolution. Ich habe die Verdienste der Familie, der Partei und des Staates in den Schmutz getreten. Ich schäme mich unbeschreiblich. Ich hoffe auf die Menschlichkeit der vietnamesischen Menschen. Ich wende mich an Sie alle, damit Sie mir einen Ausweg zeigen. Wenn ich jetzt zurückkehren muß, dann betrachte ich mein Leben als sinnlos. Ich bitte die Übergeordneten Stellen, mich weiter hier zu belassen, mich eine Zeitlang im Auge zu behalten und mich zu unterstützen. Behandeln Sie mich wie einen auf Bewährung Verurteilten, damit ich in der nächsten Zeit meine Fehler wiedergutmachen und in der Arbeit hohe Leistungen erzielen kann. Wenn die Übergeordneten Stellen Nachsicht üben, verspreche ich, mir künftig nicht mehr zuschulden kommen zu lassen. Ich nehme auch jede disziplinarische Maßnahme auf mich, wenn es bloß nicht zu gerichtlichen Schritten kommt!

Das sind die richtigen Vorschläge und Wünsche, die aus meinem Herzen kommen. Ich bitte die Übergeordneten Stellen, mir zu helfen. Ich danke für Ihre besondere Aufmerksamkeit.

06. 6. 1984 Unterschrift

Gesuch an die Botschaft vom 10.6.1984 mit Prüfvermerk des Disziplinarrates

Sozialistische Republik Vietnam
Unabhängigkeit - Freiheit - Glück

Gesuch

An die Botschaft der SRV in der DDR und an den Disziplinarrat der vietnamesischen Botschaft in Berlin

Name: [REDACTED]
geb.: [REDACTED] (in Worten: ...)
z. Z. tätig: VEB Kombinat Umformtechnik Erfurt
Heimatort: [REDACTED]

Ich möchte ein äußerst wichtiges Anliegen vorbringen, das im Zusammenhang mit dem kürzlich von mir begangenen Vergehen steht.

Nach den Untersuchungen durch die Botschaft und den Schreiben der Gruppe möchte ich hiermit offen Selbstkritik üben und dieses Gesuch der Botschaft zur Kenntnis bringen. Ich bitte die Botschaft, Bedingungen dafür zu schaffen, daß mir in dieser schwierigen Lage geholfen werden kann.

Werner Leiter der verantwortlichen Stelle!

Von Partei und Staat wurde es mir ermöglicht, in der DDR zu lernen und zu arbeiten. Nachdem ich die Schule verlassen hatte, bemühte ich mich in der Gruppe um meine Kraft zu lernen und zu arbeiten, um ein guter Mann zu werden. Während dieser Zeit beging ich einen sehr großen Fehler: Ich spielte um Geld. Dieses Vergehen möchte ich ganz offen darlegen:

Zum Tat-Fest war ich gerade in die DDR gekommen. Als Neue waren wir so niedergeschlagen, daß unsere Zimmerbewohner zu den Karten griffen und spielten. Damals spielten wir aus Spaß um einige wenige Mark. Ich ging in die Zimmer 32 und 104, wo ich die anderen Kameraden um Geld spielen sah. So nahm ich daran teil und verlor 200,- M hier, verlor 200,- M da. Insgesamt verlor ich 400,- M. Bis dann [REDACTED] aus der Brigade Gasofen zu [REDACTED] seinen Mitspieler aus Zi. 84 ging. In jenem Zimmer war auch [REDACTED] und so haben ich, [REDACTED] und [REDACTED] eine Glücksspielerunde gebildet. Wir haben meist am Sonnabend oder Sonntag gespielt. Ich arbeite in der Fabrik mit nur wenig Lohn und spielte deshalb auch nur mit geringen Einsätzen. Die beiden Mitglieder der Runde [REDACTED] und [REDACTED] spielten miteinander oft um höhere Beträge. Wir wissen nicht, ob es das von den Karten bestimmte Schicksal war, aber [REDACTED] verlor häufig, und [REDACTED] gewann. Weil er so viel verlor, wollte [REDACTED] aufhören, aber gleichzeitig wollte er auch immer wieder spielen. Jedemal, wenn er spielen ging, forderte er mich auf mitzukommen. Da ich noch jung bin und nicht richtig überlegte, tat ich das dann auch. Das Glücksspiel selbst zählt mehr als das Verlieren, und so begab ich mich auf einen falschen Weg. Ich habe oft an Glücksspielen teilgenommen. Es kam vor, daß ich kein Geld hatte, dann gab [REDACTED] mir das nötige Geld zum Spielen. [REDACTED] wollte gern sein verlorenes Geld wiedergewinnen, [REDACTED] dagegen spielte nicht mehr mit ihm. Ich habe jetzt erkannt, daß ich mit meiner Beteiligung an Glücksspiel das Gesetz verletzt habe. Während der Bearbeitung des Falles durch die Botschaft und die Gruppe sagte mir [REDACTED] daß ich nicht alles erzählen dürfte. Darüberhinaus hatte ich Angst und wagte nicht, meine Schuld einzugestehen. Nun haben die Botschaft und der Disziplinarrat nach einer Prüfung des Sachverhaltes entschieden, daß ich vorfristig nach Hause zurückkehren soll. Ich selbst sehe ein, daß mein Vergehen mit einer schweren Diszi-

plinarstrafe geahndet werden muß. Aber da ich noch jung bin, gernedewege von der Schulbank komme und fern der elterlichen Fürsorge bin, sind mein Denken und Handeln noch nicht richtig. Außerdem hat es meine Familie zur Zeit nicht leicht: Vater ist bei der Armee, Mutter ist Lehrerin im Ruhestand, und es sind nur wenige Geschwister da. Dazu kommt, daß meine Mutter schwer-herkrank ist und die Nachricht von meiner Rückkehr, glaube ich, nicht überleben wird.

Aus dieser persönlichen Situation und der meiner Familie heraus schreibe ich dieses Gesuch und bitte die verantwortlichen Stellen, mich weiter in der DDR lernen und arbeiten zu lassen. Sollten Sie so nachsichtig sein, so verspreche ich, nie wieder undiszipliniert zu sein. Wenn ich hierbleiben darf, dann werde ich mich mit aller Kraft bemühen, mehr gut zu lernen und zu arbeiten. Und sollte ich mir doch wieder etwas zuschulden kommen lassen, so will ich die volle Bestrafung durch die übergeordneten Stellen ertragen. Ich verspreche, ich werde jede Anstrengung unternehmen, um mich als ein würdiger Sohn des heldenhaften vietnamesischen Volkes zu erweisen. Ich bitte Sie, meine persönliche Situation und die meiner Familie zu berücksichtigen und mir zu gestatten, weiterhin zum Lernen und Arbeiten in der DDR zu verbleiben.

Ich bedanke mich aufrichtig für Ihre Anteilnahme meiner befleckten Vergangenheit gegenüber. In der kommenden Zeit muß ich an mir arbeiten.

Erfurt, d. 10. 6. 1984

Unterschrift

Zur weiteren Prüfung an den Disziplinarrat der Botschaft.

Erfurt, d. 18. 6. 1984

(Die Gruppe um den Disziplinarrat erhalten ihre ursprüngliche Ansicht und ihren Beschluß zum Fall des [REDACTED] aufrecht.)

Nguyen [REDACTED]

Im weiteren geht es um handschriftlich abgefaßte Aussagen von Zeugen und Mitbeschuldigten, die am 01., 02. und 06. 6. 84 gefertigt wurden. Aus ihnen geht hervor, wer wann in welchem Zimmer um Geld spielte. Es wird aufgegliedert, wieviele Fälle es vor einer entsprechenden Weisung (die offensichtlich nach einer Reihe derartiger Vorfälle nach dem 27. 3. 84 ergangen war) der Botschaft und danach gegeben hat. Außerdem werden Verlustsummen genannt (z. B. [REDACTED] - ca. 1 000,- M) und gegenseitige Spielverrechnungen angedeutet. Das Versammlungsprotokoll vom 06. 6. 84 stützt sich offenbar auf diese Aussagen, die auch mit wertenden Randbemerkungen versehen sind. +

+) Anmerk. d. Übers.

Schwangere Vertragsarbeiterinnen:

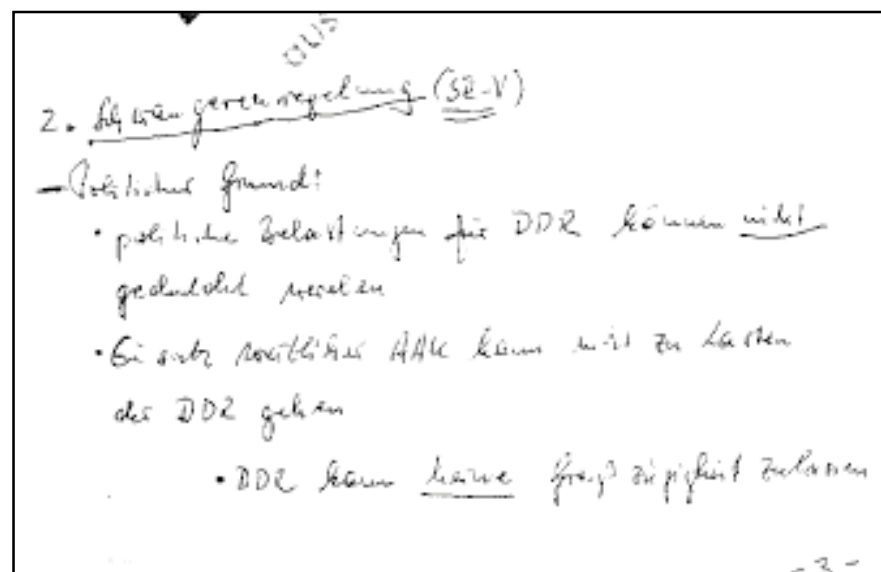
Viele vietnamesische Frauen arbeiteten in der DDR. Für die ausländischen Frauen gab es eine Sonderregelung. Die DDR befürchtete, daß die Vertragsarbeiterinnen schwanger und zu einer ökonomischen Belastung für den DDR-Haushalt werden könnten. So fand ich eine Notiz mit folgendem Inhalt:

2. Schwangerenregelung (SRV)

Politischer Grund:

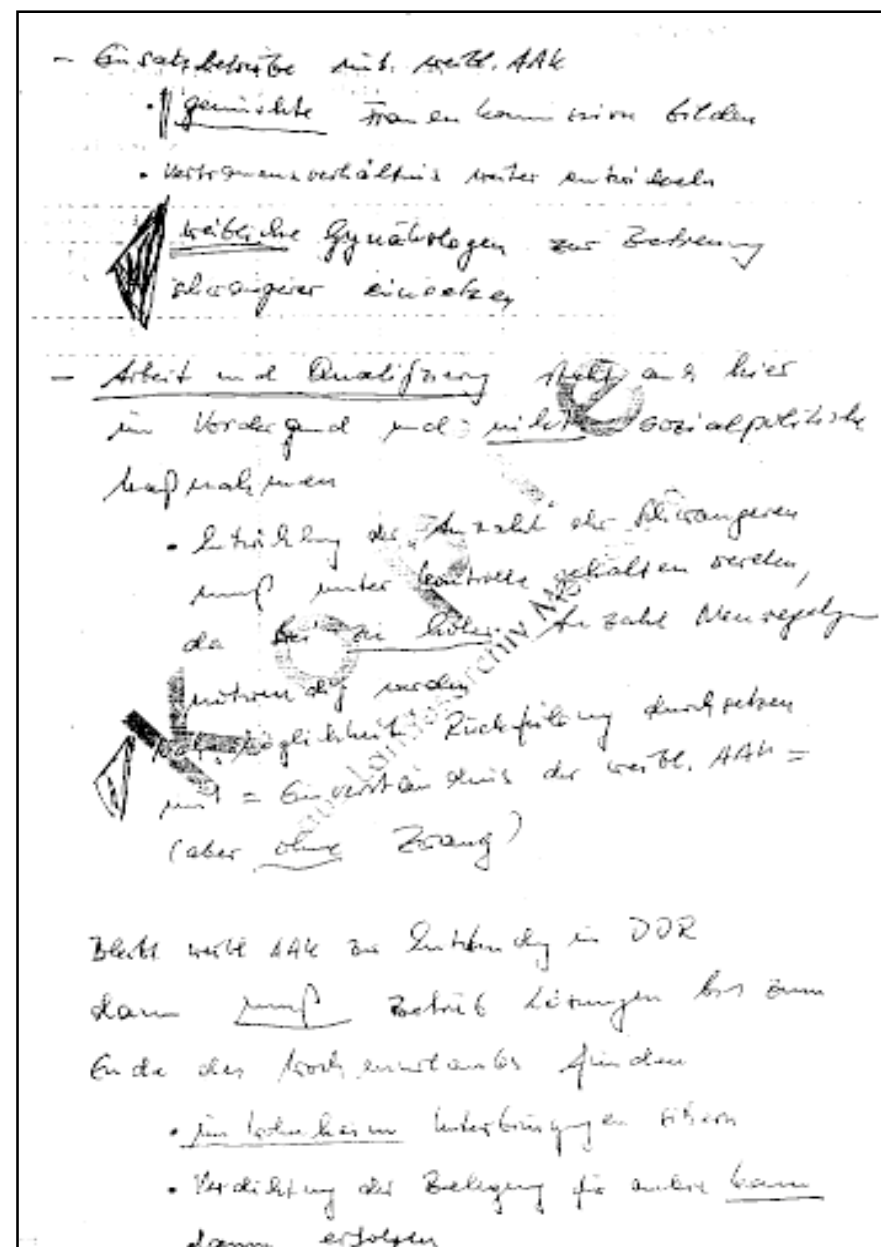
- politische Belastungen für DDR können nicht geduldet werden ...
- DDR kann keine Großzügigkeit zulassen ...?

Wenn schwangere Frauen nicht abtreiben wollten, wurden sie von den Funktionären ausnahmslos in ihre Heimat zurückgeschickt. Diese Haltung wurde von vielen Menschen in der DDR verurteilt. Darum änderte man in den letzten Jahren der DDR diese Weisung. Erst in der Wendezeit sah ich die ersten vietnamesischen Kinder, die auf dem Boden der DDR geboren wurden.



Dokument 25: Landesarchiv Merseburg / Bestand: Rat des Bezirkes Halle, 4. Ablieferung, Nr. 6390, Bl. 834-836 (auch S. 61, 62)

7 Landesarchiv Merseburg / Bestand: Rat des Bezirkes Halle, 4. Ablieferung, Nr. 6390, keine Blattangabe möglich



daher die Beratungen am 10. April
 Juli

bei anderen Nationen gelten die getroffenen Festlegungen

Es gibt aber jetzt schon Anzeichen, so könnte das
 in DDR erfolgen

Änderungen unterbreitet, außer Hosi, für alle
 anderen Nationen bewertbar

Nach Beendigung des Unternehmens erfolgt
 Regel die Rückführung
 auf: kein Betrieb unterbreitung / Vorzug
 haben kann.

beschreiben: Vorgehensweise und Handlung des betroffenen Landes
 = keine Adaptionen möglich

③ AAK im Bauwesen

- SRV bringt im Bauwesen weniger Löhne und
 daher weniger Verdienst

• das wird zu Lauf gemacht auf Umstellung
 in andere Firmen zu den Löhnen (mit Hosi usw.)

- Bau mit Hosi:

• pro Monat Lohngefüge

Vermerk über eine Beratung der Verantwortlichen der Ämter für Arbeit und Löhne der Räte der Bezirke zur Durchführung der Abkommen zwischen der DDR und der SRV am 26.10.1988

7.2. Bekräftigt wurde die mit dem Schreiben des Staatssekretärs für Arbeit und Löhne vom 10.10.1988 gegebene Orientierung für Fälle von Schwangerschaft ausländischer Werktätiger. Auszuschließen sind alle Formen der Anwendung von Zwang gegenüber Schwangeren. Zu verstärken ist die vertrauensvolle Aufklärungsarbeit darüber, daß Sinn und Zweck des Aufenthaltes entsprechend den geltenden Abkommen Beschäftigung und Qualifizierung sind. Hinzuweisen ist auf die gegebenen Möglichkeiten der Schwangerschaftsverhütung bzw. -unterbrechung.

Dokument 26: Landesarchiv Merseburg / Bestand: Rat des Bezirkes Halle,
 4. Ablieferung, Nr. 6390, Bl. 791 RS (Rückseite)

Konflikte mit deutschen Kollegen:


In vielen Betrieben hatten sich mit der Zeit viele Probleme zwischen den vietnamesischen Vertragsarbeitern und den deutschen Kollegen ergeben. Beispielsweise stellte das unter den deutschen Kollegen übliche Duzen für viele Vietnamesen eine Geringschätzung ihrer Person dar. Wie mir persönlich bekannt ist, befanden sich unter den Vertragsarbeitern (entgegen der Vereinbarung zwischen der DDR und der SRV) viele Ingenieure, Techniker, Lehrer usw. Sie nahmen es besonders übel, wenn sie von halbwüchsigen Lehrlingen, jungen Facharbeitern oder ungelehrten Hilfskräften mit: „Du mach mal ...“ oder „Du komm mal her ...“ u. ä. angesprochen wurden. In dem folgenden Antwortschreiben der Betriebsleitung des VEB Bau- und Montagekombinates Chemie an die vietnamesischen Kollegen gewinnt man eine Vorstellung von dem täglichen Ärger in den Betrieben. Ich bin sicher, daß dieses Antwortschreiben von den vietnamesischen Kollegen als Beleidigung aufgefaßt wurde. In Vietnam ist es mehr als unhöflich, auf eine Beschwerde mit einer Gegenbeschwerde zu antworten.

VEB BAU- UND MONTAGEKOMBINAT CHEMIE

VEB BAU- UND MONTAGEKOMBINAT CHEMIE
Postfach 131, Halle (Saale), 4000

An die Gruppe vietnamesischer
Werkstätter im Kombinatbetrieb
Industriebau Leuna

Unsere Zeichen: _____ Datum: 13. 12. 1988

Betreff: 

Werte vietnamesische Kollegen!

Für den entliehenen einer Beratung am 29. 11. 1988 übergebenen Brief möchte ich mich bei Ihnen bedanken.

Die von Ihnen darin aufgeführten Fragen und Probleme beantworte ich hiermit wie folgt.

Davon ausgehend, daß sich Ihr Einsatz, die sprachliche Ausbildung und die künftige berufliche Weiterbildung auf der Grundlage eines Abkommens zwischen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und der Regierung der Sozialistischen Republik Vietnam regelt, habe ich im VEB-BMK Chemie die dazu notwendige Einsatzkonzeption vom 6. November 1987 bestätigt, wofür auch die Zustimmung des Ministeriums für Bauwesen, des Staatssekretariats für Arbeit und Löhne sowie Ihrer Botschaft vorliegt.

Auf dieser Grundlage ist der Betriebsdirektor Ihres Einsatzbetriebes, Genosse Ziegler, beauftragt und verpflichtet, die darin enthaltenen Festlegungen und Normative zu realisieren.

Ihr Hinweis, wonach sich Ihnen gegenüber einige Kollegen aus der DDR nicht immer sachlich und kollegial verhalten hätten, war für mich Anlaß, am 7. 12. 1988 mit allen Leitern der Brigaden, in denen Sie eingesetzt sind, eine prinzipielle Auswertung durchführen zu lassen. Alle Leiter wurden hier nochmals verpflichtet, Ihnen eine sachliche Anleitung und Unterstützung bei den wahrzunehmenden Aufgaben des produktiven Einsatzes zu geben. Das bezieht sich auch auf alle Mitglieder Ihres Arbeitskollektives.

Sollten dennoch in Einzelfällen unkorrekte Verhaltensweisen Ihnen gegenüber zum Ausdruck gebracht werden, bitte ich Sie, sich umgehend über Ihre Gruppenleitung an den beauftragten Leiter, Koll. Röder, oder an den Direktor Arbeit und Bildung des Betriebes, Gen. Schlenstedt, zu wenden, damit durch die Leitung Ihres Einsatzbetriebes entsprechend reagiert werden kann.

2

Personen: _____ Postfach: 131 Person: 1312 Buchstabe: _____ Person: _____ Druck: _____ Betriebs-Nr. _____

Dokument 27: Landesarchiv Merseburg / Bestand: Rat des Bezirkes Halle,
4. Ablieferung, Nr. 6393, Bl. 227-230 (auch S. 65-67)

2

Die von Ihnen getroffene Aussage, daß mein Stellvertreter am 25. 9. 1988 im Sprachkurs sich Ihrer Meinung nach unsachlich zu Fragen des Nachweises eines Facharbeiterabschlusses geäußert hätte, muß ich insofern zurückweisen, da an diesem Tag eine solche Beratung nicht stattgefunden hat. Sofern jedoch das Auftreten des Direktors für Arbeit und Bildung des Betriebes am 27. 9. 1988 gemeint ist, teile ich Ihnen mit, daß er richtigerweise darauf verwiesen hat, daß für einen Einsatz als Facharbeiter ein gültiges Dokument als Berufsnachweis erforderlich ist.

Außerdem hat er lediglich für zwei Ihrer Kollegen, die nach eigenen Angaben aus persönlichen Gründen wieder in die Heimat zurück wollten, die hierzu notwendige Unterstützung zugesagt.

Zu den aufgeworfenen Fragen der Berufsanerkennung und damit im Zusammenhang stehend die Eingruppierung in eine höhere Lohngruppe als die gegenwärtige teile ich mit, daß entsprechend Ihren Anliegen die mir vorgelegte Liste mit Berufsbezeichnungen dem Ministerium für Bauwesen sowie dem Staatssekretariat für Arbeit und Löhne als auch Ihrer Botschaft zur Abstimmung und Entscheidung übergeben wurde.

Erst nach Vorliegen des Ergebnisses kann dazu entschieden werden. Ich bitte Sie deshalb um Ihr Verständnis, daß gegenwärtig keine andere Lösung gegeben ist.

In Vorbereitung Ihres Einsatzes wurde Ihnen am 27. und 28. Juli 1988 die Arbeitsbekleidung übergeben. Für alle vietnamesischen Kollegen wurde je 1 Arbeitsanzug, 1 Arbeitsschutzhemd, 1 Regenjacke, 1 Paar Arbeitsschuhe, 1 Paar Arbeitsschutzhandschuhe und 2 Paar Socken ausgegeben.

Des weiteren erfolgte ab 3. 10. 1988 die Ausgabe der Winterschutzbekleidung in Form von je 1 Wolljacke, Gummistiefel, Kopfschützer, Robhaarsocken bzw. Pullover, Helmweinsätze und gefütterte Fausthandschuhe.

Bei der Bereitstellung von Filzstiefeln traten bei der Größenbestimmung Probleme auf. Dieses Problem konnte zwischenzeitlich gelöst werden, so daß am 1. 12. 1988 die Stiefel an Sie übergeben wurden.

Diese Ausstattung entspricht den Festlegungen im Regierungsabkommen sowie den gegenwärtig gültigen Normativen in unserer Republik.

Das von Ihnen angesprochene Problem zur Nutzung privater Fahrräder zur Erledigung von Arbeitsaufgaben liegt nicht im kombinatorischen Interesse, so daß bei möglichem Verlust durch Ihren Einsatzbetrieb dazu keine Haftung übernommen wird.

Sie haben jedoch die Möglichkeit, persönlich eine private Versicherung dazu abzuschließen. Ihr Einsatzbetrieb wird Ihnen, wenn Sie das wollen, bei der Erledigung der Formalitäten gern behilflich sein.

Zu denen von Ihnen gegebenen Hinweisen eines nicht ausreichenden Wasserdruckes in der Wohnunterkunft muß ich mitteilen, daß dies ein örtliches Problem ist und das gesamte Einzugsgebiet betrifft. Eine Lösung kann gegenwärtig nur erreicht werden, wenn Sie eigenständig dafür Sorge tragen, daß in Spitzenzeiten die Wasserentnahme bei der Benutzung der Dusche gestaffelt und möglichst in kleinen Gruppen erfolgt, so daß der Gleichzeitigkeitsfaktor weitestgehend ausgeschaltet wird.

Zu den angeführten Problemen einer zu kleinen Versorgungseinrichtung gegenüber Ihrer Wohnunterkunft habe ich mich davon überzeugt, daß Ihnen außer dieser Verkaufsstelle weitere Einrichtungen im Ort Spargau sowie im Leuna-Werk, u. a. die Küche 956, die auch an den Wochenenden geöffnet ist, in Ihrer Verfügung stehen.

Bei Ihrer Anreise wurden Sie dazu durch Ihren Einsatzbetrieb entsprechend eingewiesen und ich bitte Sie, diese Möglichkeiten zu nutzen.

Entsprechend den Festlegungen wurde in Abstimmung mit Ihnen durch den Einsatzbetrieb ein Kultur- und Sportplan für 1988 erarbeitet. Ich wurde davon unterrichtet, daß die darin angegebenen Möglichkeiten durch Sie mehrfach nicht angenommen wurden. An dieser Stelle muß ich darauf verweisen, daß vorgesehene Exkursionen sowie die Teilnahme an kulturellen Veranstaltungen ausschließlich in Ihrer Freizeit liegen.

Ich gestatte mir, im Zusammenhang mit Ihren Anliegen an mich, Sie ebenfalls auf einige Probleme aufmerksam zu machen, die die vietnamesische Einsatzgruppe insgesamt betrifft. Durch verantwortliche Leiter Ihres Betriebes wurde mir mitgeteilt, daß Ihre Kollegen W. K. T. mit 17,5 Std., M. M. H. mit 8,75 Std. und H. C. G. mit 26,25 Std., bezogen auf ihre produktive Tätigkeit, bis zum 30. 11. 1988 unentschuldigt der Arbeit fern geblieben sind.

Ebenfalls ist zu verzeichnen, daß eine Vielzahl von Ihren Kollegen sehr unregelmäßig an der Weiterführung des Deutsch-Unterrichtes teilgenommen haben. In der beigelegten Anlage ist dies im einzelnen dargestellt.

Die Teilnahme am Deutsch-Unterricht ist aber für Sie von entscheidender Bedeutung sowohl für die tägliche Arbeit zur Entgegnung von Arbeitsaufträgen, ein besseres Verstehen und Durchsetzen des Gesundheits-, Arbeits- und Brandschutzes sowie die unbedingte Voraussetzung zur Teilnahme an einer beruflichen Aus- und Weiterbildung, da diese ausschließlich in deutscher Sprache erfolgen wird.

Ich möchte Sie ebenfalls darauf hinweisen, daß zur Schaffung der Voraussetzungen zur Durchführung des Deutsch-Unterrichtes durch Ihren Einsatzbetrieb große Anstrengungen notwendig wären, die Sie mit Ihrer Teilnahme anerkennen sollten.

Ich bitte Sie deshalb, alle Verpflichtungen, die sich auch für Sie aus dem Abkommen zwischen der BRD und der DDR sowie der betrieblichen Einsatzkonzeption ergeben, vollinhaltlich einzuhalten. Ich habe meine Leiter angewiesen, dies ebenfalls zu tun.

Die von Ihnen aufgeworfenen Fragen der sozialen Bedingungen und des Einsatzes werde ich weiterhin unter Kontrolle halten.

Ich wünsche Ihnen für Ihren weiteren Einsatz viel Erfolg.

Mit sozialistischem Gruß

Die letzten Jahren der DDR, waren geprägt von Beziehungsschwierigkeiten zwischen deutschen Funktionären und vietnamesischen Vertragsarbeitern. Ständig gab es irgendwelche Reibereien zwischen den Betreuern und den vietnamesischen Kollegen. Immer wieder kam es zu Arbeitsverweigerungen. Die sonst stillen und höflichen Vietnamesen waren plötzlich laut und aufsässig. Jahrelang hatten die vietnamesischen Arbeiter für fremde Wirtschaftsinteressen gearbeitet. Jetzt begannen sie vordergründig an sich und ihre Familien in der Heimat zu denken. Die Betreuer reagierten mit Strafmaßnahmen. Besonders auffällig gewordene Arbeiter sollten ausgewiesen werden. Die Abschiebung konnte jedoch nicht immer durchgeführt werden, da ein großer Teil der Ausgewiesenen in den Wohnheimen anderer Betriebe untertauchte. Nach der Grenzöffnung gelang vielen Vertragsarbeitern die Flucht in die Bundesrepublik Deutschland und nach Westberlin.

Ein Beispiel für die Zusammenarbeit zwischen dem Rat des Bezirkes Halle und den ausländischen Gruppenleitern

Zusammenarbeit

für die Beratung mit vietnamesischen und mosambikanischen Gruppenleitern am 18. 12. 1989 im Gasthaus des Rates des Bezirkes

Werte Freunde und Genossen!

Im Auftrag des Rates des Bezirkes möchte ich Sie recht herzlich zu unserem heutigen Erfahrungsaustausch begrüßen.

Es freut mich, daß Sie unserer Einladung Folge geleistet haben. Wir möchten diese Beratung nutzen, um uns zu verständigen, wie es uns im Jahr 1989 gelungen ist, die im Regierungsabkommen und in der jeweiligen betrieblichen Einsatzkonzeption parafirmierten Aufgaben mit Leben zu erfüllen.

Davon ausgehend, wollen wir den Blick nach vorn richten und uns darüber verständigen, wie wir gemeinsam künftig noch besser an die Lösung aller damit im Zusammenhang stehender Fragen gehen wollen.

Liebe Freunde!

Wer aufmerksam alle politischen, ökonomischen und geistig-kulturellen Prozesse unseres Landes verfolgt, wird wissen, daß wir sehr bewegte Zeiten durchleben und die DDR und darin auch eingebunden, unser Bezirk, vor einer Fülle von Problemen stehen, die nur mit großer Kraftanstrengung und mit Hilfe aller progressiver Kräfte gemeistert werden können.

Das Anliegen unserer heutigen Beratung kann und wird mit darin bestehen, alle Ursachen, die zu dieser Situation führten, zu analysieren und Schlußfolgerungen zu ziehen. Sondern für Sie wie für uns, kann die Aufgabe nur darin bestehen, daß wir alles in unseren Kräften stehendes tun müssen, um die Qualität der Arbeit in den einzelnen Einsatzgruppen durchgängig weiter zu erhöhen.

Wenn es um die Wertung der Arbeitsergebnisse im Jahre 1989 geht, so wird sichtbar ...

- 2 -

Zur SRV:

Insgesamt gute Arbeitsergebnisse, Leistungserfüllung in der Spitze 100 - 116 %. Zu übersehen ist nicht, daß einige noch große Schwierigkeiten haben, den geforderten Leistungsniveau in der Arbeit zu entsprechen, Ursache dafür liegt bei einem Teil in der nicht richtigen Einstellung zur Arbeit.

Zum Lernen bei Anreise in der Eingewöhnungsphase bis zur Beendigung der Deutsch-Intensivausbildung zeigen durchweg alle eine hohe Lernbereitschaft. Mit Einsatz in der Produktion läßt diese sehr stark nach und es kommt zu einer Minderbeteiligung teilweise bis zu 60 % an den Qualifizierungsmaßnahmen.

Nach wie vor ist bei einem nicht geringen Teil dieser Werktätigen eine solche Ideologie vorhanden, die nur das Ziel beinhaltet, so viel wie möglich Geld zu erhalten, um sich dafür Waren kaufen zu können. Argumentiert wird, warum sollen wir uns zum Facharbeiter bzw. Teilfacharbeiter qualifizieren. Kehren wir in unser Heimatland zurück, so haben wir dort sowieso keine Arbeit.

Dies kommt dann in dem o.g. Verhalten zum Ausdruck. Der Problembereich ist nach wie vor der Freizeitbereich. Positiv zu werten ist, daß der Alkohol in diesen Einsatzgruppen, gemessen an den anderen Nationen, vordergründig nicht eine solche Rolle spielt und damit die besonderen Vorkommnisse geringerer Zahl sind und wenn vorhanden, dann auch nicht immer mit den übermäßigen Genuß von Alkohol stehen.

Hauptproblem ist nach wie vor der Versuch eines nicht geringen Teils, die Zoll- und Devisenbestimmungen in der DDR zu unterlaufen. Um in den Besitz eines bestimmten Mehrgeldbetrags zu gelangen, spielt das Nähen von bestimmten begehrten Bekleidungsstücken in den Wohnheimen, in den Nachtstunden, eine nicht geringe Rolle. Alle eingeleiteten Maßnahmen dagegen zeigen nach wie vor nur einen geringen Erfolg.

- 3 -

Zu übersehen ist bei dieser Nation auch nicht der inner wider-
kehrende Versuch, die Leitungen der Einsatzbetriebe zu veran-
lassen, ungerechtfertigte höhere Lohnzahlungen zu ermöglichen.

Als Problemgruppen zeigten sich hier im 1. Halbjahr die Einsatz-
gruppe im BAK Chemie-Industriebau Leuna, die Einsatzgruppe
Herrenkonfektion Helbra und die Einsatzgruppe Schuhfabrik Bad
Frankenhausen.

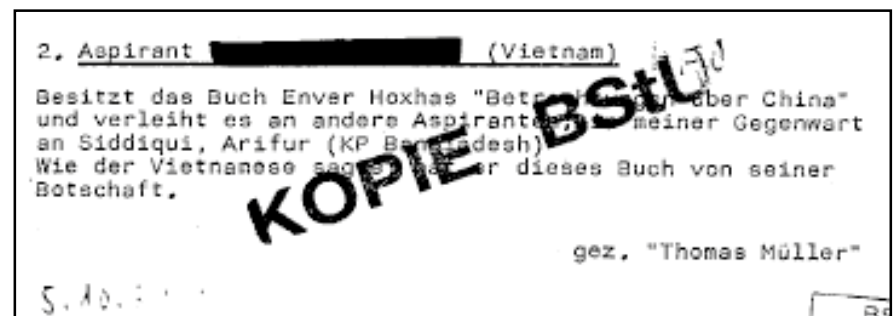
3.3. Die alltäglichen Arbeiten des MfS

Bei den folgenden Akten wird dem Leser auffallen, daß sich die Arbeit des MfS mehr auf Straftaten bezog. Die politische Arbeit schien in den Hinter-
grund zu treten.

Ich habe in dieser Arbeit bewußt auf die Darstellung der Arbeitsweise der IMs verzichtet. Ihre Arbeit unterscheidet sich im wesentlichen nicht von der gegen die DDR-Bevölkerung gerichtete Spitzeltätigkeit. An der Martin-Luther-Universität hatte sich ein IM „Heinzmann“ einen traurigen Namen gemacht. „Heinzmann“ genoß das Vertrauen vieler vietnamesischer Studenten. Seine Geschichte und die der anderen Inoffiziellen Mitarbeiter müßte man in einer gesonderten Arbeit behandeln.

Die zwei folgenden Berichte sollen als illustrative Beispiele für IM-Arbeit ge-
nügen.

In dem ersten Fall sammelte der IM „Thomas Müller“ belastendes Material über seinen vietnamesischen Aspiranten, der nicht mehr in seine Heimat zu-
rück wollte. Der Aspirant hatte eine deutsche Freundin und mit ihr ein ge-
meinsames Kind. (siehe Kapitel 3.4., S. 111-112)



Dokument 29: BSTU MfS HA XX Nr. 3188, Bl. 44

Im zweiten Fall (Karl-Marx-Universität Leipzig) berichtete ein IM in „Schlüsselposition“, daß im Zusammenhang mit der chinesischen Aggression gegen-
über der SR Vietnam eine Solidaritätskundgebung stattfinden sollte. Der IM war erstaunlich gut informiert. Mir persönlich ist aufgefallen, daß der IM Verbindung zu allen ausländischen Gruppen gehabt haben muß; es gab näm-
lich zwischen den ausländischen Gruppen oft Streit und sie hatten Geheim-
nisse voreinander. (siehe die folgenden Seiten)

Der IM in Schlüsselposition berichtete über die politisch-ideologische Situation unter den ausländischen Studierenden an der KNU im Zusammenhang mit der militärischen Aggression von China gegenüber der VR Vietnam.

In Fortsetzung der Solidaritätsbekundung der Studierenden und Lehrkräfte der KNU vom 19. 2. 1979 werden Aktivitäten von nationalen Hochschulgruppen (KNU) ausländischer Studierender in SPB spürbar. In der Sitzung des Internationalen Studentenkomitees (ISK) an der KNU am 20. 2. 1979 wurde festgelegt, diese aktiven Solidaritätsbekundungen der ausländischen Studierenden unter Führung des ISK in enger Zusammenarbeit mit der PDJ-KL der KNU durchzuführen. Die erste Solidaritätsveranstaltung, angeregt durch progressive Vertreter von NHO's arabischer Länder, wird unter diesem Gesichtspunkt erweitert, in dem auch andere Personen teilnehmen können.

Datum 22. 2. 79, 18.00 Uhr
Versammlungsort 701 Leipzig, Karl-Marx-Platz Nr. 9
Veranstalter PDJ-KL unter Beteiligung der PDJ-KL
Assistent: Hussein, Abdulla
Aspirant am FMI, Mitglied der KP
des Libanon

Durch die Vertreter aller anwesenden Hochschulgruppen wurde dieses Vorhaben aktiv unterstützt.
Durch den Vertreter der Leitung der vietnamesischen Studenten

Truong, Trong Nghia
geb. am 28. 2. 1953
Student 3. Studienjahr Rechtswissenschaften

wurde in dieser Sitzung bekundet, daß die aktive Solidarität in materieller und politischer Art eine große Hilfe für das vietnamesische Volk darstelle und sich daraus gleichseitig Verpflichtungen für die Studenten aus Vietnam in der DDR ergeben. Für die als Vietnamessen stehe die Aufgabe, durch bestmögliche Studienergebnisse ihren aktiven Beitrag für ihr Vaterland zu leisten und damit die besten Antwort für die aktive Solidaritätsbekundung zu geben. Darüber hinaus komme es darauf an, die Hintergründe dieser Aggression allen Personen aufzuzeigen. Unter diesem Gesichtspunkt wurde von ihm vorgeschlagen, eine Zusammenkunft mit ausländischen Studierenden unter Leitung des ISK durchzuführen.

Vorgesehener Termin
Versammlungsort

Teilnehmer

1. 3. 1979, 14.00 Uhr
701 Leipzig, Karl-Marx-Platz
Hörsaalgebäude
ausländische Studierende
PDJ-KL
Vertreter des ISK und der staatlichen Leitung der KNU
ca. 140 Personen

Die Vorbereitung erfolgt durch die Leitung der NHO Vietnam in enger Zusammenarbeit mit dem ISK, der PDJ-KL und der staatlichen Leitung der KNU - Abteilung Ausländerstudium.

Als eine weitere politische Aktivität und direkte materielle Unterstützung der Solidarität wurde durch das ISK am 20.2.79 beschlossen, eine Unterschriften- und Geldsammlung durchzuführen. Auf der Grundlage der Protestresolution der PDJ-KL der KNU vom 20.2.79 erklärt sich das ISK vollkommen einverstanden und führt diese Aktion durch.

Zeitraum der Unterschriften- und Geldsammlung

21. und 22. 2. 1979
Zentral-Mensa
"Gala-Kellern"

Im Verlauf der ISK-Sitzung vom 20.2.79 traten keine Gegenstimmen durch ausländische Studierende auf, einstimmig wurden die vorgesehenen Maßnahmen beschlossen und von den festgelegten Vertretern verabschiedet.

In dem Verantwortungsbereich der KNU wurden zu diesen politischen Aktivitäten nur von einer NHO Probleme aufgeworfen, die erkennen lassen, daß keine Übereinstimmung mit dem ISK-Beschluß besteht. Vertreter der NHO aus Tansania (an diesem Institut studieren 18 Personen aus Tansania), die am Institut für tropische Landwirtschaft der KNU studieren, traten an den stellv. Direktor für B und A des Instituts heran und wollten wissen, warum eine derartig große angelegte Solidaritätsaktion zur Unterstützung von Vietnam durchgeführt wird. Eine ähnliche aktive Unterstützung sei von DDR-Organen im Zusammenhang mit den Differenzen zwischen Tansania und Uganda nicht zu erkennen gewesen. Von Seiten der DDR war keine Bekundung gegen den Aggressor Uganda feststellbar gewesen. Aus der Haltung dieser Studenten aus Tansania ging hervor, daß sie die Position von China vertreteten und sich nicht zur Solidarität mit der VR Vietnam bekennen. Sie bestätigten jedoch nicht, daß sie grundsätzlich dagegen seien, brachten aber zweifelsfrei ihr Unverständnis darüber zum Ausdruck, daß nicht in gleicher Weise die Solidarität gegenüber ihrem Heimatland durch Organe der DDR zum entsprechenden Zeitpunkt bekundet worden sei.

Auslandseinsatz vietnamesischer „Tschekisten“ - Information der Hauptabteilung XVIII vom 28.7.1988

Information

Über eine am 27. 7. 1988 geführte Beratung zur politisch-operativen Sicherung der in der DDR eingesetzten Werktätigen aus der SRV

An der Beratung, die in einem Objekt des MfS durchgeführt wurde, nahmen teil:

Gen. [REDACTED]	- Leiter der Operativgruppe des MfI der SRV in der DDR.
Gen. [REDACTED]	- stellv. Leiter der Abteilung Arbeitskräfte an der Botschaft der SRV in Berlin; Angehöriger des MfI der SRV
Gen. Oberst [REDACTED]	- stellv. Leiter der Abteilung X
Gen. Oberst [REDACTED]	- Leiter der Abteilung 4 der HA XVIII.

Gen. [REDACTED] war vor seinem Einsatz in der Botschaft der SRV in Berlin stellv. Abteilungsführer in der Hauptabteilung Abwehr/Wirtschaft (17. Hauptabteilung). Sein Einsatz erfolgte auf der Grundlage der am 1. April 1987 zwischen dem MfI der SRV und dem MfS in Hanoi geschlossenen Vereinbarung über den Einsatz von Bezirksbeauftragten des MfI zur politisch-operativen Sicherung der in Kombinat und Betrieben der DDR eingesetzten vietnamesischen Werktätigen. Die Realisierung dieser Vereinbarung ist für die vietnamesischen Genossen schwierig. Als wesentliche Gründe führten sie an, daß

- jeder Auslandseinsatz durch den Ministerrat der SRV bestätigt sein muß. Der Vorschlag des MfI zum Einsatz von Bezirksbeauftragten in der DDR wurde vom Ministerrat bisher noch nicht bestätigt. Die Delegierung des Gen. [REDACTED] erfolgte durch die Unterstützung des Ministers für Arbeit;
- in der Hauptabteilung 17 nur wenige Genossen mit Kenntnissen der deutschen Sprache vorhanden sind (Gen. [REDACTED] kann sich in deutscher Sprache verständigen).

Die vietnamesischen Genossen betrachten den Einsatz des Genossen Minh als ersten Schritt. Er hat seinen Arbeitsplatz in der Botschaft der SRV.

Dokument 31: BStU MfS Abt. X SA 339, Bl. 74-77

Dieser Bericht von 1988 faßt alle Schwerpunkte der „kriminellen“ Aktivitäten der vietnamesischen Vertragsarbeiter zusammen. Solche Aktivitäten sah das MfS als Angriff auf das Volkseigentum (Staatseigentum der SED-Funktionäre) der DDR an. Die kriminellen Handlungen der Vertragsarbeiter brachten das Wirtschaftsgefüge der DDR in ernsthafte Gefahr. Nebenbei möchte ich aus persönlichen Erfahrungen bemerken, daß der überwiegende Teil der Vertragsarbeiter nicht an Schmuggel, Computerhandel und Schwarzmarkt-tätigkeit beteiligt war.

Als Stellvertreter des Leiters der Abteilung Arbeitskräfte ist er für Disziplinarangelegenheiten der Werktätigen verantwortlich und unterhält in dieser Funktion Verbindung zu allen Einsatzgruppen.

(Unter Einsatzgruppen verstehen die vietnamesischen Genossen 6 nach territorialen Gesichtspunkten gegliederte Gruppen, die auf 13 erweitert werden sollen.)

Nach den Vorstellungen der Leitung des MfI sollen 6 Bezirksbeauftragte in der DDR eingesetzt werden, die in Funktionen in den bedeutendsten Einsatzgruppen übernehmen sollen. Es wird davon ausgegangen, daß sich

Ende 1988 ca. 60.000 und
Ende 1989 ca. 70.000

vietnamesische Werktätige in der DDR befinden werden. (Aus den gegenwärtig gültigen Dokumenten des SAL geht hervor, daß 1988 eine Einsatzgröße von ca. 53.000 vietnamesischen Werktätigen erreicht wird und keine planmäßige Steigerung erfolgen soll. Dagegenüber gibt es jedoch Vorstellungen einer Erhöhung der Einsatzgröße, die offensichtlich bereits in die Überlegungen der vietnamesischen Genossen einbezogen werden.)

Gen. [REDACTED] wies darauf hin, daß die steigende Steigerung der Einsatzgrößen zunehmend zu Problemen bei der Auswahl der Werktätigen führt. Das MfI ist bemüht sicherheitspolitisch auf den Auswahlprozeß Einfluß zu nehmen. Es muß jedoch berücksichtigt werden, daß der Anteil der Genossen, die aus dem Süden der SRV kommen, ständig zunimmt. Dort ist eine andere politische Situation als im Norden der SRV. Für das MfI der SRV ist die Qualifizierung der Genossen für die Auswahl der Werktätigen ein gesetzter Punkt. Es ist zu einer entscheidenden Aufgabe geworden.

Insgesamt setzen sich die zur Auswahl gelangenden Werktätigen aus 3 Kategorien zusammen:

- Werktätige mit abgeschlossener Berufsausbildung,
- ehemalige Armeeangehörige,
- Jugendliche, die die Schule verlassen haben und noch ohne berufliche Erfahrung sind.

Es wächst auch der Anteil der weiblichen Werktätigen.

Gen. [REDACTED] führte aus, daß auf dem Territorium der DDR von ihnen gegenwärtig keine agenturische Arbeit unter den Werktätigen durchgeführt wird und auch nicht vorgesehen ist. Das Informationsaufkommen erhalten sie aus den offiziellen Strukturen

- Parteiorganisationen,
- Jugendverband,
- Gewerkschaftsorganisation.

Bei aufgetretenen Vorkommnissen bzw. bei Verdachtsgründen werden die Werktätigen zur Botschaft vorgeladen und eine Klärung angestrebt.

Aus der Sicht der vietnamesischen Genossen gibt es gegenwärtig folgende Sicherungsschwerpunkte:

1. Bekämpfung des spekulativen Handels und damit in Verbindung stehender Verstöße gegen zoll- und devisenrechtliche Bestimmungen, vor allem bei

- Computern,
- Heimelektronik.

Im 1. Halbjahr wurden 50 schwere Fälle aufgedeckt, die zur Verhaftung von ca. 40 Vietnamesen führten; gegen 20 Personen werden Ermittlungsverfahren ohne Haft durchgeführt.

Bisher ist für die vietnamesischen Genossen noch unklar, ob sich die Kontakte ihrer straffällig gewordenen Bürger zu Ausländern ausschließlich auf spekulative Handlungen beschränken oder ob staatsfeindliche Hintergründe vorhanden sind. Von besonderem Interesse sind Kontakte vietnamesischer Werktätiger zu Pakistanern.

2. Die Nutzung der von dem Süden der SRV kommenden Werktätigen durch vietnamesische Exilanten, die vorwiegend in den USA, Kanada und Frankreich leben, um über diese wieder Beziehungen zur SRV aufzunehmen und Geschenk- und Geldsendungen zu übermitteln.

3. Bildung von Gruppierungen religiös gebundener Werktätiger evangelischen und katholischen Glaubens, deren Handlungen von religiösen Würdenträgern aus der SRV gesteuert werden.

4. Die Bekämpfung von Erscheinungen der allgemeinen Kriminalität,

- hauptsächlich Körperverletzungen, in einem Fall mit Todesfolge,
- Störungen der öffentlichen Ordnung infolge berauschten Alkoholkonsums.

Diese Erscheinungen wirken sich besonders negativ auf die Umweltbeziehungen zur DDR-Bevölkerung aus und führten zu zahlreichen Eingaben von DDR-Bürgern an die Botschaft der SRV mit der Aufforderung, wirksame Schritte zur Erhöhung der Disziplin unter den Werktätigen einzuleiten.

Im 1. Halbjahr 1988 erfolgten 4 Suizide von vietnamesischen Werktätigen. Die Ursachen werden vorrangig in Anpassungsschwierigkeiten an die neue Umwelt gesehen.

Trotz aller erreichten Fortschritte bei der Verwertung des Arbeitseinkommens in Form von Warenkäufen bei Beendigung des Arbeitseinsatzes und der Ausfuhr dieser Waren in die SRV gibt es nach Auffassung der vietnamesischen Genossen eine Reihe ungelöster Probleme, die immer wieder zu Konflikten führen. Das materielle Interesse der vietnamesischen Werktätigen ist vor allem darauf gerichtet,

- ihre Familien in der SRV zu unterstützen,
- materielle Voraussetzungen zu schaffen, um sich nach Rückkehr von Einsatz in der SRV eine eigene Wohnung zu bauen, da vom Staat keine zur Verfügung gestellt werden kann und diese einzurichten. Dafür müssen äquivalente Waren in der DDR erworben und in die SRV ausgeführt werden.

Unter Beachtung dieser Aspekte ergibt sich eine spezifische Bedürfnisstruktur der vietnamesischen Werktätigen, die grundsätzlich von der Bedürfnisstruktur der DDR-Bevölkerung abweicht. (Offensichtlich ist damit gemeint, daß die zur Ausfuhr gelangenden Konsumgüter nicht nur die eigene Konsumtion bestimmt sind, sondern den Charakter von Tauschobjekten mit einem hohen Marktwert haben sollen.) Eine solche Möglichkeit der Realisierung des Arbeitseinkommens würde stimulierend auf die Arbeitsleistungen wirken und die Erziehung der Werktätigen zur Sparsamkeit (Einschränkung des Alkoholkonsums, Ordnung und Disziplin unterstützen).

In der Diskussion wurde durch die Vertreter des NfS herausgestellt, daß wir

- prinzipiell mit der gegebenen Lageeinschätzung und den sicherheitspolitischen Schwerpunkten übereinstimmen,
- zur Qualifizierung von EV gegen vietnamesische Werktätige
- die Einführung von Erkenntnissen der UG in das EV realisieren können, sowie
- konkrete Informationsinteressen der OG kennen lassen.

Um im Rahmen der Untersuchungen auch mögliche staatsfeindliche Hintergründe aufdecken zu können,

- den vietnamesischen Genossen nachmalige Überlegungen zur Entwicklung der agenturischen Arbeit unter den Werktätigen empfohlen, um zu einer vorbeugenden Wirkung zu gelangen.

Im Zeitraum vom 01. 01. 1987 bis zum 31. 01. 1988 wurden durch das Untersuchungsorgan der Zollverwaltung der DDR gegen 51 in DDR-Betrieben beschäftigte Bürger der SRV Ermittlungserfahren wegen des Verdachts der Begehung von Zoll- und Devisenstrafataten eingeleitet.

In den Untersuchungen ist nachgewiesen worden, daß die Straftäter vorsätzlich und überwiegend wiederholt handelnd unter Mißbrauch ihres Aufenthaltes in der DDR gegen die zoll- und devisenrechtlichen Bestimmungen verstießen, indem sie an der rechtswidrigen Einfuhr und dem spekulativen Absatz von hauptsächlich Computern und Computersubsystemen, elektronischer Rechentechnik, heimelektronischen Geräten sowie Edelmetallerzeugnissen mitwirkten.

Damit im Zusammenhang standen in der Regel die Beteiligung an der Ausschleusung von Mark der DDR oder zum Teil ausfuhrbeschränkter Waren des Bevölkerungsbedarfs bzw. am ungesetzlichen Devisenhandel.

Diese Erscheinungen sind von einer hohen Organisiertheit, Intensität, dem arbeitsteiligen Zusammenwirken krimineller Gruppierungen und Personen sowie hohen Spekulationsgewinnen der Täter und Tatbeteiligten gekennzeichnet.

Die Einschleusung der Computertechnik und anderer technischer Erzeugnisse erfolgt in der Regel aus Berlin (West) und unter Einbeziehung bevorrechteter Personen.

Unter Einbeziehung von zumeist kriminell gefährdeten, zum Teil vorbestraften sowie asozial lebenden DDR-Bürgern (Transport und Zwischenlagerung) und insbesondere weiteren Werkträgern der SR Vietnam sowie zur Ausbildung in der DDR befindlichen Bürgern afrikanischer Staaten erfolgt die spekulative Veräußerung des

Schmuggelgutes in den zugelassenen Einrichtungen des An- und Verkaufs. Dieses kriminelle Absatzgeschehen weist einen hohen Grad der Verschleierung auf. In zunehmendem Maße erfolgt die spekulative Veräußerung unter Mißbrauch ungültiger, verfälschter bzw. als verlustig gemeldeter Personaldokumente.

Gegenüber 1986 wurden 1987 im Rahmen von Ermittlungsverfahren gegen Bürger der SRV 5 mal so viele Feststellungen zum Mißbrauch vorläufiger Personalausweise getroffen. Beim spekulativen Absatz von Schmuggelgut in Einrichtungen des Gebrauchtwarenhandels werden zur Verschleierung der Identität der Verkäufer durch Bürger der SRV fremde, ungültige bzw. verfälschte oder als Verlust gemeldete vorläufige Personalausweise vorgelegt. Dies wurde in jedem dritten Strafverfahren gegen Bürger der SRV festgestellt. In der Regel wurden gegenüber den zuständigen Dienststellen der Deutschen Volkspolizei Verlustanzeigen durch die eigentlichen Inhaber der vorläufigen Personalausweise erstattet.

Überwiegend werden Personalausweise von solchen Personen übernommen, die nach Lösung von Arbeitsrechtsverhältnissen bzw. Exmatrikulationen endgültig in die SR Vietnam ausreisen. Die auf diese Weise erlangten Personalausweise sind teilweise noch längerfristig gültig. Mehrfach nahmen die Täter auch Fälschungen im Gültigkeitsdatum vor.

Nach Ausreise des Inhabers werden diese Ausweise oftmals durch mehrere vietnamesische Bürger mißbraucht, die auch unabhängig voneinander Schmuggelgut absetzen. Wiederholt wurde bewiesen, daß derartige Dokumente auch gegen Bezahlung bis zu 10.000,- Mark weiterverkauft worden sind.

Teilweise erstatten auch vietnamesische Bürger zu eigenen, noch vorhandenen Personalausweisen bei der Deutschen Volkspolizei Verlustanzeigen, erhalten daraufhin unkompliziert ein neues Dokument und verwenden danach das als Verlust gemeldete Dokument für ihre Straftaten.

Bei Verwendung der Ausweise nutzten die Täter den Umstand, daß eine Identifizierung von Personen aus dem asiatischen Raum durch Mitarbeiter des Gebrauchtwarenhandels anhand der Lichtbilder kompliziert ist.

Insgesamt gelingt es den Tätern auf diese Weise relativ erfolgreich, ihre kriminellen Handlungen zu verschleiern.

Wiederholt wurden derartige Personaldokumente im Rahmen strafprozessualer Maßnahmen in raffinierten Verstecken gesichert. Einzelne Täter waren im Besitz mehrerer solcher Personalausweise.

Der Absatz des Schmuggelgutes erfolgte zum Teil in mehreren Ankaufseinrichtungen des Gebrauchtwarenhandels verschiedener Bezirke.

Untersuchungsergebnisse zu diesen Erscheinungen liegen in 17 Ermittlungsverfahren vor, die durch den Zollfahndungsdienst 1986 (3) und 1987 (14 bis zum 6. 12. 87) gegen vietnamesische Bürger in der Regel nach Ergreifung auf frischer Tat eingeleitet worden sind.

In den Untersuchungen wurde bewiesen, daß diese Täter Schmuggelgut, hauptsächlich ungesetzlich aus Berlin (West) durch andere tatbeteiligte Ausländer eingeführte Computer-, Rechen- und Ton-technik - im Gesamtumfang von über 8,5 Millionen Mark - spekulativ absetzten. Der Umfang der Straftaten beläuft sich auf Größenordnungen zwischen ca. 100.000,- Mark und über 3 Millionen Mark, wobei persönliche Vorteile bis zu über 100.000,- Mark erlangt wurden.

Die Untersuchungen ergaben, daß die Täter durch ihre Mitwirkung am Schmuggel und der Spekulation finanzielle Vorteile erzielten, die überwiegend zur Bestreitung eines aufwendigen parasitären Lebensstils bzw. zur Beschaffung von wertintensiven, teilweise ausfuhrbeschränkten Konsumgütern oder konvertierbaren Währungen in Vorbereitung ihrer endgültigen Rückreise in den Heimatstaat verwendet wurden.

In diesem Zusammenhang sind gleichermaßen Erscheinungen parasitärer Lebensweisen in der DDR festzustellen, die sich in erheblichem Maße negativ auf die mit ihrem Einsatz angestrebten volkswirtschaftlichen Effekte auswirken sowie politisch-ideologisch negativ auf das soziale Umfeld dieser Personen in Kollektiven, Betrieben und der Bevölkerung ausstrahlen.

Über die Ergebnisse aus Ermittlungsverfahren hinaus, liegen Erkenntnisse vor, daß z. B. in Einsatzbereichen vietnamesischer Werktätiger bis zu 50 % dieses Personenkreises an solchen Handlungen differenziert beteiligt sind. Die Täteranteile reichen von der Mitwirkung als "Strohmann" durch Vorlage von Ausweisen beim Absatz, über Transport- und Lagerungsaufgaben bis zu eigenständigen ein- und mehrmaligen vollhehlerischen Verkäufen in Größenordnungen von 10.000,- Mark bis über 1 Million Mark. Solche Belastungen liegen beispielsweise zu 109 vietnamesischen Werktätigen aus dem VEB Edelmetallwerk Freital vor.

Gezielt wurden durch die Täter weitere in Bereichen der Arbeiterwohnheime existierende begünstigende Bedingungen mißbraucht. So war zu verzeichnen, daß aufgrund der relativ unkontrollierten Personenbewegung in den Wohnheimen an Schmuggel und Spekulation beteiligte Personen ungehindert Zugang zu den Wohnheimen hatten. Die Täter nutzten die Freizügigkeit innerhalb der DDR zur Schmuggelgutbeschaffung und dem Aufbau des Absatznetzes, wobei sie sich teilweise über Tage vom Arbeitsort entfernten und Arbeitsdisziplin und -leistungen bei einigen merklich abfielen.

Im Zuge der Untersuchungen wurde nachgewiesen, daß die Durchführung der Straftaten auch durch eine mangelhafte Ordnung, Sicherheit und Kontrolle in den Wohnheimen begünstigt werden. Häufig wurden Wohnzimmer sowie Nebenräume als Umschlag- und Lagerplatz für wertintensive Schmuggelgüter mißbraucht. So wurde vielfach festgestellt, daß in den von den Tätern bewohnten Zimmern, teilweise

auch auf Gängen, Fluren u. a. Räumlichkeiten, bedingt durch die Lagerung umfangreicher Mengen derartiger Waren, eine hohe Unordnung, Unübersichtlichkeit und Enge vorherrschte. Dieser Zustand wurde auch von Tätern ausgenutzt, Schmuggelgut, andere Waren, wie auch Erlöse und Beweismittel in Mobiliar oder Eigentum weiterer Mitbewohner ihres Wohnheinzimmers, um sie deren Wissen einzulagern.

An dieser Stelle muß ich eine Erklärung einschieben.

Die vietnamesischen Vertragsarbeiter arbeiteten für die Wirtschaft der DDR. Ihre Entlohnung erfolgte in Mark der DDR. Dieses Geld hatte jedoch in Vietnam keinerlei Wert. Es war nicht frei konvertierbar und durfte nicht in reales Geld (Devisen) umgetauscht werden. Außerdem war es verboten, DDR-Geld ins Ausland auszuführen. Eine andere Möglichkeit wäre es sicher gewesen, Waren einzukaufen. Das taten die vietnamesischen Kollegen. Doch Waren jeglicher Art waren knapp. Ein unvorstellbarer Zustand: Ware war kostbarer als Geld. Der „unkontrollierte“ Wareneinkauf brachte die DDR in große ökonomische Schwierigkeiten und die DDR-Bevölkerung reagierte mehr als ärgerlich auf die sogenannten „Hamsterkäufe“.

Um die Warenproduktion anzukurbeln, mußte die DDR neue Arbeitskräfte einsetzen. Ein für die DDR verhängnisvoller Kreislauf begann sich abzuzeichnen. Die Wirtschaftsexperten hatten bei ihren Kalkulationen die menschliche Arbeitskraft als berechenbaren Faktor angesehen. Der Vertragsarbeiter war in den Augen der Behörden eine Zahl, ohne Wünsche und ohne Bedürfnisse. (Meine heutige Frau, die Vietnamesin ist und damals Vertragsarbeiterin war, bekam die Nummer 647.)

Information über die Erhöhung der Anzahl vietnamesischer Vertragsarbeiter

Information

In einem mit dem Staatssekretär für Arbeit und Löhne (SAL), Genossen Beyreuther am 27. 8. 1987 geführten Gespräch zum Stand der Realisierung des Regierungsabkommens mit der SRV zum Einsatz vietnamesischer Werktätiger in der Volkswirtschaft der DDR wurde u. a. folgende Problematik behandelt:

In Anbetracht der Größenordnung der zum Einsatz gelangenden vietnamesischen Werktätigen - 1988 wird sich die Anzahl auf etwa 40.000 Werktätige erhöhen - ist das MfS und das MdI der SRV zu der Auffassung gelangt, in den territorialen Konzentrierungsräumen auf dem Gebiet der DDR Angehörige des MdI der SRV als Bezirksbeauftragte zur Wahrnehmung staatlicher und sicherheitspolitischer Aufgaben einzusetzen.

Genosse Beyreuther, der ein solches gemeinsames Vorhaben vorbehaltlos unterstützt hat, entsprechend unserem Wunsch mit dem Botschafter der SRV in der DDR am 1. 9. 1987 dazu ein internes Gespräch geführt.

Nachdem der Botschafter der SRV das Anliegen des Staatssekretärs, Genossen Beyreuther, aufmerksam zur Kenntnis genommen hatte und die hohe politische Bedeutung des Regierungsabkommens für beide Seiten nochmals unterstrich, teilte er auch die Ansicht, in den Ballungsgebieten des Einsatzes vietnamesischer Werktätiger im Territorium der DDR, ausgewählte vietnamesische Genossen einzusetzen, die nicht nur das Abkommen schlechthin durchsetzen, sondern gleichzeitig sicherheitspolitische Aufgaben lösen, um zu verhindern, daß feindliche Kräfte das Abkommen für ihre Ziele nutzen.

Aufgetretene Vorkommnisse, wie Aufsuchen der BRD-Vertretung in der Hauptstadt der DDR durch einen vietnamesischen Werktätigen verbunden mit der Antragstellung auf Übersiedlung in die BRD, krimineller Delikte und die Unsicherheit durch das Nichtbeherrschen der deutschen Sprache vor allem in der Eingewöhnungsphase, als begünstigende Umstände für möglichen feindlichen Einfluß, waren für den Botschafter Veranlassung, bereits vor dem Gespräch eigene Überlegungen anzustellen.

Das Gespräch mit dem Staatssekretär, Genossen Beyreuther, wird deshalb für ihn auch Veranlassung sein, über seine Kanäle in Hanoi (Arbeitsminister und MdI der SRV) zu unterrichten, um diesen Vorschlag zum Einsatz von Bezirksbeauftragten in den nächsten Monaten in die Tat umzusetzen.

Probleme bei der Bekämpfung krimineller Handlungen der vietnamesischen Vertragsarbeiter

Hauptabteilung XVIII Berlin, 8. 7. 1987

noch nicht besichtigt! Ryle

Konzeption
für eine Beratung mit dem MDI der SRV im August 1987 zum Abschluß einer Vereinbarung zwischen dem MDI der SRV und dem MfS zur politisch-operativen Sicherung der in der Volkswirtschaft der DDR eingesetzten vietnamesischen Werktätigen

1. Auf der Grundlage

- des Regierungsabkommens zwischen der DDR und der SRV vom 11. 4. 1980 und dem Protokoll zu seiner Ergänzung vom 26. 1. 1987 sowie
- dem Beschluß des Politbüros des ZK der SED vom 30. 3. 1987

bestehen zwischen beiden Regierungen getroffene Vereinbarungen zum Einsatz von insgesamt 20.000 vietnamesischen Werktätigen bis Mitte des Jahres 1988 in Kombinat und Betrieben der DDR (siehe Anlage). *reproduziert nach dem Original. Q.*

Anmerkung:
Gegenwärtig werden in den zuständigen staatlichen Organen der DDR berechnet, angestellt, weitere 15 - 17.000 vietnamesische Werktätige kurzfristig in der Volkswirtschaft der DDR zum Einsatz zu bringen. Die vietnamesische Seite ist darüber noch nicht informiert.
Andererseits ist das Interesse der vietnamesischen Regierung bekannt, die Einsatzgröße vietnamesischer Werktätiger in der DDR bedeutend zu erhöhen.

Mit dem Stand vom 30. 6. 1987 sind in Kombinat und Betrieben der DDR ca. 14.000 vietnamesische Werktätige im Einsatz. Am Jahresende 1987 wird die Einsatzgröße ca. 21.900 Personen betragen.

Während die auf der Grundlage des Regierungsabkommens vom 11. 4. 1980 eingesetzten Werktätigen vorwiegend in den Zweigen

- der chemischen Industrie,
- der metallverarbeitenden Industrie,
- der Möbelindustrie,
- sowie der Nahrungs- und Genussmittelindustrie

tätig sind, erfolgt der Einsatz der auf der Grundlage des Politbürobeschlusses vom 30. 3. 1987 angereisten bzw. anreisenden vietnamesischen Werktätigen ausschließlich in den Zweigen der Leichtindustrie.

Dokument 34: BStU MfS Abt. X SA 339, Bl. 104-106

Der Einsatz von Mitarbeitern des vietnamesischen Geheimdienstes auf dem Boden der DDR sollte die „Abwehr“ krimineller Handlungen von vietnamesischen Werktätigen ermöglichen. Die schwere Unterscheidbarkeit asiatischer Gesichter, die Sprache und der große Einfallsreichtum der Vietnamesen erschwerten die Arbeit des MfS beträchtlich.

Daraus ergeben sich aus territorialer Sicht folgende personelle Konzentrationen in den Bezirken

Karl-Marx-Stadt	mit	5.345 Werktätigen
Dresden	mit	2.615 Werktätigen
Erfurt	mit	1.730 Werktätigen
Berlin	mit	1.700 Werktätigen
Leipzig	mit	1.590 Werktätigen und
Magdeburg	mit	1.120 Werktätigen.

Die Einsatzgrößen in den anderen Bezirken liegen zwischen 100 und 850 Werktätigen.

2. Die politisch-operative Lage unter den gegenwärtig in der DDR eingesetzten vietnamesischen Werktätigen ist in ihrem äußeren Verhalten gekennzeichnet durch vordergründiges materielles Interesse und ideologischer Desinteressiertheit.

Es wurde festgestellt, daß sich insbesondere ab 1986 beginnend, kriminelle Gruppierungen herausgebildet haben, die mit differenzierten Tatanteilen spekulativ Waren wie Radiorecorder, Autoradios, Maincomputer, Videorecorder, Video- und Tonbandkassetten sowie Quartzuhren und elektronische Tischrechner in Einrichtungen des Gebrauchsgüterhandels veräußerten und beträchtliche Gewinne dabei erzielten.

Die Gegenstände wurden in Intershopeinrichtungen käuflich erworben oder durch befreundete Personen aus Berlin-West mitgebracht. Dabei ist zu verzeichnen, daß in diesen kriminellen Gruppierungen auch mit anderen ausländischen Werktätigen zusammengearbeitet wird.

Weiterhin kommt es zum Absatz von rechtswidrig durch SRV-Bürger in das Staatsgebiet der DDR eingeführten Waren und Gegenständen, dabei handelt es sich um,

- Gegenstände aus silberhaltigen Metallen, wie zum Beispiel Besteckteile, Armreifen und Medaillen, die zum größeren Teil aus der VR Polen stammen und durch vietn. Bürger verkauft werden,
- Folkloreblusen, Hemden im Uniformstil, T-Shirts, Pullis und Pullover.

Die schon seit dem Einsatzbeginn von vietn. Werktätigen in der DDR bekannte Herstellung von Jeans ist weiterhin festzustellen. Dadurch werden schnell recht hohe Nebenverdienste erzielt, die sich negativ auf die Arbeitsmoral auswirken.

Die Auswirkungen sind:

- ungenügende oder fehlende Arbeitseinstellung,
- Fehlschichten,
- Häufung von Krankschreibung,
- mangelnde Bereitschaft zur Qualifizierung,
- Zurückhaltung in gesellschaftlicher Arbeit,
- Identifizierung mit westlichen Anschauungen.

Allgemein kann eingeschätzt werden, daß ein großer Teil der vietn. Werktätigen versucht, sich nach Aufnahme einer Tätigkeit in der DDR eine Nebenverdienstquelle zu beschaffen.

Der dadurch geschaffene Mehrverdienst wird verwendet, um Mopeds und Motorräder zu kaufen, Devisen, vor allem US-Dollar einzutauschen und Heimelektronik zu erwerben. Es wird versucht, diese Geldmittel und Gegenstände bei der Endausreise in die SRV mit auszuführen.

So wurde am 1. Juni 1987 zwei Vietnamesen aus den Werkzeugmaschinenwerk Plauen, bei der Endausreise an der GDST Schönefeld gestellt, die 7.000 Dollar, Videorecorder und 24 Rechnungen von Mopeds mit sich führten.

Ebenso ist bekannt, daß Beziehungen einzelner in der DDR arbeitender Vietnamesen zu westl. Berliner Emigrantenkreisen bestehen. Diese resultieren aus engen verwandtschaftlichen Kontakten der vietn. Großfamilien untereinander. Außerplanmäßige Rückführungen von vietn. Werktätigen sind zum Verhältnis der zum Einsatz kommenden Arbeitskräfte gering.

In den ersten vier Monaten des Jahres 1987 erfolgten 15 Rückführungen aus vorwiegend disziplinarischen Gründen.

Beschäftigung mit Spekulationshandlungen ist nicht nur unter dem Gesichtspunkt von Straftaten zu sehen, "leichtes Geldverdienen" wirkt sich unmittelbar negativ auf die Arbeitsmoral aus und hat auch negative Wirkungen auf andere Werktätige, die nicht oder noch nicht an Spekulationshandlungen beteiligt waren.

Es besteht nach wie vor ein Desinteresse an gesellschaftlicher Arbeit. Dagegen erhöht sich die Zahl der vietn. Werktätigen, die eine Pro-westliche Einstellung erkennen lassen.

Eine Einschätzung der politisch-operativen Situation innerhalb der Einsatzkollektive ist nicht möglich, da keine Möglichkeit besteht, offiziell oder inoffiziell Informationen zu gewinnen.

Zollprobleme

1. Stellvertreter des Leiters

Berlin, 30 NOV 1987
03-13-01
Nur für den Dienstgebrauch

BSU

000003

V e r m e r k

Genosse Genossin

Dauer

1.7.87
Verstärkt
repariert
1.2.87

Am 26.11.1987 erfolgte entsprechend einer Festlegung des Leiters der Zollverwaltung ein Gespräch mit Genossen Do Hoang Phu, Handelsrat der SRV in der DDR.

Gegenstand des Gesprächs waren Fragen der reibungslosen Zollabfertigung vietnamesischer Werktätiger bei Einreisen in die DDR, zwischenzeitlichen Ausreisen und insbesondere auch bei ihrer endgültigen Rückreise in die SRV nach Beendigung des Aufenthaltes in der DDR.

Ausgangspunkt für das Gespräch bildete die Tatsache, daß bei diesen Reisen durch die Organe der DDR im zunehmenden Maße zum Teil schwerwiegende Rechtsverletzungen aufgedeckt werden, die es erforderlich machen, wirksame Gegenmaßnahmen, insbesondere vorbeugender Natur, zu ergreifen.

Einleitend wurde an die Gespräche zwischen dem Leiter der Zollverwaltung, Genossen Chefinspekteur Stauch, und dem Generaldirektor der Hauptzollverwaltung der SRV, Genossen Tai, im Oktober 1987 erinnert, in deren Verlauf auch Probleme dieser Art beraten wurden. Übereinstimmend hatten beide Leiter festgestellt, daß es angesichts der negativen ökonomischen und politischen Wirkungen derartiger Rechtsverletzungen erforderlich ist, gemeinsam dagegen aufzutreten. Genosse Tai hatte dabei über den Wunsch des Botschafters der SRV in der DDR informiert, zu diesen Fragen das Zusammenwirken zwischen Botschaft und Zollverwaltung der DDR entsprechend zu entwickeln.

1. Zur Beteiligung vietnamesischer Bürger, insbesondere Werktätiger, am Schmuggel und an der Spekulation

Genossen ~~XXX~~ wurde dargelegt, daß vietnamesische Bürger, insbesondere Werktätige, zunehmend an schweren Zoll- und Devisenstraftaten sowie Zoll- und Devisenverstößen beteiligt sind.

Im Vordergrund stehen dabei Schmuggel- und Spekulationshandlungen, die unter Mißbrauch des Verkehrs zwischen der DDR und Berlin (West) bzw. der BRD erfolgen. Hierbei handelt es sich vor allem um den Absatz von illegal aus Berlin (West) eingeführten hochwertigen Erzeugnissen der Computertechnik, Heimelektronik und rechtechnischen Erzeugnissen in Einrichtungen des Gebrauchtwarenhandels der DDR.

Die Untersuchungen haben ergeben, daß die beteiligten Personen wiederholt und vorsätzlich gegen die zoll- und devisenrechtlichen Bestimmungen der DDR verstoßen haben und größtenteils gemeinsam mit weiteren Personen, insbesondere mit vietnamesischen und anderen ausländischen Bürgern, handeln. Zur Verschleierung des Ausmaßes der Straftaten werden beim Verkauf raffinierte Mittel und Methoden, so die Nutzung fremder, ungültiger bzw. verfälschter Personaldokumente angewandt. Diese Personaldokumente stammen aus dem Besitz bereits ausgereister vietnamesischer Werktätiger, von Bürgern anderer Staaten oder sie wurden als Verlust gemeldet.

So nahmen zum Beispiel 108 vietnamesische Werktätige mit dem Ziel des anschließenden Weiterverkaufs und im Wissen um die rechtswidrige Einfuhr in die DDR 107 Personalcomputer PC 1512 und 151 Festplattenspeicher an und verkauften diese im Verlaufe von anderthalb Monaten in einer Einrichtung des Gebrauchtwarenhandels. Dafür erhielten sie insgesamt 9,8 Millionen Mark ausbezahlt.

Neben solchen Spekulationshandlungen ist festzustellen, daß vietnamesische Bürger illegale Geldwechselgeschäfte durchführen, um in den Besitz freikonvertierbarer Währungen zu gelangen. Damit erwerben diese Bürger vorwiegend Computer und elektronische Tischrechner in Einrichtungen der Forum-Handelsgesellschaft. Anschließend erfolgt mit spekulativer Zielstellung der Weiterverkauf im Gebrauchtwarenhandel.

Die erzielten Spekulationserlöse werden u. a. dazu verwendet, um Nähmaschinen, Fahrräder und Kleinkrafträder in großen Stückzahlen zu erwerben und unter Mißbrauch bestehender Zollvergünstigungen zur Ausfuhr in die SRV zu bringen bzw. durch illegale Geldwechselgeschäfte erworbene US-Dollar in die SRV anzuschleusen.

Angeichts der sich bei derartigen Handlungen ergebenden intensiven Kontakte zu Personen aus dem nichtsozialistischen Ausland und insbesondere aus Westberlin können Versuche des Mißbrauchs auch für andere Zwecke nicht ausgeschlossen werden.

Häufig wird weiter festgestellt, daß in der DDR lebende vietnamesische Werktätige mit vietnamesischen Bürgern, die sich in anderen sozialistischen Staaten aufhalten, zur Begehung von Rechtsverletzungen zusammenwirken. Es erfolgten darüber hinaus auch Feststellungen, daß z. B. vietnamesische Werktätige, die sich zeitweilig in der CSSR aufhalten, versuchten, Gegenstände zum Verkauf rechtswidrig in die DDR einzuführen.

Hinsichtlich der Situation beim Schmuggel und der Spekulation von vietnamesischen Werktätigen im Verkehr mit der SRV wurde dargelegt, daß einführseitig vor allem zwischenzeitliche Heimreisen bzw. Urlaubsreisen ausgenutzt werden, um Gegenstände aus der SRV zum Zwecke des Verkaufs rechtswidrig, in der Regel ohne Vorführung zur Zollkontrolle, in die DDR zur Einfuhr zu bringen. Dabei handelt es sich insbesondere um

- kunstgewerbliche Artikel bzw. Schmuck aus Holz, Bambus, Knochen, Muscheln, Perlmutt wie Ketten, Ringe, Ohrschmuck, Armbänder bzw. -reifen, Tierfiguren sowie Wandbehänge, Fächer und Stroh- bzw. Bambusbilder,
- jeansartikel einschließlich jeanszubehör wie Aufnäher, Knöpfe, Nieten; Damenblusen, Kimonos, Pullover, Blomsons, Halstücher, Plasteschuhe und -tragetaschen,
- Kosmetika wie Schminkkästchen, Lidschatten, Lippen-, Lid- und Augenbrauenstifte,
- Quarzuhren und -batterien.

Bei Reisen in die SRV, hierbei handelt es sich um zeitweilige und endgültige Ausreisen, wurden von den vietnamesischen Werktätigen vor allem versucht, Waren in Handelsmengen, größtenteils unter bewußter Verletzung der Vorfuhrpflicht, zur Ausfuhr zu bringen. Folgend festgestellte Gegenstände sind dabei:

- Mopeds, Fahrräder
- Moped- bzw. Fahrradersatzteile wie Glühlampen, Gummimanschetten, Ketten, Kolben und Unterbrecher
- Nähmaschinen bzw. -nadeln, Reißverschlüsse, Filme, Feuersteine und Arzneimittel.

Dabei sollten - jeweils bei einer Person - bis zu 200 000 Feuersteine, 500 Reißverschlüsse, 1800 Glühlampen für Mopeds bzw. Fahrräder, 172 Filme und 1320 Packungen Arzneimittel ausgeführt werden.

In diesem Zusammenhang wies ich auf die jüngste Feststellung bei binnenzollamtlichen Abfertigungen hin, die darauf schließen lassen, daß durch vietnamesische Werktätige verstärkt zollrechtliche Bestimmungen mißachtet werden und es auch zu Handlungen kam, die eine Behinderung der Zollkontrolle darstellen. So ergab die binnenzollamtliche Kontrolle der Gegenstände von 4 vietnamesischen Werktätigen in einem Leipziger Betrieb, die voraussichtlich im Zeitraum 1987 - 89 endgültig in die SRV zurückreisen, daß sie insgesamt 17 Mopeds und 1 Motorrad versuchten, rechtswidrig auszuführen.

Dazu wurden die Mopeds und das Motorrad demontiert und die Einzelteile zwischen anderen Gegenständen in den jeweiligen Behältnissen versteckt. Im Ergebnis der Überprüfung, die am 2. Tagen erfolgte, wurden diese Mopeds und das Motorrad in einem verschlossenen Raum gesichert, um die erforderlichen Klärungen vorzunehmen. Bereits am ersten Tag traten vietnamesische Werktätige, die zur Abfertigung eingesetzten Angehörigen des Zollamtes Leipzig in provokativer Weise auf. Am darauffolgenden Tag betraten ca. 30 vietnamesische Werktätige widerrechtlich den Abfertigungsraum, so daß es notwendig war, die Kontrollhandlungen abubrechen.

Darüber hinaus wurde festgestellt, daß mehrere der o. g. Mopeds kurze Zeit nach ihrer Sicherstellung in einem verschlossenen Raum durch vietnamesische Bürger widerrechtlich entfernt worden waren. (Eine diesbezügliche Information ist als Anlage 3 beigefügt.)

Feststellungen zur rechtswidrigen Ausfuhr von Gegenständen in ähnlichen Größenordnungen wurden kürzlich auch im Bereich der Bezirksverwaltung Frankfurt/Oder getroffen. Dort versuchten 3 vietnamesische Werktätige insgesamt 30 Kleinkrafträder, 250 kg Zucker, 5500 Blatt Fotopapier sowie mehrere Fahrräder und Ersatzteile im einem Gesamtwert von über 40 000,00 Mark in die SRV auszuführen.

Das MfS hatte die Aufgabe, untergetauchte Vietnamesen „aufzuspüren“. Diese Aufgabe nahm das MfS sehr ernst. Bis zur Wende wurden mehrere „untergetauchte“ Vietnamesen gefunden und abgeschoben.

Mit der folgenden Akte wurde eine für diesen Zeitpunkt (1977) ungewöhnliche Entwicklung eingeleitet. Viele Vietnamesen wollten nicht mehr in Ihre Heimat zurück. Ein großer Teil der Vietnamesen tauchte in den Wohnheimen unter und entzog sich auf diesem Wege der Abschiebung. Das MfS war jedoch ständig bemüht die illegale Vietnamesen aufzuspüren und abzuschieben.

Unrechtmäßiger Grenzübertritt

geb. am [REDACTED] in [REDACTED]
 Gießereifacharbeiter - Lehrling
 VEB Metallgusswerk Wernigerode
 wohnhaft: HW: [REDACTED] Krs. [REDACTED]
 (Vietnam)
 MW: Wernigerode
 Staatsangehörigkeit: Sozialistische
 Republik Vietnam
 festgenommen am 10. 6. 1977
 Ermittlungsverfahren gemäß § 213 (1) (2) 3
 (3) StGB, eingeleitet durch Abt. K, Dezernat II
 BfV, Magdeburg
 Übernahme durch MfS am 16. 6. 1977
 Bearbeitung durch BV Magdeburg

*an SRV durch
 GStA am 17.77
 übergeben*

KOPIE

In den Nachtstunden des 10. 6. 1977 wurde der Beschuldigte [REDACTED] mit zwei DDR-Bürgerinnen im Raum Kaulitz, Krs. Salzwedel, ca. 100 m von der Staatsgrenze der DDR - BRD entfernt durch Grenztruppen der DDR festgenommen.

[REDACTED] befindet sich seit 1974 in VEB Metallguss Wernigerode zur Lehrausbildung. Sein Aufenthalt in der DDR endet am 10. 7. 1977.

Der Beschuldigte, der aus noch unbekannten Gründen nicht mehr in die SRV zurückkehren wollte, lernte während seines Urlaubes, den er ab 5. 6. 1977 in Arendsee, Krs. Salzwedel, mit weiteren vietnamesischen Lehrlingen verbrachte, die in einem gesonderten Ermittlungsverfahren bei der Volkspolizei bearbeitete beschuldigte Schülerin der 8. Klasse [REDACTED] kennen. Mit dieser kam er überein, die DDR im Raum Salzwedel ungesetzlich nach der BRD zu verlassen. Dazu fuhren sie am 9. 6. 1977 mit der Eisenbahn von Arendsee nach Meßdorf und begaben sich von

- 5 -

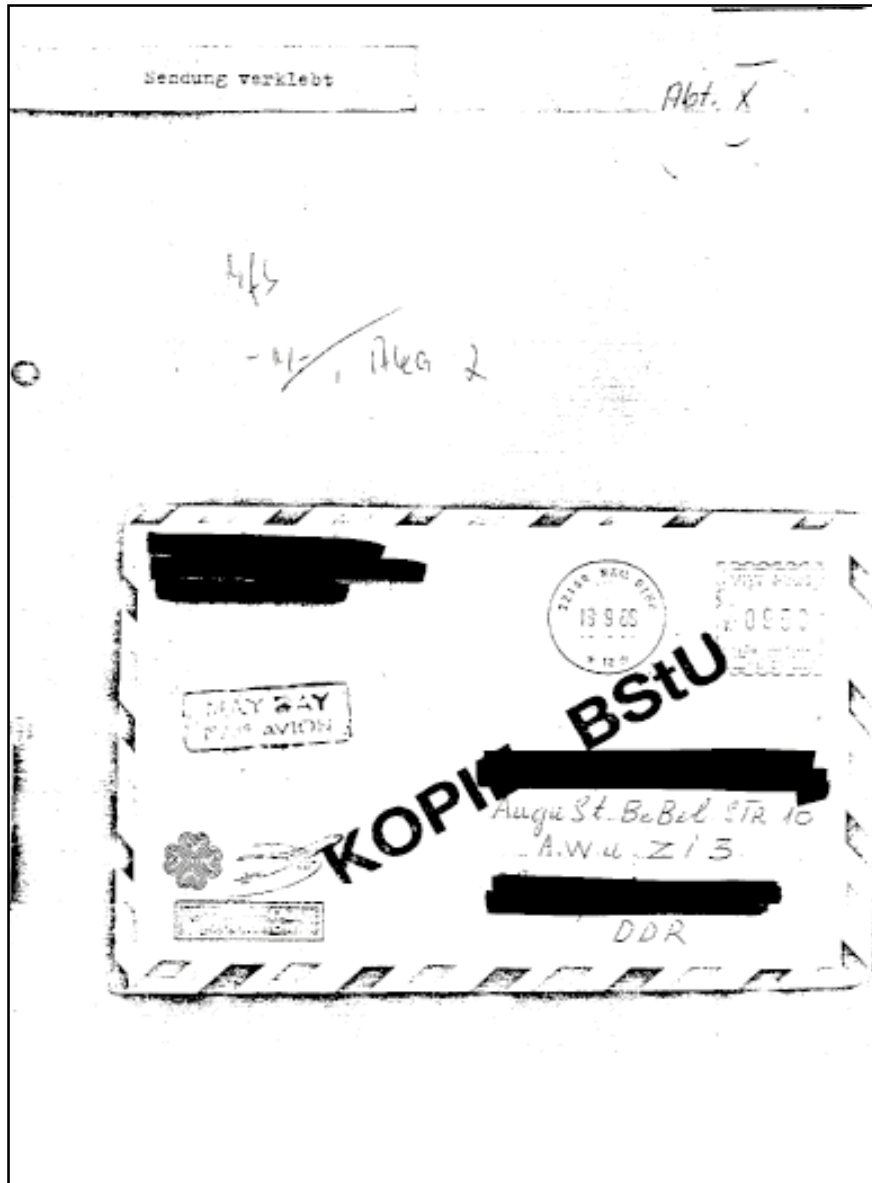
dort zu Fuß in Richtung Staatsgrenze, wobei sie die Orientierung verloren. Daraufhin kehrten sie nach Meßdorf zurück, wo die [REDACTED] zufällig mit der hier wohnhaften, ihr bekannten [REDACTED] zusammentraf, die sie überredete, sich an Grensdurchbruch zu beteiligen. (Das Ermittlungsverfahren gegen die [REDACTED] bearbeitet die Volkspolizei.)

Am 10. 6. 1977 fuhren die 3 Beschuldigten mit dem Zug von Meßdorf nach Binde-Kaulitz, wo sie sich unter Führung der [REDACTED] zu Fuß zur Staatsgrenze begaben, wobei ihre Festnahme erfolgte.

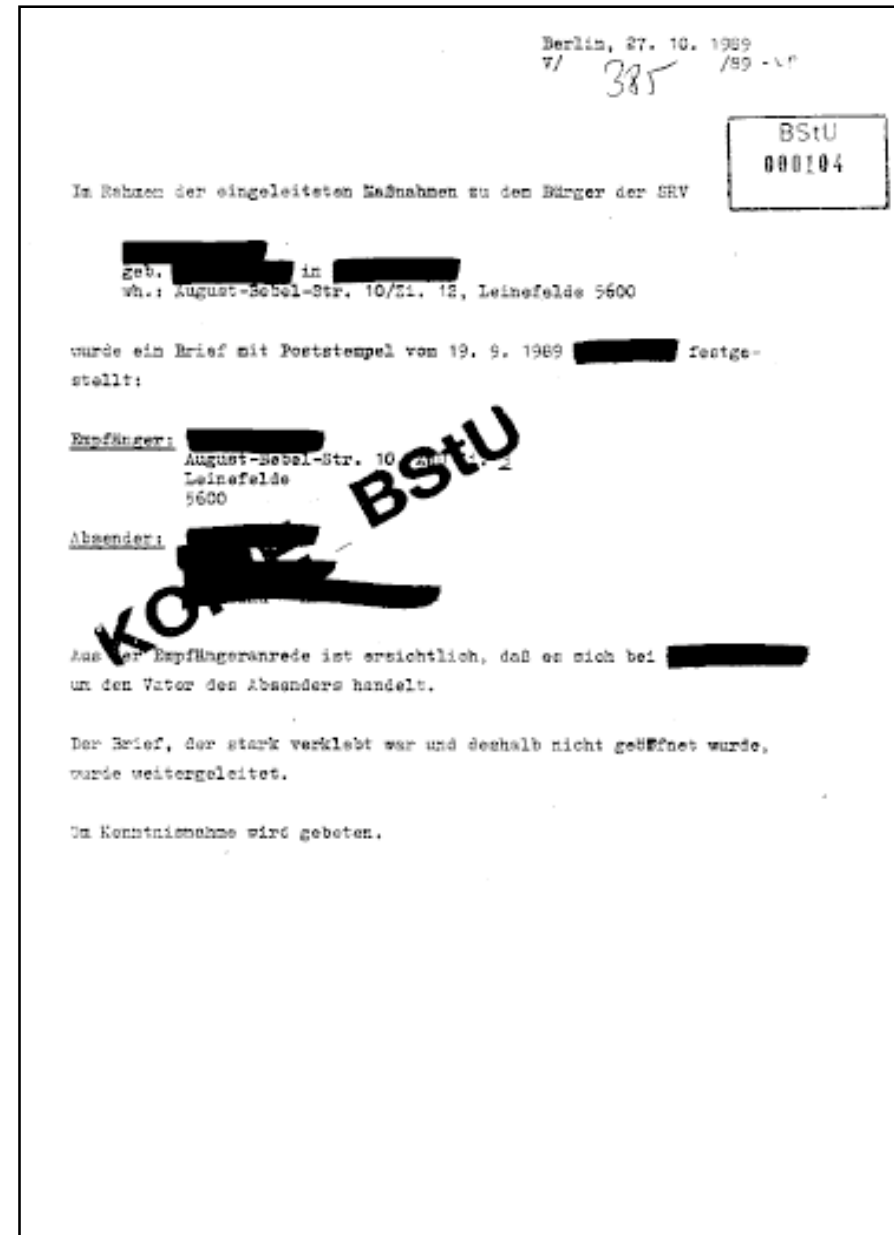
KOPIE BStU

Wie auf der folgenden Seite zu erkennen, versuchte das MfS einen vietnamesischen Brief zu öffnen. Aber die vietnamesischen Briefumschläge waren nicht wie die deutschen Briefumschläge mit einem Klebestreifen versehen. Sie wurden mit flüssigem Klebstoff zugeklebt. Hier versagten die Spezialisten.

Briefkontrollen



Dokument 37: BStU MfS Abt. X SA 136, Bl. 103



Dokument 38: BStU MfS Abt. X SA 136, Bl. 104

Verteiler: gemäß Weisung

Tagesmeldung Nr. 158/89

Insgesamt: 19 Person(en)

Menschenhandel

██████████ (30)
geb. am ██████████ in ██████████
Elektroinstallateur, Fa. Garraro, Berenbostel über
██████████
wohnhaft: ██████████
Staatsangehörigkeit: BRD

██████████ (23)
geb. am ██████████ in ██████████
Galvaniseur, Fabrikadelwerk Ichtershausen
wohnhaft: ██████████
Staatsangehörigkeit: SR Vietnam

festgenommen am 7. 7. 1989
Ermittlungsverfahren gemäß § 132 (1) (3) - ██████████ - bzw.
§ 213 (1) (3) 4 (4) StGB - ██████████
eingeleitet

██████████ (25)
geb. am ██████████ in ██████████
Transportarbeiter, DKK Scharfenstein Kühlgerätewerk
██████████

wohnhaft: ██████████
AstA seit 23. 5. 1989
festgenommen am 8. 7. 1989
Ermittlungsverfahren gemäß §§ 213 (1) (3) 4 (4)
i. V. n. 22 (2) 3 StGB eingeleitet

Bearbeitung BV Erfurt

Der Beschuldigte ██████████ wurde gegen 22.40 Uhr nach
Abweichung von der Transitstrecke bei Eischleben, Kr.
Arnstadt festgenommen.

██████████ der im Dezember 1988 in die BRD übergesiedelt
ist, entschloß sich, die mit ihm befreundete, zeitweise
in der DDR lebende Bürgerin der SR Vietnam ██████████ nach
der BRD zu verbringen, um mit dieser zusammenzuleben.
Die ██████████, welche verheiratet ist, stimmte dem Vorschlag
des ██████████ zu, da sie keine Möglichkeit sah, auf legalen
Wege zu ██████████ in die BRD zu gelangen.

In der Folgezeit wurden beide den Mitbeschuldigten
██████████ als Botschafter für ihre weiteren Kontakte, wo-
durch ██████████ Kenntnis über das Vorhaben erlangte und
darüber ██████████ Instruktionen, die er von ██████████ erhielt,
an die ██████████ weiterleitete.

Am 25. 3. 1989 fand zwischen ██████████ und der ██████████ an
der Autobahnraststätte "██████████" ein Treff
statt, bei dem ██████████ seine Freundin von seinem Plan
unterrichtete, sie im Kofferraum seines Personenkraft-
wagens Typ "Opel Kadett", amtliches Kennzeichen ██████████
versteckt unter Transitpaßbrauch nach der BRD zu ver-
bringen.

Nachdem die ██████████ Haushaltsgegenstände verkauft hatte,
wurde sie am 16. 5. 1989 unter Mitnahme ihrer persönlicher
Dokumente zum Zwecke ihrer Ausschleusung durch den Mit-
beschuldigten ██████████ zum Autobahnparkplatz ██████████
gefahren, um dort von ██████████ kontaktiert und über die

Grenzübergangsstelle [REDACTED] ausgeschleust zu werden. [REDACTED], der von Westberlin aus in Transit in die DDR gereist war, verfehlt die [REDACTED].

An 24. 6. 1989 versuchte [REDACTED] unter Abweichung von der Transitstrecke, mit der [REDACTED] in [REDACTED] zusammenzutreffen und Absprechen zu deren Aus-schleusung zu treffen, traf diese Person nicht an. Über eine Deckadresse in [REDACTED] [REDACTED] den 7. 7. 1989 als Schließengstermin und einen Parkplatz in [REDACTED] [REDACTED] [REDACTED].

Als Kurzschluß fuhr er an diesem Tag über die Grenz-übergangsstelle Drewitz in die DDR und verließ gegen 22.40 Uhr die Transitstrecke, um das Vorhaben zu realisieren.

Diese vietnamesische Bürgerin hatte wirklich Pech gehabt. Ein Jahr später wäre alles anders gelaufen. Während der Wendezeit gelang vielen vietnamesischen Bürgern die Flucht in die BRD.

Hauptabteilung IX/10 000005
 Berlin, 3. November 1989

V e r m e r k

Der III. Sekretär der Botschaft der Sozialistischen Republik Vietnam in der DDR Genosse Nguyen Ngol Thanh führte am 29. 8. 1989 in der UHA II bei der inhaftierten vietnamesischen Staatsbürgerin [REDACTED] (Abteilung IX, BVFS Erfurt) den ersten Konsularbesuch durch. Der Besuch dauerte eine halbe Stunde. Es gab keine Vorkommnisse.

Der Konsul erkundigte sich nach den familiären Verhältnissen, in denen die Beschuldigte aufgewachsen ist, den Namen ihrer Eltern und von Verwandten die im westlichen Ausland wohnhaft sind. Ferner interessierte ihn der schulische und berufliche Werdegang der Beschuldigten. Die Beschuldigte teilte mit, daß ihr Ehemann ein Vietnameser ist, mit dem sie ein gemeinsames Kind hat. Seit Anfang 1988 arbeitet er in der DDR.

Zum Motiv ihrer Straftat befragt erklärte die Beschuldigte, daß sie einen Ausweg aus ihrer familiären Lage gesucht hat. Für ihre Entscheidung waren keine politischen Gründe maßgeblich. Sie glaubte nicht, daß sie von den vietnamesischen Organen eine Genehmigung zur Reise in die BRD erhält, so daß sie sich zu der von ihr begangenen Straftat entschied.

Durch den Konsul wurde gebeten, daß seitens des Untersuchungsorgans neben den Ermittlungen zur Aufklärung der strafbaren Handlungsweise der Beschuldigten und im Falle ihrer gerichtlichen Verurteilung die von ihr in den letzten zwei Jahren in der DDR geleistete Arbeit gewürdigt und berücksichtigt wird, damit sie ihrer Erziehungspflicht gegenüber ihrem Kind baldmöglichst nachkommen kann.

Er äußerte die Bitte, das Verfahren alsbald abzuschließen. Der Konsul erklärte sich bereit, sich um die noch zu regelnden persönlichen Angelegenheiten der Beschuldigten, einschließlich der Sicherstellung ihres Eigentums, zu kümmern.

Die Arbeit des MfS beschränkte sich nicht nur auf vietnamesische Interessen in der DDR, sondern im Auftrag des Mdl der SR Vietnam führte das Ministerium auch Untersuchungen im damaligen Nachbarland Bundesrepublik Deutschland durch. Sogar über den Ostasiatischen Verein Hamburg e. V. sammelte das MfS Informationen und reichte diese Information an das Mdl weiter.

Fahndung nach einem SRV-Bürger, der angeblich Kontakt zu einem Spiegel-Mitarbeiter suchte (Abteilung X am 17.5.1969)

Information der Sicherheitsorgane der SR Vietnam

Aus inoffizieller Quelle wurde den Sicherheitsorganen der SRV bekannt, daß ein Journalist der Westberliner "Spiegel" eine Reportage über die vietnamesischen Werktätigen in der DDR schreiben will. Seitens der DDR soll dazu keine Genehmigung erteilt werden. Aus diesem Grunde beabsichtigt dieser Journalist am 20. 5. 1969, um 10.00 Uhr, am bzw. auf dem Berliner Fernsehturm ein Treffen mit dem Bürger der SRV

wh.: [REDACTED] Ilmenau 6300
tätig: Student der TH Ilmenau.

Von vietnamesischer Seite wird angenommen, daß der Student neben seiner Rolle als Interviewpartner auch weitere Aufgaben soll, weitere Kontakte zwischen dem Studenten und anderen SRV-Bürgern zu vermitteln.

Eine Überprüfung bei der HA II/3 ergab, daß kein entsprechender Antrag der "Spiegel" vorliegt bzw. vorgelegt hat und abgelehnt wurde.

Eine FDB-Überprüfung zum genannten SRV-Bürger erbrachte den Hinweis auf eine Person ähnlichen Namens:

wh.: [REDACTED] Ilmenau 6300
Aufenthaltsgrund: Studium.

Auskunft darüber, ob zwischen beiden SRV-Bürgern Identität besteht, kann von den Sicherheitsorganen der SRV gegenwärtig nicht gegeben werden.

Um Kenntnisnahme und operative Auswertung sowie um Mitteilung im Zusammenhang damit eventuell erlangter Erkenntnisse wird gebeten.

Verteiler
1. Ex. - Ltr. HA II
2. Ex. - Ltr. IV Suhl

Generalmajor

Abteilung X Berlin, 11. 5. 1969

BStU
900011

Vorwerk

Über das Gespräch mit dem Vertreter der vietnamesischen Gruppe Gen. [REDACTED] vom 11. 5. 1969:

Bei dem vietnamesischen Studenten in Ilmenau, dem der Spiegel-Reporter zu interviewen beabsichtigt, handelt es sich um

wh.: [REDACTED]
Ilmenau 6300
Studienrichtung unbekannt.

Bisherigen Informationen zufolge soll am 20. 5. 1969, um 10.00 Uhr, am bzw. auf dem Berliner Fernsehturm das Treffen zwischen Reporter und Student stattfinden.

Inhalt sollen alle Fragen sein, die den Aufenthalt von vietnamesischen Werktätigen in der DDR betreffen. Es liegt die Vermutung nahe, daß der Student benutzt werden soll, Kontakt mit anderen SRV-Bürgern für den Reporter herzustellen.

Gen. [REDACTED] teilt mit, daß eine vietnamesische Operativgruppe über die erforderliche Technik verfügt, um ein Gespräch an einem vorher bekannten Ort aufnehmen zu können, sofern es sich nicht um eine Gaststätte oder andere öffentliche Einrichtungen oder Plätze handelt.

Für den Fall, daß der Reporter das Interview im wesentlichen in Gaststätten abwickeln will, könnte der genannte Student, der als kooperativ eingeschätzt wird, durch entsprechende Reaktionen bewirken, daß ein anderer Ort aufgesucht wird. Dieser Ort sollte möglichst unweit des Fernsehturmes liegen. Evtl. könnte das MfS bei der Bereitstellung und Absicherung eines geeigneten Ortes behilflich sein?

Das es sich bei dem Studenten nicht um einen Mitarbeiter des Mdl der SRV handelt, ist es aus vietn. Sicht unmöglich, die erforderliche Technik an seiner Person unterzubringen.

Gen. [REDACTED] bittet um Prüfung der Möglichkeiten.

Vorsatz, Hpts.

Feststellungsergebnis MA II/13 #00013

- Ein entsprechender Antrag des "Spiegel" liegt nicht vor. Es gab auch in der letzten Vergangenheit keinen derartigen Antrag des "Spiegel", der abgelehnt worden wäre.

- Aktuell liegt zur Zeit ein Antrag eines [REDACTED] 8000 München [REDACTED] vom 31. 3. 1989 vor, der für "Presse München International" und "Mannheimer Morgen" (Ausländerzeitung) beabsichtigt, eine Reportage über Ausländer - speziell Vietnamesen - in der DDR zu schreiben.

Er bittet dazu um Zurverfügungstellung eines Fotografen und um Einsicht über eine zum gleichen Thema im DDR-Fernsehen gelaufenen Reportage.

Der Antrag wurde am 1. 5. 1989 durch das MfAA bestätigt. Das Informationszentrum wurde beauftragt, die erforderlichen Vorbereitungen in Zusammenarbeit mit einem Betrieb, in dem vietnamesische Werktätige beschäftigt sind, durchzuführen (Termin für die Maßnahme: 10. - 12. 5. 89). Der konkrete Betrieb ist noch nicht bekannt.

- Andere Anträge liegen zur Zeit nicht vor.

Klinge
Oberst

Rücksprache mit SRV-Botschaft

Gen. [REDACTED] kündigte an, am Donnerstag, 11. 5. 89, nähere Angaben zum Sachverhalt mitteilen zu können.

Dokument 43: BStU MfS Abt. X SA 135, Bl. 13

Abteilung X Berlin, 5. 5. 1989

BStU
000014

Vermerk

Über ein Gespräch mit dem Vertreter der vietnam. GG vom 5. 5. 1989

Gen. [REDACTED] teilte mit:

Es liegen inoffizielle Hinweise darauf vor, daß ein Journalist des "Spiegel" eine Reportage über die in der DDR lebenden vietnamesischen Werktätigen schreiben will. Ein entsprechender Antrag an die zuständigen Behörden der DDR wurde offenbar abgelehnt.

Nun will dieser Journalist versuchen, seinen Kontakt zu einem in Berlin (West) wohnhaften Auslandsvietnamesen (Bürger der SRV) zu nutzen, um einen vietnamesischen Studenten der TH Ilmenau zu diesem Thema zu interviewen. Bei diesem Studenten handelt es sich um einen Verwandten des genannten Auslandsvietnamesen.

Das Interview soll "geheim" stattfinden.

Frage des Gen. [REDACTED]:

Besteht generell die Möglichkeit, folgende Maßnahmen durchzuführen? :

- Reportage bzw. Interview, bei dem sicherlich der fragliche Student auf jeden Fall angesprochen wird, selbst wenn es nicht "geheim" durchgeführt werden muß, durch die zuständigen Organe der DDR genehmigen;

- Einleitung operativer Maßnahmen durch das MfS zur Aufzeichnung des Interviews mit dem Ziel, dem Reporter bzw. dem "Spiegel" Fälschungen und feindliche Absichten nachzuweisen.

Gen. [REDACTED] wurde darauf hingewiesen, daß für eine solche Entscheidung erst einmal nähere Angaben zu den Personen, zum Zeitpunkt u. Ort erforderlich sind. Eine pauschale Zustimmung kann nicht erfolgen. (Es entstand durch das Verhalten des Gen. [REDACTED] der Eindruck, daß solche Angaben durchaus schon existieren, Gen. [REDACTED] jedoch erst noch Rücksprache mit seinem Vorgesetzten führen will.)

Gen. [REDACTED] sicherte Bemühung zu, bis zum 8. 5. 1989 nähere Angaben zu beschaffen. Er wird sich am 8. 5. dazu noch einmal telefonisch melden.

Land
Vorsetz., Hptm.

Dokument 44: BStU MfS Abt. X SA 135, Bl. 14

Auskunftsersuchen an die PDB der DDR			
Mit Maschine oder Druckschrift ausfüllen!			
MfS/BV	Abt. X	BSU	Datum 11. 5. 1989
HA/Abt./KD		000015	Igb.-Nr. X/ /89
Mitarbeiter	Vorsatz		Rel.-Nr. 2 22 81
Sofortanfrage * <i>Do</i>			
Dringendes Auskunftsersuchen *		9910	
Auskunftsersuchen *		RE-Nr. 1105/523	
Bekannte Informationen:			
Name			
Geburtsname/ weitere Namen	Frag		
Vorname			
PKZ	4		
Staatsangehörigkeit	SRV		
Anschrift	1103/16		
Ort	6300 Ilmenau		
Str. H.-Nr.	37304		
Altersintervall	18 - 35 Jahre		
PA-Nr.			
Sonstige	Student TH Ilmenau		
Datenanforderung: *			
Gesamter Datensatz			
Kleine Personalien			
Ausgewählte Daten			
Angehörigendaten			

Dokument 45: BSU MfS Abt. X SA 135, Bl. 15

Hauptabteilung II		Berlin, 23. Mai 1989	
Leiter		II/10/gri-se 104/89	
		Tel.: 2 34 94	
Abteilung X		BSU	
Leiter		000018	
		21. 5. 89	
		10/10	
Information der Sicherheitsorgane der SR Vietnam - Ihr Schreiben X/4769/89 - vo vom 17. 5. 1989			
Zu Ihrer Information können wir Ihnen folgendes mitteilen:			
Unter den ca. 30 vietnamesischen Studenten an der TH Ilmenau befindet sich kein Student mit dem Namen [REDACTED]. Den Umständen und Zusammenhängen nach zu schlußfolgern dürfte der durch PDB-Recherche gewonnene Personenhinweis			
[REDACTED]			
Fkt: [REDACTED]			
Abteilung XII nicht erfasst			
als wahrscheinlich anzusehen sein.			
Mit der für die objektive Feststellung zuständigen Dienststelle (BV Suhl/Abt. XI) wurde am 19. 5. 89 Verbindung aufgenommen, um zur Überprüfung des Sachverhaltes ab- gesprochen. Zusätzliche Erkenntnisse liegen noch nicht vor.			
Im Zusammenwirken mit der HA II/13 wurde am 20. 5. 89 eine Beobachtung durch die HA VIII am vorgegebenen Treffort organisiert und durchgeführt. Dabei konnten keine Hinweise auf ein Treffen zwischen einem vietnamesischen Studenten und einem "Spiegel"-Journalisten erarbeitet werden.			
Um Kenntnisnahme wird gebeten.			
		Kratsch	
		Generalleutnant	

Dokument 46: BSU MfS Abt. X SA 135, Bl. 18

Der Ostasiatische Verein Hamburg e. V. wird auf Wunsch des Mdl Vietnam vom MfS überprüfft

datu
620036

Ostasiatischer Verein Hamburg e.V.
O.A.V.
2000 Hamburg 36
Neuer Jungfernstieg 21
Tel. 040/356 2557
Telex 02 11 728 oav h d

Der Verein wurde am 13. März 1900 als "unabhängiger Mittelpunkt für die Vertretung und Förderung deutscher Handels- und Industrieinteressen in Ostasien" von Außenhandelskaufleuten gegründet.

Gegenwärtig umfaßt er etwa 400 persönliche und etwa 400 korporative Mitglieder, insbesondere aus der BRD-Wirtschaft.

Seine Aufgaben sind laut Selbstdarstellung die

- Förderung und Pflege der Beziehungen zwischen der BRD und allen süd-, südost- und ostasiatischen Ländern
- Mitwirkung am Aufbau neuer wirtschaftlicher und kultureller Beziehungen
- Vertretung der Wirtschaftsinteressen im Rahmen des Tätigkeitsbereichs
- Beratung der Mitglieder in allen einschlägigen Fragen, einschließlich der Zusammenführung von Partnerschaften
- Unterrichtung der Wirtschaft über die Entwicklung in den entsprechenden Ländern über Fragen der Handels- und Entwicklungspolitik einschließlich der einschlägigen Gesetzgebung
- Mitarbeit bei der Vorbereitung von Handelsvertragsverhandlungen
- Betreuung ausländischer Delegationen
- Förderung von Auslandsinvestitionen

Zur Arbeitsweise und Struktur

Zur Behandlung entsprechender wirtschafts- und entwicklungspolitischer Fragen bestehen zahlreiche Länderausschüsse. Ein besonderer Arbeitskreis erörtert Fragen privater Investitionen und der technischen Hilfe. Die O.A.V.-Ausschüsse stehen sowohl den einschlägigen Bundesministerien wie auch den Spitzenorganisationen der BRD-Wirtschaft beratend zur Verfügung. In einer Vielzahl unterschiedlicher Gremien ist der Verein als ständiges Mitglied oder sachverständiger Berater vertreten.

Dokument 47: BStU MfS Abt. X SA 135, Bl. 96-97

Mit periodischen Ländernachrichten und Rundschreiben unterrichtet der Verein über Maßnahmen und Märkte. Er erarbeitet umfangreiche diesbezügliche Jahresberichte, in denen er die entscheidenden Vorgänge und Ergebnisse seiner eigenen Untersuchungen - einschließlich statistischer Angaben - zusammenfaßt.

Nach Hinweisen aus zurückliegenden Jahren führt er als repräsentative Veranstaltung eine periodische Spitzenzusammenkunft durch, die als "Ostasiatisches Liebesmahl" bekannt ist und die jeweils im März stattfindet. Diese feierliche Zusammenkunft stellt einen Treffpunkt von maßgeblichen Persönlichkeiten aus Staat und Wirtschaft mit Diplomaten und anderen Vertretern aus asiatischen Ländern dar. Arbeitstagungen mit speziellen Themen würden Persönlichkeiten aus den vorgenannten Kreisen "Gelegenheit zu fruchtbaren Diskussionen" geben.

Der O.A.V. arbeitet eng mit tangierenden Organisationen wie der/den

Deutsch-Ostasiatischen Gesellschaft in Westberlin,
Deutsch-Indischen Gesellschaft,
Deutsch-Indonesischen Gesellschaft,
Deutsch-Japanischen Gesellschaft,
Deutsch-Koreanischen Gesellschaft,
Deutsch-Thai-Indischen Gesellschaft,
Institut für Natur- und Völkerkunde Ostasiens,
Institut für Asienkunde der BRD-Universitäten sowie
Auslands- und Handelskammern in den Ländern Südostasiens

zusammen.

Teilweise wird diese Zusammenarbeit durch Personalunion verstärkt, d. h. durch maßgebliche Positionen, die führende Mitglieder des O.A.V. in diesen Einrichtungen haben.

Im März 1988 wurde bekannt, daß Mitglieder des O.A.V. in Hamburg eine Arbeitsgemeinschaft "Vietnam Repräsentanz" gegründet hatten und beabsichtigten, noch im gleichen Jahr in Hanoi ein "Repräsentative Office" zu errichten, um diesen "schwierigen Markt intensiver bearbeiten" zu können. Die Rechtsform der Repräsentanz habe man gewählt, da sich einzelne BRD-Unternehmen in Vietnam nicht hätten niederlassen können. Das vietnamesische Außenministerium habe aber auch Möglichkeit geboten, daß der O.A.V. das "Dach" für diese Einzel-firmen darstellen könne. Wichtigste Aufgaben dieser Repräsentanz seien

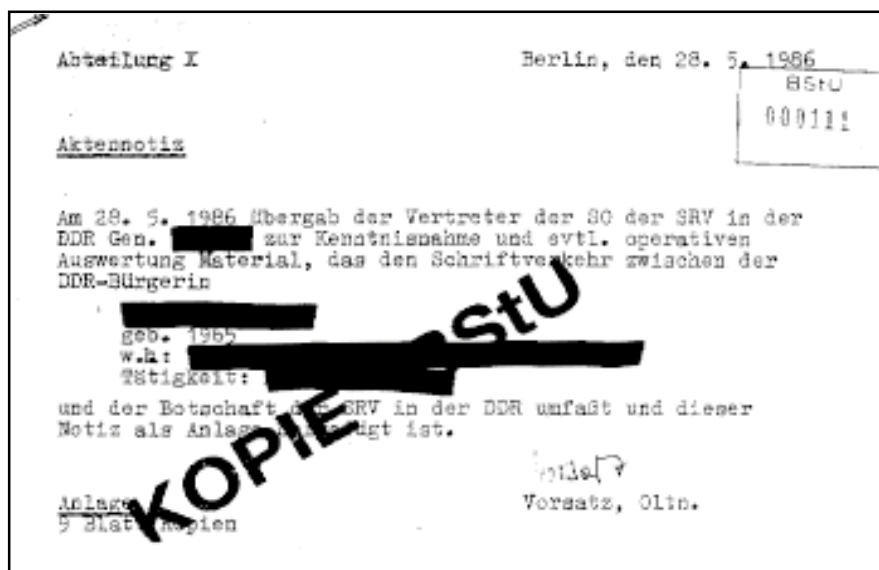
Kontaktpflege,
Informationsbeschaffung,
Marktuntersuchungen,
Reisevorbereitungen,
Hilfe bei Schwierigkeiten.

In der BRD-Presse war in einer kurzen Notiz darauf hingewiesen worden, daß bis 1. 5. 1988 die Möglichkeit bestehe, Mitglied der Arbeitsgemeinschaft zu werden. Danach bestehe für zwei Jahre Aufnahme-sperre.

Abschließend möchte ich jedoch erwähnen, daß es zwischen den vielen deutschen und vietnamesischen Kollegen feste freundschaftliche Beziehungen gab. Im Gegensatz zur politischen Freundschaft der DDR und der SRV haben sich diese Freundschaften bis heute gehalten.

3.4. Die deutsch-vietnamesischen Ehen

In den Verträge, Vereinbarungen und Abkommen hatten die staatlichen Vertragspartner einen wichtigen Punkt nicht berücksichtigt. Denn neben den staatlich geförderten Freundschaften entwickelten sich unter Deutschen und Vietnamesen zwischenmenschliche Beziehungen. Diese Tendenz wurde in den Anfangsjahren von beiden Staaten nicht unterstützt. Dementsprechend gab es keinerlei staatliche Unterstützung für alle, die die Absicht hatten, zu heiraten. Die Deutschen, die einen vietnamesischen Bürger heiraten wollten, hatten hohe bürokratische Hürden zu überwinden. Sie mußten lange Wartezeiten in Kauf nehmen und erlebten eine lange Zeit zwischen Hoffen und Resignation, wie ich anhand des folgenden Beispiels belegen möchte.



Dokument 48: BStU MfS Abt. X SA 134, Bl. 111

Hierzu wurde folgendes Schreiben verfaßt:

Sehr geehrter Botschafter!

... Ich wende mich an Sie, weil unsere kleine Familie ein großes Problem hat und wir möchten Sie von ganzem Herzen bitten, uns zu helfen. Ich bin schon mehrere Male mit diesem Problem zu Ihrer Botschaft gefahren, aber immer wieder hat man mich abgewiesen. Im Sommer 1980 lernte ich meinen Verlobten ... kennen. Wir waren wie Bruder und Schwester, alles haben

wir geteilt, alles konnten wir einander sagen, wir verstanden uns, ohne ein Wort sagen zu müssen. Nach etwa 2 Jahren merkten wir beide, daß es mehr ist, als nur die Liebe zwischen Bruder und Schwester, was uns verbindet ... Unser großer Wunsch ein gemeinsames Kind zu haben ging uns in Erfüllung und wir sind beide sehr stolz auf unseren kleinen, kräftigen Sohn ... und ich möchte gern gemeinsam mit unserem Sohn in Vietnam leben und arbeiten ... Im August 1984 mußte ... (der Freund) wieder in seine Heimat zurückkehren, seither ist unser Sohn mit mir allein. November des gleichen Jahres stellte ich bei unseren Behörden einen Antrag auf Eheschließung und Ausreise in die SR Vietnam. Anfang März 1985 schrieb ich zwei Briefe an Genossen ... und an Genossen ... um meinen Verlobten bei seinem Antrag für Ausreise zur Eheschließung zu unterstützen. Nach mehr als 10 Monaten endlosen Warten, die oft gezeichnet waren von Hoffnungslosigkeit und Verzweiflung, bekamen wir endlich eine positive Bestätigung auf meinen Antrag.

Für den 8. November 85 wurde unsere Hochzeit festgelegt. Meinem Verlobten schickte ich auf dem schnellsten Weg die schriftliche Bestätigung mit dem Termin für die Eheschließung. Denn nur bei der Vorlage dieser schriftlichen Bestätigung von unseren Behörden, kann meinem Verlobten die Ausreise bestätigt werden. Voller Hoffnung wartete ich auf den Tag unseres Wiedersehens, auf das Glück für unsere Familie. Aber mein Verlobter kam nicht ... Und bis heute habe ich noch keine Nachricht von ihm erhalten.

Sehr geehrter Botschafter!

Ich möchte Sie gerne kennenlernen und mich mit Ihnen unterhalten. Ich möchte Ihnen meinen kleinen Sohn zeigen, ich will, daß Sie in seine Augen sehen, um endlich zu verstehen wie sehr ... seinen Papa und ich meinen Mann brauche. Ich kann es nicht glauben, daß die Freundschaft zwischen unseren Ländern nur aus Politik und Solidarität besteht. Können Sie sich denn wirklich nicht vorstellen, daß sich die Menschen unserer beiden Länder auch lieben und miteinander leben wollen?! ...

... Ich bitte Sie sehr darum, uns zu helfen und zu unterstützen. ... ist der einzige Mensch den ich noch habe, denn meine Eltern haben sich von mir losgesagt, der Grund warum: Ich liebe einen Ausländer. Wir werden unsere kleine Familie niemals aufgeben, wir werden so lange kämpfen bis wir uns wiedersehen. Wir lieben uns, verstehen Sie das nicht?! Ist Liebe denn ein Verbrechen! Warum quält man uns so! Wir haben ähnliche Briefe dieser Tage an Genossen Erich Honecker, Genossen Oskar Fischer, Genossen Pham van Dong und Genossen Nguyen co Thach geschrieben. Wenn diese Briefe unbeantwortet bleiben, werden wir weiter gehen und uns an die UNO wenden. Eines Tages werden wir uns wiedersehen, denn wir leben auf ein und derselben Erde ...

An dieser Stelle möchte ich einen kleinen Kommentar einfügen. Lange habe ich gezweifelt, ob ich berechtigt bin, Briefe mit solch schmerzlichen und privatem Inhalt zu veröffentlichen. Die Idee, diese Briefe in die Arbeit mit einzu beziehen, kam mir beim Lesen der Textpassagen ... *werden wir weiter gehen und uns an die UNO wenden ... und ... denn wir leben auf ein und derselben Erde ...* Erst beim Lesen eines dritten Briefes, den die junge Frau an die Botschaft schickte, entschloß ich mich zu diesem Schritt. Der Brief wurde am 14.4.1986 verfaßt:

Sehr geehrter Botschafter!

Meine Geduld ist zu Ende. Nach 1 Jahr und 8 Monate wissen ... und ich noch immer nicht, wann wir uns wiedersehen dürfen. Können Sie mir sagen, was ich meinem Sohn sagen soll, wenn er mir täglich die Frage stellt: „Mama, wann kommt mein Papa?!“ Die Tränen laufen mir übers Gesicht, wenn ich in die traurigen Augen unseres Sohnes schaue. Meine Geduld hat sich in Ungeduld und Zorn verwandelt. Ich bin wie ein Kasten Dynamit, nur eine kleine Erschütterung genügt und ich explodierte ... Ebenfalls werde ich die internationale Presse darüber informieren oder ist es Ihnen lieber, wenn mein Sohn und ich aus Protest mit geschorenen Köpfen vor Ihre Botschaft stellen?! Die Welt wird so oder so von unserem Kampf erfahren! ...⁸

Ein vietnamesischer Absolvent möchte heiraten. Die Behörden möchten ihn jedoch abschieben

HOCHSCHULE FÜR ARCHITEKTUR UND BAUWESEN WEIMAR
ABTEILUNG FÜR STUDIENANGELEGENHEITEN
Bereich Ausländerstudium

RS:U
000028

Nur für den Dienstgebrauch

Hochschule für Architektur und Bauwesen Weimar - DDR 91 Weimar - Post 540

Ministerrat der DDR
Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen
Abteilung Ausland III - Sektor Ausländerstudium
Sektorleiter Genosse M. G o m i l l e

1020 B e r l i n
Marx-Engels-Platz 2

Das Schreiben Das Nachschick von Unser Zeichen Datum
Po./ 27.10.1980

SHV-Absolvent [REDACTED]

Sehr geehrter Genosse Gomille!

Der vietnamesische Absolvent [REDACTED] geb. am [REDACTED] nahm am 1.9.1975 das Studium an unserer Sektion Architektur auf. Er beendete das 5-jährige Studium mit dem akademischen Grad "Diplom-Ingenieur". Seine Gesamtnote ist: "g u t".

Für Sonntag, den 26.10.1980 war die Heimreise o.k. gebucht. Am 23.10.1980 erklärte Herr [REDACTED] im Rahmen der Leitung der nationalen Hochschulgruppe, daß er am 26.10.1980 die Heimreise nicht antreten kann, da er eine Bürgerin der DDR heiraten will. Bis zur Genehmigung der Eheschließung und der Eheschließung selbst, will er in der DDR bleiben. Diese Erklärung trug Herr [REDACTED] höflich vor. Seine vietnamesischen Vertreter und wir versuchten ihn davon zu überzeugen, daß er die Heimreise antreten soll. Herr [REDACTED] blieb bei seiner Entscheidung, so daß wir den Sektor Ausländerstudium und die SHV-Vertreter ihre Botschaft von der Erklärung des Herrn [REDACTED] in Kenntnis setzten.

Am 24.10.1980 wurden Sie noch einmal persönlich durch den Unters. zeichnenden informiert.

Herr [REDACTED] ist uns in den ganzen Jahren seines Studiums als höflicher und korrekter Student gegenübergetreten. In seinen DDR-Kontakten und auch zu den anderen ausländischen Studenten hatte er immer einen guten Kontakt.

In 3. und 4. Studienjahr erhielt er ein Leistungsstipendium in Höhe von 40,- Mark, während er in 5. Studienjahr ein Leistungsstipendium in Höhe von 60,- Mark erhalten konnte.

Seine Aufenthaltsgenehmigung gilt bis zum 31.10.1980. Stipendium hat er noch für den Monat Oktober 1980 erhalten.

Die zuständigen Sicherheitsorgane wurden von dem Sachverhalt in Kenntnis gesetzt.

Mit sozialistischem Gruß
Dipl.rer.pol. [REDACTED]
Leiter des Bereiches

81 Weimar, Großstadt-Postamt 1 - Telefon 71956 - Telex 61893 - Post: Postfach der DDR Weimar 4181-20-127112 - Postleitzahl 91001

Telegramm	
Adressat:	bonn
Geheimhaltungsgrad:	blitz
Ref. Nr.:	vd 986/81
Urspr.:	genosse berthold, fo genosse seidel, brd
<p>frau dr. ranke-heinemann hat am 22.12. botschafter in folgender angelegenheit um unterstützung gebeten:</p> <p>ddr-buergerin [REDACTED] ist mit in ddr lebenden vietnamesen [REDACTED] geb. [REDACTED], verlobt. hatten gemeinsames halbjähriges kind, beide wollen heiraten und vietnamesen moechte in ddr bleiben. vietnamese solle am 24.12. aus ddr ausgewiesen werden, gruende seien ihr nicht bekannt. angelegenheit wurde in kirchenkreisen rolle spiele.</p> <p>sie habe sich bereits an [REDACTED] botschafter in berlin und bonn gewandt, beide hatten versuert, dass sich "freunde" fuer vietnamesen einsetzen muessten, dann sei loesung moeglich. stefen hermlin [REDACTED] sich in gleicher angelegenheit an gen. honecker wendete.</p> <p>haben [REDACTED] keinerlei zusagen gemacht.</p> <p>fuer unsere weitere kontaktarbeit gegenueber frau heinemann waere es wichtig zu wissen, was tatsaechlicher sachverhalt und wie entschieden wurde.</p> <p>schindler 22.12.</p>	

Dokument 50: BStU MfS HA XX Nr. 3188, Bl. 50

Die Anfrage betrifft die junge Frau, die den vietnamesischen Aspiranten heiraten möchte.

Obwohl das Paar ein gemeinsames Kind besitzt, möchten die Behörden den vietnamesischen Vater abschieben. In den Akten habe ich nichts darüber gefunden, ob dieses Paar sich erfolgreich gegen die bürokratischen Funktionen durchsetzen konnte.

Vermerk über ein Gespräch des Staatssekretärs für Arbeit und Löhne, Genosse Wolfgang Beyreuther, mit dem 1. Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates der SR Vietnam, Genosse Vo Van Kiet, am 6.10.1988 in Berlin

<p>3. Genosse Beyreuther erläuterte die Position der DDR, daß der gewachsene Umfang der Beschäftigung ausländischer Werkstätiger in der DDR neue Entscheidungen zur Regelung einiger damit verbundener Fragen erfordere. Ausgehend von der Verwirklichung der Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik auch für die in der DDR tätigen ausländischen Werkstätigen</p> <ul style="list-style-type: none"> - sollte die Eheschließung zwischen Bürgern der DDR und der SRV erleichtert und von bürokratischen Hemmnissen befreit werden, - sollten vietnamesische Werkstätige unkomplizierter als bisher aus ihrer Staatsbürgerschaft entlassen werden können, um die Staatsbürgerschaft der DDR zu erwerben, wenn sie dies wünschen, - kann die auf der Grundlage des Abkommens zwischen beiden Ländern praktizierte Rückführung Schwangerer nur dann akzeptiert werden, wenn das Einverständnis der Frauen selbst dazu vorliegt. <p>Genosse Kiet unterstützte die dargelegten Gedanken. Er verwies auf das in der SRV vor kurzem beschlossene Gesetz über die Staatsbürgerschaft, das manche der in der Vergangenheit komplizierten Fragen erleichtere. Eine Rückführung Schwangerer gegen ihren Willen sei nicht korrekt. Zugleich müsse jedoch darauf geachtet werden, daß Schwangerschaften vietnamesischer Werkstätiger in der DDR nicht stimuliert werden. Sinn und Zweck des Abkommens bleiben Qualifizierung und produktive Tätigkeit.</p>
--

Dokument 51: BStU MfS Abt. X-339, Bl. 142

Vermerk über ein Gespräch in der Hauptabteilung Konsularische Angelegenheiten des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten (MfAA) der DDR am 26.11.1985 von 15.00 Uhr bis 15.30 Uhr in Berlin

Das Gespräch fand auf Wunsch der MA Konsularische Angelegenheiten statt und verlief in freundschaftlicher Atmosphäre.

1. In der Angelegenheit des Staatsbürgers der SRV [REDACTED], geb. am [REDACTED] wohnhaft in Eisenhüttenstadt, [REDACTED], informierte Gen. Heynert, daß die beabsichtigte Eheschließung mit der DDR-Bürgerin gegenstandslos geworden ist, da die Partnerin die Verbindung gelöst hat.

Der o.g. Bürger hat im Juli 1985 seine Berufsausbildung in der DDR beendet. [REDACTED] im Besitz seines Reisepasses, gültig bis 1. 9. 1986.

Die MA Konsularische Angelegenheiten bittet um Meinungsäußerung, ob die Ausreise des Herrn [REDACTED] aus der DDR angestrebt wird und ob die Botschaft der SRV bereit ist, die finanziellen Kosten der Rückreise zu tragen.

Gen. [REDACTED] erklärte, daß durch den o.g. Sachverhalt keine Voraussetzungen für einen weiteren Aufenthalt des Herrn [REDACTED] in der DDR gegeben sind. Der Bürger muß die DDR verlassen. Bezüglich der Übernahme der Rückflugkosten wird Gen. [REDACTED] baldmöglichst mitteilen, welche Entscheidung die Botschaft getroffen hat.

2. Gen. Heynert teilte mit, daß der vietnamesische Staatsbürger [REDACTED], geb. am [REDACTED] in Hanoi, wohnhaft in Schwetzin [REDACTED], die für den 14. 10. 1985 vorgesehene

Ausreise aus der DDR nicht wahrgenommen hat. Zum Sachverhalt machte er folgende Ausführungen:

Der o.g. Bürger hält sich seit dem 21. 9. 1981 in der DDR zur Berufsausbildung im VEB Lederwaren, 2781 Schwerin-Wuestmark, auf. Herr [REDACTED] ist mit der DDR-Bürgerin [REDACTED], wohnhaft in Pinnau, [REDACTED] liiert. Die Bürgerin erwartet das zweite Kind.

Herr [REDACTED] ist nicht im Besitz von Dokumenten. Der Reisepaß befindet sich in der Botschaft der SRV. Da der o.g. Bürger nicht zum vorgesehenen Termin aus der DDR ausreiste, haben die zuständigen Organe der DDR auf Ausweisung entschieden.

In Anbetracht dessen, daß aus der Verbindung mit der DDR-Bürgerin bereits ein gemeinsames Kind hervorgegangen ist und die Geburt des zweiten Kindes unmittelbar bevorsteht, bittet die MA Konsularische Angelegenheiten um Meinungsäußerung, ob unter diesen Umständen von vietnamesischer Seite auf die sofortige Rückkehr des Bürgers [REDACTED] zu bestehen wird.

Gen. [REDACTED] erwiderte, daß die Botschaft in Anbetracht der dargelegten Tatsachen nicht auf die sofortige Rückreise bestünde, sofern die Partner die Absicht haben, die Ehe zu schließen. Wenn das der Fall sein sollte, bittet er, den Bürger aufzufordern, sich umgehend in der Abt. Kooperation der Botschaft zu melden und die entsprechenden Anträge zu stellen. Danach könnten dann die konkreten Prüfungshandlungen erfolgen.

3. Gen. [REDACTED] informierte, daß der Bürger der SRV [REDACTED], geb. am [REDACTED], wohnhaft in Karl-Marx-Stadt, [REDACTED] zur Zeit vermißt wird. Er sollte am 28. 10. 1985 planmäßig nach der SRV zurückreisen. Herr [REDACTED] war im VEB Spinnereimaschinenbau als Dreher tätig.

Gen. Heynert fügte hinzu, daß durch die zuständigen Organe der DDR Behandlungsmaßnahmen eingeleitet wurden und ein Ausweisungsgesuch beantragt wurde.

Gen. [REDACTED] erklärte die Bereitschaft der Botschaft, die Rückreise des Bürgers in jeder Hinsicht abzusichern.

4. Gen. [REDACTED] erinnerte an die Zusage der Botschaft der SRV, die jeweils aktuelle Liste der genehmigten Anträge in Eheschließungs- und Übersiedlungsangelegenheiten der HA Konsularische Angelegenheiten zur Kenntnisnahme zu übermitteln.

Gen. [REDACTED] stellte eine baldige Übersendung der Liste in Aussicht.

5. Gen. [REDACTED] informierte, daß im Ergebnis einer Beratung der Leitung der Botschaft und den zuständigen Organen der SRV folgende Verfahrensweise in Eheschließungs- und Übersiedlungsangelegenheiten festgelegt wurde:

Bürger der SRV, die sich zum Studium in der DDR aufhalten, können einen Antrag auf Eheschließung und ständige Ausreise aus der SRV erst dann stellen, wenn sie sich aus der DDR ausgereist sind und einige Jahre in ihrer Heimat gearbeitet haben.

Bei SRV-Bürgern, die sich zur Berufsausbildung in der DDR befinden, ist der Staat bereit, die o.g. Anträge in der Regel positiv zu entscheiden, wenn aus der Verbindung der Bürger ein gemeinsames Kind hervorgegangen ist und der vietnamesische Bürger seine Ausbildungskosten entrichtet hat.

Gen. [REDACTED] dankte für die Mitteilung.

6. Gen. [REDACTED] machte nochmals auf die bereits mehrmals vorgebrachte Bitte um Unterstützung in der Angelegenheit der DDR-Bürgerin [REDACTED] aufmerksam. Er verwies darauf, daß die Aufenthaltserlaubnis für Herrn [REDACTED] bis Dezember 1985 gültig ist.

Gen. [REDACTED] sagte eine nochmalige Anfrage bei den zuständigen Organen der SRV zu. Sobald der Botschaft eine Entscheidung in dieser Angelegenheit vorliegt, wird sie die HA Konsularische Angelegenheiten davon in Kenntnis setzen.

Vietnam wollte nicht auf die in der DDR ausgebildeten Fachkräften verzichten. Darum sollten vor allem die „Akademiker“ in ihre Heimat zurückkehren, um dort ihre „Schuld“ abzuarbeiten.

Bericht über die Konsultationen zwischen der Hauptabteilung Konsularische Angelegenheiten des MfAA der DDR und der Konsularabteilung des MfAA der SR Vietnam vom 4.12. bis 10.12. und am 18.12.1984 in Berlin

- Im Zusammenhang mit der Erörterung von Fragen der Eheschließung von Bürgern beider Staaten und Übersiedlung der vietnamesischen Bürger wurden vom Leiter der Delegation der SR Vietnam folgende Ausführungen gemacht:

Die SR Vietnam ist grundsätzlich an der Rückkehr aller vietnamesischen Bürger interessiert. Eine Übersiedlung von DDR-Bürgern nach Vietnam ist auf Grund der komplizierten Bedin-

gungen im Land nicht möglich.

Die Zustimmung zur Eheschließung sei von vielen Faktoren abhängig. Vor allem muß in jedem Falle die Situation der betroffenen Familie berücksichtigt werden. Ebenso haben die Arbeitsstelle oder das delegierende Organ ein Mitspracherecht bei der Entscheidung.

In der SR Vietnam werden keine einheitlichen Dokumente als Genehmigung der Eheschließung durch die Staatsorgane verwendet.

Allgemein müssen folgende Dokumente vorgelegt werden, auf deren Grundlage die Prüfung des Antrages erfolge:

- Legitimationsbescheinigung, die vom örtlichen Organ ausgestellt wird und durch das Konsulat oder die Konsularabteilung beglaubigt werden kann;
- Zustimmung der vietnamesischen Arbeitsstelle bzw. für Studenten die Zustimmung des Hochschulministeriums;
- Einverständniserklärung des MdI der SRV.

Diese Dokumente gelten als Nachweis für die Genehmigung einer Eheschließung, die vom vietnamesischen Bürger beigebracht werden müssen.

Während der Konsultationen fand ein Vortrag des Leiters der DDR-Delegation vor ca. 20 Mitarbeitern des Konsularbereiches und anderen Abteilungen des MfAA statt, nach dem zahlreiche Fragen beantwortet wurden.

Aus einem Protokoll über eine Beratung von Verantwortlichen der Ämter für Arbeit und Löhne der Räte der Bezirke zum Einsatz ausländischer Werktätiger am 26.10.1988

Information

Durch den Inspektionsbeauftragten im Amt für Arbeit und Löhne im Rat des Bezirkes Karl-Marx-Stadt wurde bekannt, daß die vietnamesische Botschaft von vietnamesischen Werktätigen, die sich in der DDR niederlassen wollen, hohe Summen in Mark der DDR abverlangt.

So sollen Hoch- und Fachschulkader einen Betrag von 15.000 Mark, Facharbeiter von 10.000 Mark und Ungelernte von 5.000 Mark bei der Botschaft einzahlen.

Der vietnamesische Werktätige [REDACTED] VEB Plamag Plauen, beabsichtigt eine DDR-Bürgerin zu heiraten und sich in der DDR niederzulassen. Dafür zahlte er am 31. 1. 84 auf das Konto der Botschaft 10.000 Mark ein.

Er war in der Lage, 5.000 Mark selbst aufzubringen und ließ seinen Rest von seinen zukünftigen Schwiegereltern dazugeben.

Diese Praxis des finanziellen Loslösens der vietnamesischen Bürger wird von dem Bezirksbeauftragten Hung bestätigt.

In der nächsten Beratung wird der Leiter der Abteilung Arbeit der vietnamesischen Botschaft, Genosse Dr. Tang, dazu befragt.

Dokument 54: BStU MfS Abt. X SA 339, Bl. 175

Aus persönlicher Erfahrung weiß ich, daß weitaus höhere Summen zu zahlen waren, z. B. sollten Arbeiter 8000 Mark zahlen.

Information zum Verbleib vietnamesischer Bürger in der DDR (Berlin, den 17.2.1984, gez. Werner Schmidt)

in der DDR. Mit diesen Beträgen sollen Teile der der SRV entstandenen Aufwendungen für Bildung und Belegung in das Ausland abgegolten werden. Es sind entsprechend dem Bildungsniveau der Antragsteller differenzierte Sätze festgelegt. Sie betragen für

- ungelernete Arbeiter	5.000,- M
- Facharbeiter	10.000,- M und
- Hoch- u. Fachschulabsolventen	24.000,- M.

Nach Eingang der Unterschriften stimmt die Botschaft der SRV mit dem MfI und den Einsatzbetrieben der DDR die Möglichkeit der Erteilung der Niederlassungsgenehmigung und der Weiterbeschäftigung im jeweiligen Betrieb. Vorliegen der Zustimmung unserer Organe, wird die jeweilige Genehmigung durch die SRV-Botschaft erteilt und neue Pässe ausgestellt. Die Werktätigen scheiden damit aus den Bedingungen des Arbeitskräfteabkommens aus.

Seit dem 1. 1. 84 wurden 8 Anträge positiv entschieden, und 30 Anträge sind noch zu bearbeiten. Mit dem Anwachsen der Antragsteller wird gerechnet.

Die vietnamesischen Funktionäre verwiesen darauf, daß sie sich bei der Ausarbeitung dieser Regelung auf analoge Bestimmungen in den Volkrepubliken Bulgarien, Rumänien und Polen gestützt haben.

Der Vertreter der SRV-Botschaft wurde um kurzfristige Übermittlung eines Informationsmaterials ersucht, um politisch-ideologisch dem Begriff des "Freikaufens" entgegenwirken zu können.

Dokument 55: BStU MfS Abt. X SA 339, Bl. 177

V e r m e r k

Über ein Gespräch des Gen. Rothe mit dem Mitarbeiter der Konsularabteilung des MFAA der SRV, Gen. Pham Xuan Loc, am 14.4.1983 im MFAA der SRV

Das Gespräch fand auf Wunsch der Botschaft statt.

1. Ich übergab die der Botschaft übersandten RHE [REDACTED] und [REDACTED] zur Weiterleitung an die zuständigen Organe der SRV. In diesem Zusammenhang wurde von meiner Seite nochmals darauf hingewiesen, daß von den Gerichten der DDR mehrfach Anfragen zum Sachstand bereits vor längerer Zeit übergebener RHE bei der Botschaft eingingen, da in diesen Fällen die Termine der Hauptverhandlungen nicht stattfinden konnten. Ich bat in Anbetracht des im RHE [REDACTED] für den 5.5.1983 anberaumten Termins der Hauptverhandlung um Prüfung der Möglichkeiten einer kurzfristigen Übermittlung der Antworten zum RHE. Gen. Loc sicherte das zu, betonte jedoch, daß das MFAA lediglich für die Weiterleitung auf diplomatischem Weg zuständig sei und auf die Erledigung der RHE durch die zuständigen Gerichte keinen Einfluß habe. Er äußerte bezugnehmend darauf, daß alle RHE, die Feststellung der Vaterschaft und Unterhaltsverpflichtungen betreffen und die Botschaft der DDR und das MFAA der SRV durch das die gesetzlichen Bestimmungen und Vorschriften verletzende Verhalten von SRV-Bürgern sehr viel Arbeit hätten. Ich brachte zum Ausdruck, daß wir die entstandenen persönlichen Bindungen als Folge der sich ständig vertiefenden Beziehungen zwischen den Bürgern unserer beiden Staaten ansehen und wir daran interessiert sind, diese Fälle im Interesse

der Familien und insbesondere der gemeinsamen Kinder zu lösen. Davon ausgehend entstünden auch Wünsche nach Gründung gemeinsamer Familien.

Auf meine anschließende Frage, ob Gen. Loc Hinweise zum Sachstand der bekannten Eheschließungs- und Ausreiseträge geben kann, legte er folgendes dar:

Obwohl es für SRV-Bürger konkrete Vorschriften über ihr Verhalten im Ausland gäbe, nehme die Zahl derer, die während ihres Auslandsaufenthaltes Bindungen eingehen, zu. Das habe zur Folge, daß die SRV später gestellte Anträge zur Ausreise noch gründlicher prüfen und besondere Maßstäbe bei der Genehmigung anlegen müsse. In Fällen der Genehmigung werde die Botschaft schnell die Phase der betroffenen SRV-Bürger zugesandt bekommen und die Bürger erhalten die Genehmigung alle weiteren Fragen in der Botschaft zu klären. Bei allen anderen Fällen und schriftlichen Anfragen von SRV-Bürgern an die Botschaft der DDR werde gebeten, darauf nicht einzugehen, sondern das MFAA zu kontaktieren. Es wird sich selbständig mit den betreffenden Bürgern in Verbindung setzen. Erst nachdem die Anträge zur Ausreise genehmigt seien, erhielten diese Bürger dann die Genehmigung des MFAA alle weiteren Fragen direkt in den Botschaften zu klären. In diesem Zusammenhang informierte ich darüber, daß der SRV-Bürger [REDACTED], der zeitweise als Dolmetscher bei der Botschaft eingesetzt war, mich über seine beabsichtigte Übersiedlung in die DDR in Kenntnis setzte und ich ihn daraufhin gebeten habe, sich zunächst bei den zuständigen Organen der SRV über den Stand der Bearbeitung seines 1980 gestellten Ausreisetrages zu erkundigen. Die Entgegennahme des bereits übersandten Antrages zur Übersiedlung in die DDR erwähnte ich nicht.

Ich brachte zum Ausdruck, daß die Botschaft auch in Zukunft bei der Bearbeitung der genannten Fälle, die SRV-Bürger betreffend, die Verfahrensweisen des MFAA der SRV respektiert, andererseits jedoch daran interessiert ist, Lösungen im Geiste der sich vertiefenden brüderlichen Beziehungen zwischen den Bürgern unserer Staaten und im Interesse der Familien und

... Kinder unter Wahrung staatlicher Interessen zu finden.⁹

4. Schlußbetrachtung

Nach dem Zusammenbruch der DDR gab es plötzlich ein Überangebot an menschlicher Arbeitskraft. Krampfhaft versuchten die Betriebe, ihre nicht mehr benötigten Vertragsarbeiter loszuwerden. Einige der ehemaligen DDR-Kollegen sahen in den Ausländern nur noch die unliebsamen Konkurrenten. Ein Großteil der vietnamesische Studenten und Vertragsarbeiter blieb jedoch in Deutschland. Heute leben die ehemaligen vietnamesischen und deutschen Kollegen oft als Nachbarn zusammen. Doch zwischen ihnen gibt es nur noch wenige Berührungspunkte. Ein gefährlicher Nährboden für Neid und Haß.



Vietnamesische Arbeiterinnen (1980, Privataarchiv M. Feige)

Abt.	Abteilung (des Ministeriums für Staatssicherheit)
AG	Arbeitsgruppe (im Ministerium für Staatssicherheit)
BdL	Büro der Leitung (im Ministerium für Staatssicherheit)
BStU	Bundesbeauftragter für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR
DRV	Demokratische Republik Vietnam (bis 1976)
HA	Hauptabteilung (des Ministeriums für Staatssicherheit)
IM	Inoffizieller Mitarbeiter (des Ministeriums für Staatssicherheit)
KMU	Karl-Marx-Universität (Leipzig)
KP	Kommunistische Partei
KPdSU	Kommunistische Partei der Sowjetunion (UdSSR)
Mdl	Ministerium des Inneren
MDN	Mark der Deutschen Notenbank (Binnenwährung der DDR)
MfAA	Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten
MfS	Ministerium für Staatssicherheit
NATO	Nordatlantische Vertrags-Organisation
PS	Personenschutz (im Ministerium für Staatssicherheit)
SA	Sachakte
SRV	Sozialistische Republik Vietnam (ab 1976)
VEB	Volkseigener Betrieb
ZAIG	Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe (im Ministerium für Staatssicherheit)
ZKG	Zentrale Koordinierungsgruppe (im Ministerium für Staatssicherheit)